Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

22. August 1977
Jg. 5 Nr. 34

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Zweite Mobilmachung Israels in vier Wochen

In seiner letzten Sitzung hat das Jerusalemer Kabinett einen Beschluß über die „soziale Gleichsetzung" der Araber in den besetzten Gebieten in Westjordanien und im Gazastreifen gefaßt. Der Kolonialstaat Israel bereitet die Annexion der besetzten arabischen Gebiete vor. Begin erklärte: „Man kann doch nicht annektieren, was einem ohnehin gehört."

Im besetzten Westjordanien wollen die Zionisten drei neue „jüdische Siedlungen" errichten: Es handelt sich um Wehrdörfer, aggressive Maßnahmen im Ausbau des US-imperialistischen Brückenkopfes. Gleichzeitig haben die Zionisten in Israel die zweite Mobilmachungsübung innerhalb der letzten zwei Monate angesetzt.

Der Kabinettsbeschluß stößt auf den Widerstand des arabischen und palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten. Der Leiter der Auslandspresse der PLO erklärte, die „israelischen Wehrdörfer sind Angriffsbasen gegen die arabischen Länder." Israel bereitet einen erneuten Expansionskrieg gegen das palästinensische Volk und die arabischen Länder vor. Der Kampf des palästinensischen Volkes und der wachsende Zusammenschluß der arabischen Länder gegen die Herrschaft des Imperialismus wird diese von scharfen inneren Widersprüchen erschütterte Bastion der Imperialisten gegen die arabischen Völker zerschlagen.

chen Volkes und der wachsende Zusammenschluß der arabischen Länder gegen die Herrschaft des Imperialismus wird diese von scharfen inneren Widersprüchen erschütterte Bastion der Imperialisten gegen die arabischen Völker zerschlagen.

Die Getreidewaffe wird geschwungen

Der Weizenpreis ist auf den Stand von Frühjahr 1973 gesunken. Dank günstiger Witterungsbedingungen wird die Weltgetreideernte in diesem Jahr einen Rekordstand erreichen. Dies drückt die Preise. Man sollte meinen, das wäre ein Glück für die Ernährung der Völker. Dem ist jedoch nicht so.

Rund 70% des Weltexports an Weizen und Rohgetreide entfällt auf die Getreidehändler der USA. Viele Länder der Dritten Welt, deren Landwirtschaft vom Imperialismus zerstört ist, sind so von den Getreideexporten der USA abhängig. Im August 1974 hat der amerikanische Geheimdienst CIA eine Studie veröffentlicht, in der es hieß: „Diese bedeutendere Rolle als Nahrungsmittellieferant wird erhöht Einflußmöglichkeiten mit sich bringen." Von 1970 bis Frühjahr 1974 hatte die Nixon-Regierung den Weizenpreis durch Anbaubeschränkungen in den USA auf das Vierfache hochgetrieben. Die hohen Weizenpreise haben zu vermehrtem Anbau geführt, und nunmehr drückt die erhöhte Produktion auf den Markt. Mit Billigangeboten brechen die US-Monopole jetzt in die Agrarmärkte der Entwicklungsländer ein und konkurrieren die mühsam aufgebaute inländische Produktion aus. Ist diese Produktion vernichtet, so treiben die USA-Imperialisten hernach wieder den Preis hoch. Eine internationale Getreidereserve unter Aufsicht der Länder der Dritten Welt könnte diesem Treiben entgegenwirken. Daher versuchen die imperialistischen Mächte so hartnäckig, ihre Einrichtung zu verhindern.

Portugiesische Arbeiterklasse vor entscheidenden Kämpfen

Nachdem die sozialdemokratische Regierung Soares in Portugal zuerst den enteigneten Großgrundbesitzern und Kapitalisten ihre Güter und Fabriken, die in die Hand der Landarbeiter bzw. des Staates übergegangen waren, von neuem zugesprochen hat, ist sie jetzt daran gegangen, die verhaßten „großen Familien" der Finanzaristokratie, die Champalimauds, Mellos und Kompagnie, zu entschädigen – die Leute, die mit den Imperialisten zusammen hinter den faschistischen Regierungen gestanden hatten, das Volk aussaugten bis aufs Blut, und für ihren Profit das Kolonialsystem in Afrika aufrechterhielten. Die imperialistischen Gläubiger des portugiesischen Staates, allen voran die US- und BRD-Imperialisten, haben über den Internationalen Währungsfonds (IWF) eine solche „Entschädigung" verlangt. Als Ende Juli das Parlament in Lissabon dem Gesetz zustimmte, sammelten sich Zehntausende von Arbeitern drohend davor.

Die portugiesische Arbeiterklasse bereitet sich jetzt, im Bündnis mit den landlosen und armen Bauern, auf entscheidende Kämpfe gegen die Verelendung vor. Lohnforderungen von 30 % im Durchschnitt haben die Textil- und Chemiearbeiter und andere große Abteilungen der portugiesischen Arbeiterklasse für die jetzt anstehenden Tarifkämpfe aufgestellt. Obwohl auch das nicht einmal die Teuerung ausgleichen würde, stehen diese Forderungen im scharfen Widerspruch zur Lohnbegrenzung der sozialdemokratischen Regierung, die höchstens 15 % zulassen will.

Konkurrenz der Imperialisten um Spitzenplätze in der Ausbeutung der Arbeiter

Die neuen Betrugsmaschen der Bourgeoisien: Beschäftigungspakete, Arbeitsbeschaffungsprogramme, Lohnpakte / Mit einer Übersicht über die Maßnahmen westeuropäischer Regierungen

Die Krise wird allgemein und die Imperialisten verschärfen die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Ihre Konkurrenz untereinander ruft bei allen Imperialisten das Bestreben hervor, als erste den Lohn gedrückt, Rentnerberge beseitigt, Zwangsarbeit errichtet und Kosten gedämpft zu haben. Hat einer von ihnen einen Angriff vorbereitet und beginnt ihn gegen die Arbeiter und das Volk durchzusetzen, ziehen alle anderen Imperialisten unweigerlich nach. Sie jagen und treiben sich gegenseitig an. Ihre Maßnahmen werden immer gleicher, führend im Rennen sind die BRD-Imperialisten. Das freie Wirken dieser Gesetze wird, so zeigt es die Übersicht, Europa binnen weniger Jahre in ein Hunger-Zucht-Zwangsarbeitshaus für Arbeiter verwandelt haben. Das freie Wirken des Gesetzes wird durch den Klassenkampf eingeschränkt, der allein dem ganzen auch ein Ende machen kann.

Belgien. Die belgische Regierung hat im neuen Staatshaushalt Steuererhöhungen über die Änderung der Freibeträge beschlossen. 20,4 Milliarden Belgische Franken soll das belgische Volk zusätzlich über eine Erhöhung der Mehrwertsteuern an den Staat zahlen. Die Mehrwertsteuererhöhung bedeutet höhere Preise für Benzin, Getränke, Telefongebühren, Fernschreiben, beim Bauen und für Essen und Trinken in Gaststätten. Eine Sondersteuer auf Tabak wird ebenfalls erhöht. Die Arbeitslosigkeit in Belgien ist mit 6,3 Prozent am höchsten innerhalb der EG. „Arbeitsplatzschaffende private Investitionen sollen stimuliert" werden, d.h. für die Kapitalisten wird die Mehrwertsteuer von 5 Prozent aufgehoben und sie erhalten „Investitionshilfen".

BRD. „Nach Ansicht der Banken ist es nicht möglich, ohne Begrenzung des Lohnanstiegs dem Ziel der Vollbeschäftigung in den nächsten Jahren näherzukommen." (Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Christiansen) Zunächst sei aber die Vorschaltung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes angebracht. Die westdeutschen Kapitalisten bereiten einen gewaltigen Lohnraub vor.

In der Woche vom 20. bis 25. August treffen sich Schmidt, Ehrenberg, Apel und Ravens, um zu beraten, wie die Weisungen des Finanzkapitals in die Tat umgesetzt werden. Über Stabilitätsgesetz, Vorbereitung von Lohnsenkungen hinaus, fordern die Kapitalisten „dauerhafte Abschreibungserleichterungen, zeitlich begrenzte Investitionszulagen und öffentliche Aufträge aus dem bereits beschlossenen 16-Milliarden-DM-Programm der Regierung". (Die Welt, 18.8.77)

Das Innenministerium hat einen Entwurf vorgelegt, der die „große Lösung" der Arbeitslosigkeit sein soll. Im öffentlichen Dienst sollen die Beschäftigten auf Teilzeitarbeit umgestellt werden, neue Teilzeitbeschäftigte werden eingestellt. Der Lohn und alle Zuschläge sollen halbiert werden, Nebentätigkeiten werden verboten.

Dänemark. Das „Wirtschaftsprogramm" der dänischen Regierung soll das „Zahlungsbilanzdefizit abbauen und die Arbeitslosigkeit senken". 7 Milliarden Kronen sollen „abgeschöpft" werden aus den Lohntüten

BRD-Imperialisten strecken ihre Fühler ins Mittelmeer aus

Fernschreiben, beim Bauen und für Essen und Trinken in Gaststätten. Eine Sondersteuer auf Tabak wird ebenfalls erhöht. Die Arbeitslosigkeit in Belgien ist mit 6,3 Prozent am höch-

Lohnanstiegs dem Ziel der Vollbeschäftigung in den nächsten Jahren näherzukommen." (Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Christiansen) Zunächst sei aber die

listen „dauerhafte Abschreibungserleichterungen, zeitlich begrenzte Investitionszulagen und öffentliche Aufträge aus dem bereits beschlossenen

Dänemark. Das „Wirtschaftsprogramm" der dänischen Regierung soll das „Zahlungsbilanzdefizit abbauen und die Arbeitslosigkeit senken". 7 Milliarden Kronen sollen „abgeschöpft" werden aus den Lohntüten

BRD-Imperialisten strecken ihre Fühler ins Mittelmeer aus

„Und da empfinden die Italiener einen Besuch aus der Nordsee gerade jetzt als e in wohltuendes Zeichen funktionierender NATO-Solidarität" kommentierte das Zweite Deutsche Fer nsehen Mitte des Monats das Eintreffen von 4 Fregatten des 2. Geleitgeschwaders der Marine der BR D-Imperialisten in Neapel und ihr Vor-Anker-Gehen neben Schiffen der 6. Flotte der US-Imperialis ten. Die italienischen Arbeiter und Bauern müssen diese Militärabenteuer der Imperialiste n bezahlen. Mit rund 16 Milliarden US-Dollar ist gegenwärtig Italien bei seinen imperialisti schen Konkurrenten verschuldet, allein bei der Deutschen Bundesbank mit 2 Milliarden D ollar und einem Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank mit einer weite ren Milliarde Dollar. Rund eine Milliarde Zinslast wird den italienischen Arbeitern und Bauern auf dem Wege dieser „NATO-Solidarität" dafür jährlich abgepreßt.

der Arbeiter durch Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, der Alkoholsteuer und Benzinsteuer. Weitere 5 Milliarden werden „abgeschöpft" durch Erhebung von Steuern auf bisher nicht besteuerte Importwaren und zusätzlich 2 Milliarden durch höhere Besteuerung des Jahreseinkommens.

Im letzten Jahr ist für 1977 und 1978 ein Lohntarif abgeschlossen worden von 6 Prozent Lohnerhöhung jährlich. Jede Lohnerhöhung darüber ist verboten und Ausnahmen können nur dann gemacht werden, wenn eine Lohnerhöhung gleichzeitig an entsprechende „Produktivitätsverbesserungen" gekoppelt ist.

Unter dem Schlagwort „Arbeitsbeschaffung" werden den Kapitalisten 8,1 Milliarden Kronen geschenkt. 20 000 Jugendliche sollen im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Am 22. August führt die dänische Regierung eine Sondersitzung durch, um das „Wirtschaftsprogramm" zu beschließen.

England. „Die Forderung ist eine Sache, der tatsächliche Lohnabschluß eine andere. Die Regierung ist bereit, im öffentlichen Dienst Streiks entgegenzutreten", so will Schatzkanzler Healey das „Lohnklima positiv beeinflussen". Nachdem die britische Regierung den Lohnpakt zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und den Kapitalisten gegen-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Statt Lohnerhöhung Versprechen auf Steuererleichterung

Loderer ist auch dafür/Sozialdemokratie bereitet sorgfältig Spaltung der Tarifkämpfe vor.

„Steuern für alle gleich senken", schreibt die „Bildzeitung". Dies ist ein neuer Vorschlag, um die kapitalistische Wirtschaft anzuheizen, erklärt FDP-Lambsdorff.

Wollen die bürgerlichen Politiker jetzt die Steuer für alle gleich senken, so hatten sie vor der „großen Steuerreform" noch anders getönt: „Mehr steuerliche Gerechtigkeit für die breiten Schichten der Bevölkerung", erklärte Strauß in der großen Steuerdiskussion im Oktober 73.

Haben die bürgerlichen Parteien mit dieser Taktik noch ihren Bundestagswahlkampf geführt, argumentieren sie heute anders. Daß für Arbeiter und Kapitalisten über eine Steuersenkung was rausspringt.

Wir haben aber schon in verschiedenen Publikationen nachgewiesen, daß die „große Steuerreform" sich günstig für die höheren Einkommen auswirkte. Von einer Mark Einkommenserhöhung wird die Hälfte an Steuern an den bürgerlichen Staat abgetreten, ob ich 1 800 DM im Monat verdiene oder ein Einkommen von 25 000 DM habe.

Der zweite Schritt war die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Hier argumentierte die Bourgeoisie, daß alle von der Steuer betroffen sind. Wir stellen aber fest, daß die Kapitalisten die Mehrwertsteuer auf den Endverbraucher immer wieder abwälzen können. Weil gerade auf alle Lebensmittel, die entscheidende Reproduktionsmittel der Arbeiterklasse sind, diese Erhöhung aufgeschlagen wurde, trifft sie die Arbeiterklasse.

Es stellt sich also die Frage: Ist der neue Vorschlag eine erhebliche Verbesserung für die Arbeiter?

Das „Handesblatt" spricht von einem Steuerabschlag von 7 %. Nach der Steuertabelle sind dies bei 1 800 DM 19,80 DM, die nicht mehr gezahlt werden brauchen. Bei einem Bruttoverdienst von 4 536,99 DM sind dies bereits 101,64 DM. An diesen Zahlen sieht man schnell den Zweck, den die Kapitalisten und die bürgerlichen Politiker mit dem Ziel nach Steuersenkung verfolgen. Haben die Kapitalisten im Monat April und Mai keine Körperschaftssteuer gezahlt, ja sogar noch Gelder dazu bekommen und haben sie im Monat Juni gerade halb soviel Körperschaftssteuer gezahlt wie die Arbeiterklasse Lohnsteuer, wollen die bürgerlichen Politiker den Kapitalisten noch mehr in die Hände drücken. Denn in den Händen der Kapitalisten sind diese „Steuererleichterungen" neues Kapital, das eingesetzt werden kann, um die Arbeiter auszubeuten.

Der bayerische Wirtschaftsminister fordert sogar: Abschreibungserleichterungen, steuerliche Hilfen für neue Arbeitsplätze, Senkung der ertragsunabhängigen Steuern, Sonderabschreibungen. Alles für die „Stärkung der Risikobereitschaft und Investitionsfähigkeit". Schiller, ehemaliger Wirtschaftsminister, hat sich geäußert. „Schließlich könne eine zehnprozentige Steuersenkung es den Gewerkschaften erleichtern, für 1978 Lohnabschlüssen zuzustimmen, die leicht unterhalb des Produktivitätszuwachses lägen." Loderer wird nach dem neuen Steuervorschlag befragt. Er sei auch dafür, nur mit dem feinen Unterschied, daß die Kapitalisten in die „Steuererleichterung" nicht mit einbezogen werden sollen. Das heißt nichts anderes als: Nehmen wir den Kapitalisten nicht so viel von ihrem Profit, sondern zahlen einfach weniger Steuern.

Das Problem mit der Steuer kann es nicht sein. Die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag ist in verschiedenen Gewerkschaftsgremien bereits aufgestellt worden. Dafür treten wir Kommunisten ein. Es geht der Bourgeoisie um den Lohnkampf. Haben sie erst die Meinung vertreten, die Stahltarifrunde gleich um ein halbes Jahr zu verschieben, so bauen sie eine neue Theorie auf, daß die Steuererleichterung einen Fortschritt bringen kann. Bauen kann die herrschende Klasse auf die Sozialdemokratie, die vermittels der Gewerkschaften diese Linie durchzusetzen versuchen. Vetter wendet sich an die Gewerkschaftsmitglieder, wo er offen sagt, was ihre Taktik beabsichtigt: „Der soziale Frieden in der Bundesrepublik ist brüchig geworden. Wie bisher in schwierigen Zeiten haben die Gewerkschaften Stellung zu beziehen, um ihn zu wahren und erneut zu festigen." Will man diesen Staat festigen, unterstützt man die Kapitalistenklasse, die als einzige Klasse daran ein Interesse hat.

Die Lage ist gespannt, das wissen die Kapitalisten und auch die Sozialdemokraten, in den Vorbereitungen der Lohnkämpfe. Die Stahlarbeiter sind die ersten. Aber die Metallarbeiter

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neue Gesprächsrunde BRD – DDR

Erleichterung für Profitmacherei und Expansion angestrebt

„Die innerdeutsche Verhandlungsrunde ist schon kurz nach ihrem Beginn ins Stocken geraten. Das 2. Sondierungsgespräch zwischen Staatsminister Wischnewski vom Bundeskanzleramt und dem ständigen DDR-Vertreter Kohl ist verschoben worden ... Im Westberliner Rathaus Schöneberg hat das Ergebnis des ersten Gesprächs zwischen Senat und DDR Enttäuschung ausgelöst. In der Frage innerstädtischer Regelungen in Berlin habe die DDR kaum Bewegungsspielraum erkennen lassen." (ZDF, 19.8.)

„Von den deutsch-deutschen Verhandlungen, zu deren Vorbereitung sich Wischnewski und Michael Kohl in Bonn getroffen haben, können Realisten nicht viel erwarten. Zu verschieden sind die Interessen der beiden deutschen Staaten, als daß in ihrem Verhältnis ein Sprung nach vorn möglich schiene ... Beharrlicher Kampf um Einzelheiten – anderes ist heute in der Deutschlandpolitik nicht möglich", schreibt der Kommentator der FAZ am 13.8. „Verhandeln ohne Illusionen", heißt es in der Süddeutschen Zeitung im gleichen Tonfall (16.8.).

Warum dann überhaupt die Verhandlungen? Schauen wir uns die „Einzelheiten" an:

Die BRD-Imperialisten wollen eine Autobahnverbindung von Westberlin nach Hamburg, den Anschluß Westberlins an das westdeutsche Stromverbundnetz, und dazu verschiedene Verkehrsmaßnahmen, wie Bau eines Güterbahnhofes, die Eröffnung eines weiteren Grenzüberganges in Westberlin sowie die Öffnung eines Kanals für den Schiffsverkehr. Das Ziel ist: Der BRD-Imperialismus und die westlichen imperialistischen Mächte wollen den Brückenkopf Westberlin weiter verstärken und mit dem „Hinterland" fester verbinden. Bundespräsident Scheel hat dazu „Berlin zum Feld der gemeinsamen Bemühungen" erklärt.

Die Stärkung des Brückenkopfes Westberlin ist die Hauptsache der Verhandlungen der Bundesregierung und des Westberliner Senats mit den Behörden der DDR. Der BRD-Imperialismus ist auf weitere Expansion aus in den Einflußbereich des Sozialimperialismus. Die wirtschaftliche Expansion wird begleitet von der militärischen und für beides ist die Sicherung des Brückenkopfes Westberlin nötig. Die Maßnahmen würden es den Kapitalisten in Westberlin erlauben, die ihnen von den Arbeitern geschaffenen Waren billiger zu verkaufen. Der Warenumschlag des BRD-Imperialismus über Westberlin in die RGW-Länder würde sich beschleunigen und verbilligen. Und für den militärischen Aufmarsch gegen die DDR und die Truppen der Sozialimperialisten, zur „Vorneverteidigung", um dem Angriff der Sozialimperialisten zuvorzukommen, wäre der Brückenkopf mit den Zufahrtsstraßen besser vorbereitet.

Im Viermächteabkommen 1971 über Berlin haben die Supermächte und Frankreich und England festgelegt, „daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik aufrechterhalten werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden." Seitdem sind die BRD-Imperialisten und die anderen westlichen Imperialisten dabei, Stück für Stück die Angliederung ihres Brükkenkopfes an die BRD zu organisierung. Der von der Finanzbourgeoisie eingesetzte neue Westberliner Bürgermeister Stobbe hat als seine Leitlinie erklärt, die Angliederung an den BRD-Imperialismus zu betreiben, soweit es nicht ausdrücklich verboten ist.

Die BRD-Imperialisten setzen darauf, die politischen Zugeständnisse von der neuen Bourgeoisie in der DDR erpressen zu können. Sie setzen auf ihre ökonomische Stärke und darauf, daß die neue Bourgeoisie in der DDR in Schwierigkeiten geraten ist bei der Ausbeutung der Arbeiter in der DDR und aufgrund der schamlosen Ausplünderung durch die Sozialimperialisten. Die Importe der DDR aus der UdSSR haben sich im ersten Vierteljahr um 26 % gesteigert, was zum größten Teil auf die von den Sozialimperialisten drastisch verteuerten Rohstoffpreise zurückgeht. Die DDR ist bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie mit ca. 2,6 Mrd. DM verschuldet.

Die DDR-Revisionisten haben jetzt zu den Verhandlungen ihrerseits politische Forderungen erhoben auf Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und der DDR-Grenzen als Staatsgrenzen durch den BRD-Imperialismus.

Damit werden sie nicht durchkommen, sie werden die Forderungen aber im Ringen mit dem BRD-Imperialismus nutzen, um dessen wirtschaftlichen Druck abzumildern und höhere Gebühren für die Straßennutzung oder auch bessere Zahlungsbedingungen bei Krediten herauszuholen.

Das Ganze vollzieht sich unter der Begleitmusik der „Menschenrechte" und der „Entspannung", was angeblich die höheren Ziele in diesem Ringen des BRD-Imperialismus und der DDR-Revisionisten und der beiden Supermächte sein sollen. Die Wirklichkeit ist verschärfte Kriegsvorbereitung. – (Z-Red)

Mobilität ist teuer

Mobilität – heißt das Zauberwort der Bourgeoisie. „Immobilität" unserer Jugend, so stellte jüngst „einer der angesehensten Betriebspsychologen und Personalberater" Kroeber-Keneth fest, mache einen Teil „unserer hartnäckigen Arbeitslosenquote bei gleichzeitig zahlreichen offenen Stellen vor allem im Bau und Dienstleistungsgewerbe" aus. Mobilität – das heißt nicht nur, daß der Arbeiter dem Kapital überallhin folgen muß, um seine Arbeitskraft zu verkaufen. Mobil, beweglich sollen die Arbeiter vor allem im Preis und den Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft werden. Alle Schranken, die im Klassenkampf der Bourgeoisie abgetrotzt wurden, sollen beweglich und dann zum Einsturz gebracht werden.

„Seit einem Jahr suche ich eine Lehrstelle und werde von einem Hilfsarbeiterjob zum anderen geschickt", berichtet ein Genosse aus Bremerhaven. „Fünf Monate habe ich bei Nordmende am Fließband gearbeitet und danach bei Westfalia im Fischereihafen im Akkord Rollmöpse gedreht. Das nächste ‚Arbeitsangebot' vom Arbeitsamt: ‚Nordsee' in Cuxhaven. Cuxhaven ist etwa 45 km von Bremerhaven entfernt. Ich mußte so gegen 4.15 Uhr aufstehen und war abends zwischen 17.15 Uhr und 17.30 Uhr wieder zu Hause. Das sind rund 13 Stunden, die ich nur für die Arbeit unterwegs war. Die Fahrt nach Cuxhaven dauerte eine Dreiviertelstunde. Da waren wir um 6.15 Uhr, die Arbeit fing aber erst um 6.45 Uhr an und [illegible] nicht bezahlt. ‚Wir sind hier nicht in Bremerhaven, hier gelten andere Tarife', sagte man mir, als ich in Cuxhaven dann zu hören bekam, daß ich nur 5,58 DM brutto verdienen sollte. Das lag 6 Pfennige unter dem Tarif und waren 7 Pfennige weniger als das, was ich in Bremerhaven verdient hatte."

Wer sich weigert, unter solchen Bedingungen zu arbeiten, bekommt eine Sperrfrist beim Arbeitsamt.

Das ist dann der Grund, der die Arbeiter zwingt, sich bei einem Sklavenhändler zu verdingen, wie ein Genosse aus Emden.

„Ich arbeite bei einem sogenannten Sklavenhändler, also einer Verleihfirma aus Ostfriesland. Mal zwei Wochen Emden, dann acht Wochen Bremen, danach drei Wochen Hamburg oder Duisburg oder Lübeck – je nachdem, wo gerade akuter Bedarf an Lohnarbeitern besteht, werden die Arbeiter verliehen. Auf den Bruttostundenlohn von 8,80 DM bis 10,20 DM kommt die Auslösung für Monteure, wodurch wir angeblich das dicke Geld machen. Wenn damit gemeint ist, daß einem viel Geld durch die Hände rinnt, stimmt's. Hier in Bremen zahlt man für ein Zimmer mit Frühstück – mit einfachster Einrichtung und abgewetzten Möbeln –. für vier Übernachtungen 60 DM, 10 DM für Mittagessen auf der AG-Weser, was verhältnismäßig wenig ist, 60 DM für Lebensmittelkosten und 100 DM Fahrtkosten in einer Fahrgemeinschaft, wovon 30 DM für eine Bundesbahnfahrkarte ersetzt werden. Viele Arbeiter fahren täglich nach Hause, weil sie Familie haben, eineinhalb bis zwei Stunden täglich. Die Auslösung ist damit praktisch schon längst aufgezehrt, es müssen Überstunden gemacht werden, weil sich von 1 220 DM netto abzüglich der täglichen Fahrtkosten auch keine Familie ernähren läßt."

Seit einiger Zeit werden die „Fremdarbeiter" auf der AG-Weser auch für Arbeiten eingesetzt, die bisher die Stammbelegschaft gemacht hat, und Arbeiter fliegen auf die Straße. Es kann vorkommen, daß ein Arbeiter, der gestern rausgeflogen ist, am nächsten Morgen wieder durch das Werfttor geht – als „Fremdarbeiter".

So wird die Belegschaft gespalten, denn Rechte haben die „Fremdarbeiter" natürlich gegenüber den AG-Weser-Kapitalisten keine.

„Die Kapitalisten schaffen ganz bewußt Widersprüche, Fronten zwischen den Arbeitern. ‚Ostfriese go home', sagen manche Arbeiter aus Angst um ihren Arbeitsplatz.

Aber die Fronten sind künstlich, wir Arbeiter müssen sie überwinden. Die Profitgier der Kapitalisten, die uns ‚mobilisiert' hat durch den Druck des Arbeitslosenheers, kostet unsere Lebenskraft. Das muß man ändern. Grundlegend dafür ist der Lohnkampf."

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 34 / 1977: 32 000

Statt Lohnerhöhung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

können nicht bis zum nächsten Jahr warten. In Norddeutschland können als ein Ausgangspunkt im Kampf um die Rechte der Arbeiter und um eine Lohnforderung, die den Angriffen der Kapitalisten entgegentritt, die Forderungen der Arbeiter in den Betrieben Bremens von Bedeutung sein. Dies haben die Sozialdemokraten bereits schnell spitzbekommen. Die Forderung nach Arbeitsplatzsicherheit wird aufgestellt. „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz." Wie soll die Arbeiterklasse mit diesen Forderungen gegen die zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse kämpfen? Auch wenn alle einen Ausbeutungsplatz haben, wird der Lohn geringer. Es wird aus der Arbeiterklasse mehr herausgepreßt, durch Rationalisierung und Verlängerung des Arbeitstages. Wie sollen die Arbeitslosen die Einheit mit den Arbeitern herstellen, wenn auch deren Lohn nicht ausreicht? All diese Fragen werden aufgegriffen, sie sind durch die Politik der Sozialdemokraten weder beantwortet noch außer Kraft gesetzt. Um die Sache überhaupt in den Griff zu bekommen, sind die Sozialdemokraten so mutig und organisieren eine große Vertrauensleute-Vollversammlung. All dies sind „mutige" Aktionen, um den Kampf der Arbeiterklasse in den sozialdemokratischen Griff zu bekommen, denn das Blatt wendet sich schnell.

Arabische Kredite stärken den Zusammenschluß der Dritten Welt

Die Imperialisten behaupten heute gerne, daß, seit es mit ihrer Kolonialherrlichkeit vorbei ist, alles in der Dritten Welt drunter und drüber geht, die Völker sich gegenseitig die Köpfe einhauen und daß man sowieso nicht mehr von der Dritten Welt sprechen könne, weil sich schon eine weitere herausgebildet hat, nämlich die „Ölstaaten". Überhaupt, die Scheichs seien die neuen Eroberer. Die Sozialimperialisten hetzen gegen die reaktionären Scheichs, und in der westlichen Presse heißt es dann, „Araber drängen nach Afrika und Asien".

Was sie in Wirklichkeit ärgert, ist, daß es den Ländern der Dritten Welt immer besser gelingt, sich gegen Imperialismus und Hegemonismus zusammenzuschließen, ihre Wirtschaftsbeziehungen auszubauen, um ihre eigene vom Imperialismus unabhängige nationale Wirtschaft aufzubauen. Dabei gehen insbesondere von den arabischen Ländern, die in der OPEC Mitglieder sind, wichtige Impulse aus, indem diese Staaten einen Teil des über den Erdölverkauf eingenommenen Geldes in Entwicklungsfonds für die Länder der Dritten Welt zur Verfügung stellen. Die letzte OPEC-Tagung im Juli, auf der der einheitliche Ölpreis wiederhergestellt wurde, hat die Neuvergabe von 148,7 Mio. Dollar für Entwicklungsprojekte in die Dritte Welt formell gebilligt. Die Gelder sollen afrikanischen, asiatischen und karibischen Staaten in Form von zinsfreien Krediten für insgesamt 42 Entwicklungsprojekte zur Verfügung gestellt werden. Sie sind aus dem 1976 geschaffenen Fonds für „zahlungsbilanzschwache Entwicklungsländer" entnommen, der 800 Millionen Dollar umfaßt und der laut Beschluß der OPEC-Tagung dieses Jahr wieder auf die gleiche Summe aufgestockt werden wird. Chedly Ayari, Direktor der Arabischen Entwicklungsbank, hat vor kurzem die Notwendigkeit der arabisch-afrikanischen Zusammenarbeit betont: „Solche Kooperationen sind solide wegen der großen Zahl der beteiligten Länder, die dadurch zusammengeführt werden, und wegen der natürlichen und finanziellen Ressourcen, die verfügbar sind, schließlich wegen des politischen Zusammenschlusses."

Im einzelnen gesehen mögen die verschiedenen Unterstützungskredite, die aus den arabischen Entwicklungsbanken kommen, ihrer Größe nach relativ unbedeutend erscheinen. In der Presse der Imperialisten aus den USA und Westeuropa liest man das oft so. Hier eine Aufstellung von einer Woche, die sich ohne weiteres jede Woche verlängern ließe (alle Angaben aus Hsinhua): Kredit der Islamischen Entwicklungsbank von 5,6 Millionen Dollar an Niger für Wasserbauprojekte. (24.7.) Kredit der Vereinigten Arabischen Emirate an Sudan in Höhe von 6 Millionen Dollar für Gesundheitsdienst. (27.7.) 88 Millionen Rial von Saudi-Arabien für die Arabische Republik Jemen für Wohnungsbau. (29.7.) 176 Millionen Rial Kredit des saudi-arabischen Entwicklungsfonds für ein Eisenbahnprojekt in Bangla-Desh. (30.7.) Zusammengenommen bilden diese verschiedenen Entwicklungsprojekte ein großes Mosaik, das die Bestrebungen der Staaten der Dritten Welt nach Unabhängigkeit vom Imperialismus zum Ausdruck bringt und sie stärkt. Diese Projekte schaffen auch bessere Voraussetzungen für die Völker, die Revolution zu machen, werden ja mit jedem dieser Mosaiksteine Menschen in Bewegung gesetzt.

Nur auf Grundlage dieser Wirtschaftszusammenschlüsse und Unterstützung kann zum Beispiel Ägypten einen solchen Schritt tun wie den vorige Woche beschlossenen sofortigen Stopp der Baumwollieferungen in die Sowjetunion und andere Comecon-Länder. Die Sozialimperialisten haben mit ihren diversen Waffenlieferungen versucht, Ägypten in Abhängigkeit zu zwingen und auszuplündern. Ägypten mußte die Waffen mit Qualitätsbaumwolle bezahlen. Baumwolle ist in Ägypten das Hauptexportprodukt, Überbleibsel aus der britischen Kolonialzeit, in der Ägypten in eine riesige Baumwollplantage verwandelt worden war. Die Bezahlung durch Baumwolle an die Sowjetunion hatte in Ägypten zur Folge, daß nicht mehr genügend Qualitätsbaumwolle für den eigenen Verbrauch vorhanden war, zum anderen, daß die Sowjetunion die ägyptische Baumwolle weit unter dem Weltmarktpreis erhielt, was ihnen große Extraprofite einbrachte. Selbst großer Baumwollproduzent, trat die Sowjetunion nämlich als zweitgrößter Baumwollexporteur der Welt auf dem Weltmarkt auf und verhökerte die von Ägypten gelieferte Baumwolle gleich mit. Ägypten dagegen konnte wenig für den Weltmarkt exportieren.

Selbst auf Länder, die bisher fast vollständig unter dem Einfluß des Imperialismus stehen, hat der Wirtschaftszusammenschluß der Länder der Dritten Welt Auswirkungen. Indonesiens Präsident wird in Kürze nach Ägypten, Saudi-Arabien und anderen Nahostländern reisen und über Kredite verhandeln. Gleichzeitig wurde aus Djakarta nach einem Besuch einer PLO-Delegation bekanntgegeben, daß „nun alle Hindernisse zur Eröffnung eines PLO-Büros beseitigt seien" (Neue Zürcher Zeitung 1.8.77).

Konkurrenz der Imperialisten um Spitzenplätze in der Ausbeutung der Arbeiter

(Fortsetzung von Seite 1)

über den Kämpfen der Arbeiter nicht mehr halten konnte, hat sie eine Lohnleitlinie von 10 Prozent aufgestellt mit einer Laufzeit der Tarife von 12 Monaten. In den Tarifkämpfen der Gewerkschaft der staatlichen Angestellten, die entscheidend sind für den gesamten Verlauf der folgenden Tarifabschlüsse, ist Healey entschlossen, 5 bis 6 Prozent Lohnerhöhung höchstens durchzusetzen bei einer Inflationsrate von 17,6 %. Mit einer Änderung des Gesetzes zur Preis- und Gewinnkontrolle vom 1. August werden die Kapitalisten mit Sanktionen belegt, wenn sie innerhalb der 12 Monate die Löhne erhöhen. Kann der Kapitalist die Lohnkämpfe der Arbeiter nicht unterdrükken und muß Lohnerhöhungen zugestehen, tritt automatisch die Regierung als Tarifpartner auf, die nach dem Gesetz „für die Rechtsfolgen eines Arbeitsvertragsbruchs aufkommt", und zahlt den Kapitalisten die Ausfälle zum Teil aus dem Staatssäckel.

Gleichzeitig will die Regierung das Streikrecht aufheben mit dem zur Verabschiedung anstehenden Streikpostengesetz, in dem vorgeschrieben ist, daß keine Streikketten gebildet werden dürfen vor den Werkstoren und wieviel Arbeiter höchstens als Streikposten aufgestellt sein dürfen.

Frankreich. Anfang August hat die französische Regierung in ihrem Nachtragshaushalt die Erhöhung der „Investitionshilfen" für die Kapitalisten auf 12,5 Milliarden Franc und eine Erhöhung für das „Arbeitsbeschaffungs- und Sozialprogramm zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit" auf 17,7 Milliarden Franc beschlossen. 1 Million Arbeiter sind in Frankreich arbeitslos, jetzt sind 650 000 schulentlassene Jugendliche auf den Arbeitsmarkt geworfen. Die Kapitalisten erhalten „zahlreiche finanzielle Vorteile, wenn sie Jugendliche einstellen". Die Jugendlichen werden auf befristete Probezeit eingestellt und können jederzeit entlassen werden.

Ähnlich wie die westdeutsche hat die französische Regierung ein Krankenhauskostendämpfungsgesetz verabschiedet. Die Bettenzahlen werden eingeschränkt, Arzneimittel werden einfach abgesetzt.

Italien. Ein „Gesetz über Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit" hat die italienische Regierung beschlossen. Es ist die Einführung des Arbeitsdienstes für Jugendliche. Etwa 800 000 Jugendliche und Jungarbeiter im Alter von 15 bis 29 Jahren sind in Italien arbeitslos. Nach dem neuen Gesetz muß sich jeder arbeitslose Jugendliche auf den Arbeitsämtern in Listen eintragen. Um für ein Taschengeld zu arbeiten, werden die Jugendlichen, die anders keine Chance haben, überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden, an die Kapitalisten weitervermittelt. 120 000 Jugendliche werden im Öffentlichen Dienst eingestellt für Denkmalschutz, als Museumswärter, in der Forst- und Landwirtschaft, als Fremdenführer und Gefängniswärter, in Krankenhäusern und im staatlichen Verwaltungsapparat, fast für umsonst.

Die Kapitalisten erhalten für die so an sie vermittelten Arbeitskräfte 100 DM monatlich für eineinhalb Jahre gezahlt, im Süden Italiens, weil es „strukturschwächer" ist, das Doppelte.

Niederlande. Letzte Woche hat die niederländische Regierung ein „sozial-ökonomisches Paket" verabschiedet, auf dessen Grundlage sich Sozialdemokraten, Christdemokraten und Linksliberale geeinigt haben und jetzt eine gemeinsame Regierung bilden wollen. Beschlossen haben die Parteien einheitlich: Lohnstopp für die nächsten zwei Jahre und Lohnerhöhungen für 1980 und 1981 um 0,75 %; Mehreinnahmen des Staates an Steuern von 1 Milliarde Gulden; Zuschüsse bei der Einstellung von Arbeitern und Investitionshilfen an die Kapitalisten.

Schweden. „Schweden muß eine Strukturkrise überwinden", so führt der schwedische Ministerpräsident Fälldin das „Sanierungsprogramm zur Strukturkrise" ein. Die Steuern der Kapitalisten, die sie auf die Lohnsumme zahlen, sollen um 6 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig wird eine Mehrwertsteuererhöhung von 1 bis 3 Prozent vorbereitet. Eine weitere Abwertung der Krone soll durchgeführt werden, was für die Arbeiter Preiserhöhungen, für die Kapitalisten bessere Exportbedingungen schaffen soll.

Erklärtes Ziel der Regierung ist es, den Konsum der Massen einzuschränken. Im letzten Jahr sei der Konsum der privaten Verbraucher noch um drei bis vier Prozent gestiegen, das soll in diesem Jahr nicht mehr erreicht werden, hat die Regierung ihr „Sanierungsprogramm" erläutert. Dazu gehört auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm: Seit Mai zahlt der Staat an die Gemeinden 75 Prozent der Lohnkosten für „Bereitschaftsarbeiten". 25 000 Jugendliche sind „Bereitschaftsarbeiter" als Parkpfleger, Waldarbeiter; Straßenreparaturen und Kanalisationsarbeiten werden von ihnen durchgeführt.

Die Imperialisten verschärfen die Konkurrenz untereinander. Die Konkurrenz um die bestmögliche Ausbeutung der Arbeiter.

Dabei ist die Bundesrepublik auf dem besten Platz mit diesem Programm. Die Arbeiter in den imperialistischen Konkurrenzschlachten zu verheizen, dazu lassen die Finanzbourgeois die Sozialdemokraten und die sozialdemokratischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer marschieren zur Spaltung der Arbeiterklasse.

Jeder Kampf der Arbeiterklasse aber in einem Land stärkt die Kampffront gegen die Kapitalisten in allen anderen, denn er schwächt den Feind und stärkt die Einheit der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern.

Indien in der Schuldknechtschaft der Banken

Mit Besorgnis verfolgen die Imperialisten die Entwicklung der Klassenkämpfe in Indien: „. . .die Streiks häufen sich, die Studenten rebellieren wieder", schrieb die „Frankfurter Allgemeine" am 10.8. „Der Mißbrauch dieser Freiheit nimmt bereits bedenkliche Formen an, daß nun selbst in Regierungskreisen laut darüber nachgedacht wird, ob es eigentlich opportun sei, auf das berüchtigte . . . ‚Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit' . . . gänzlich zu verzichten." Das ist eine offene Drohung. Die Imperialisten, die sich in den letzten Jahren verstärkt der Ausplünderung Indiens zugewandt haben, sehen ihre erwarteten Höchstprofite in Gefahr.

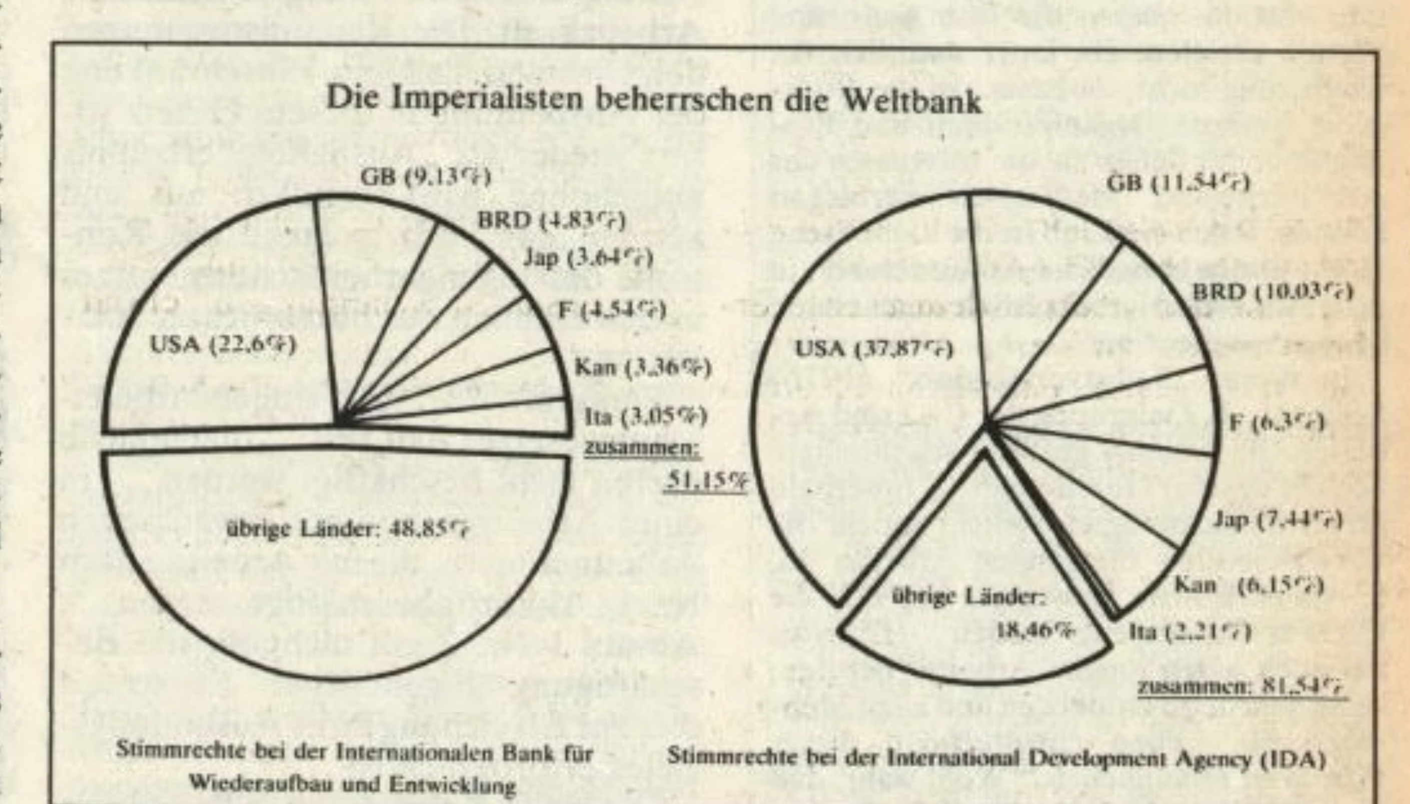
Und ihre Erwartungen sind hochgeschraubt. Ein guter Beweis dafür sind die Machenschaften der Weltbank, mit deren Hilfe die Imperialisten ihren Druck auf Indien verschärfen, um sich völlig darin einzunisten und sich an seinen Reichtümern und seinem schier unerschöpflichen Reservoir seiner Arbeitskräfte zu mästen.

Mit Krediten in einer Höhe von insgesamt rd. 6 Mrd. Dollar zählt Indien inzwischen zu den größten Schuldnern der Weltbank. Folgt man der Propaganda der Weltbank, dann barmt die sie beherrschenden Imperialisten die angebliche „große Armut" Indiens, dann dienen ihre Kredite der „Hebung des Lebensstandards" und dem „Wohlergehen der Masse der armen Bevölkerung", so der Geschäftsbericht der Weltbank 75/76. Ehrlicher wird's dann schon, wenn sie sich über die „Hebung der Produktivität von Millionen" Gedanken machen. Die Tatsachen beweisen eindrucksvoll, daß die Maßnahmen, für die die Kredite vergeben werden, den Imperialisten optimale Bedingungen für die Ausplünderung Indiens herstellen: die Erschließung des Landes und die Bereitstellung ausreichender billiger Arbeitskraft. Zahlen soll Indien, zahlen sollen die indischen Volksmassen, zahlen sollen sie diese Kredite und Zins und Zinseszins dazu (die gewöhnlichen Zinsen betragen bei Krediten der Weltbank 8,5 %) und sich dabei immer tiefer in die Schuldknechtschaft der Imperialisten begeben. Sie bezahlen mit umfassender Verschlechterung ihrer Lebenslage und der Zerrüttung und Vernichtung Hunderttausender Existenzen.

„Besondere Akzente wurden in der Landwirtschaft und der Energiewirtschaft gesetzt." (Geschäftsbericht) Die Zersplitterung und niedrige Produktivität der Landwirtschaft, die Bindung von Hunderttausenden und Millionen Bauern an ein kleines Stückchen Boden und ihre feudale Abhängigkeit – so daß sie der Ausbeutung als Lohnarbeiter nicht zur Verfügung stehen – drückt die Profiterwartungen der Imperialisten. Mit den Krediten der Weltbank zur „Modernisierung der Landwirtschaft" wird diesem Problem zu Leibe gerückt. Im Geschäftsjahr 75/76 wurden mit einem Kredit von 145 Mio Dollar auf einem 72 000 ha großen Gebiet Bewässerungsanlagen und Drainagekanäle gebaut. 25 Mio Dollar vergab die Weltbank zur Produktion von hochwertigem Saatgut, 18 Mio Dollar die IDA für „bahnbrechende Verbesserungen" bei der Baumwollproduktion. 1977 wurden u.a. für 17 Mio Dollar „Dorfberater" losgeschickt, um die Bauern von den „Vorteilen" einer kapitalistisch betriebenen landwirtschaftlichen Produkion zu „überzeugen". Im August hat die indische Regierung Antrag auf einen 200 Mio Dollar-Kredit gestellt, mit dem die Farmausrüstungen und andere landwirtschaftliche Investitionen verbessert werden sollen. Außer diesen landwirtschaftlichen Projekten kreditierte die Weltbank die Förderung der Kunstdüngerproduktion mit 105 Mio Dollar und verschiedene Maßnahmen zur Elektrifizierung auf dem Lande. Über die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen, von Kunstdünger, Bestäubungsmitteln, über den Bau von Bewässerungsanlagen, über private Kreditvergabe unterwerfen die Imperialisten die Landwirtschaft ihrer unmittelbaren Kontrolle. Die kleinen und mittleren Bauern, die die Kosten für maschinelle Bearbeitung, für Bewässerung, für künstliche Düngemittel und teures Saatgut nicht bezahlen können, werden durch die Konkurrenz der Großgrundbesitzer, die diese Kosten aufbringen und ihre Produktion steigern können, erdrückt, sie verschulden sich und werden zu Zehntausenden vom Land vertrieben. Sie vergrößern die industrielle Reservearmee und drücken auf die ohnehin äußerst niedrigen Löhne der Arbeiter. Ein weiteres Ergebnis der imperialistisch betriebenen Landwirtschaft ist v.a. infolge der wachsenden Rolle von Zwischenhändlern die Steigerung der Lebensmittelpreise. In den letzten zweieinhalb Monaten ist die Teuerungsrate in Indien um 3 Prozent emporgeschnellt, die Preise für Lebensmittel stiegen um bis zu 100 Prozent.

Mit dieser „Förderung" der Landwirtschaft, weiter mit dem Ausbau der Energieversorgung, dem Ausbau des Verkehrs- und Transportwesens u.a. bereitet die Weltbank einer großen Welle ausländischer Kapitalinvestitionen den Boden. Scheinheilig haben sich die Imperialisten über den von der Gandhi-Regierung ausgerufenen „Notstand" entrüstet. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Weltbank im Auftrag der vereinigten Imperialisten diese Maßnahme erzwungen hat: Mit dem „Notstand" nämlich wurde ein 20-Punkte-Programm verabschiedet, mit dem Lohnsenkungen, die Aufhebung der Leibeigenschaft (und damit die „Befreiung" der Bauern von den feudalen Ketten und ihre mögliche Verwandlung in freie Lohnarbeiter) und zahlreiche Erleichterungen für den Kapitalexport der Imperialisten nach Indien festgelegt wurden. Die indische Regierung hat inzwischen 271 „Partnerschaftsverträge" mit ausländischen Investoren geschlossen; die BRD-Imperialisten, die bis 1974 nur wenig Fabriken in Indien hatte, liegen Ende 1976 mit Investitionen in einer Höhe von 178,5 Mio DM hinter den USA an zweiter Stelle bei den Kapitalinvestitionen.

Die indische Regierung hat neben dem 200 Mio Dollar-Kredit im August vier weitere Kredite in Höhe von insgesamt 295 Mio Dollar beantragt. Die Weltbank wird die Bedingung daran knüpfen, daß die „innere Ordnung" wiederhergestellt wird. Die Imperialisten fordern's. In den sich ausweitenden und nicht abreißenden Streiks und Kämpfen der indischen Volksmassen sehen sie eine Bedrohung ihrer imperialistischen Herrschaft über Indien. Zu Recht. – (Z-Red)



Stimmrechte bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Stimmrechte bei der International Development Agency (IDA)

Die Weltbank

Die Weltbank, die aus drei Unterorganisationen besteht (der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationalen Entwicklungsorganisation und der Internationalen Finanz-Corporation), wurde 1945 auf der Konferenz von Bretton-Woods unter Führung der US-Imperialisten gegründet. Die Stimmverteilung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die den größten Teil der Kredite vergibt, sowie der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), die hauptsächlich Kredite an die am meisten ausgeplünderten und verarmtesten Länder der Dritten Welt vergibt, beweist, daß die Weltbank ein Instrument in den Händen der Imperialisten ist, mit dem sie die neokoloniale Durchdringung der Dritten Welt und ihre Unterwerfung vorantreiben. Die imperialistischen Mächte, die sich selbst als die „sieben Großen" bezeichnen, besitzen zusammen jeweils mehr als 50 Prozent der Stimmanteile. Bei der IDA, in der die Mitgliedsländer in zwei Gruppen eingeteilt sind, verbuchen die 21 Mitglieder der Gruppe I – die imperialistischen Staaten des westlichen Lagers sowie ein bis zwei Länder der Dritten Welt– 96,5 Prozent der Stimmen für sich, die „restlichen" 95 Mitgliedsländer der Gruppe II – ausnahmslos Länder der Dritten Welt – 3,5 Prozent.

Die Weltbank vergibt ihre Kredite v.a. für infrastrukturelle Projekte, für landwirtschaftliche Projekte und für solche des Ausbildungswesens. Von den 247 Krediten im Geschäftsjahr 1975/76 in einer Höhe von 6,8774 Mrd. US-Dollar wurde der größte Posten – 1,6276 Mrd Dollar – für landwirtschaftliche Projekte in Ländern der Dritten Welt vergeben. Mit den Krediten der Weltbank schaffen sich die Imperialisten in den Ländern der Dritten Welt die Bedingungen, die sie für die Produktion von Höchstprofiten brauchen, verstärken sie dabei gleichzeitig die Unterdrückung, indem sie ihnen Auflagen erteilen und sie zu Maßnahmen im Interesse ihres Höchstprofites erpressen.

Nervosität und zunehmende Hektik der Imperialisten über den Vormarsch des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe

Eine „neue Initiative für eine friedliche Lösung" im südlichen Afrika (Bundesaußenminister Genscher) ist im Gang. Der amerikanische Außenminister, der britische Außenminister, der Außenminister Südafrikas trafen sich in London. D.h. der imperialistische Oberherr, die alte Kolonialmacht und der Verbindungsmann zum Front-Hauptquartier „südliches Afrika" hielten Stabssitzung, wie sie den Befreiungskampf unterdrücken können.

Einzelheiten des „neuen britisch-amerikanischen Rhodesien-Plans" wurden nicht bekanntgegeben. Nur die groben Züge: eine neue Verfassung, eine Übergangsregelung zur Sicherung von Wahlen, wo jeder Erwachsene in Zimbabwe stimmberechtigt sein soll und die unter Kontrolle des Machtapparates der Imperialisten stattfinden soll, und ein Aufbaufonds von 1,5 Milliarden Dollar – um in einen Boom der Ausbeutung den Klassenkampf, den nationalen Befreiungskampf zu entschärfen.

Den genau gleichen Anschlag, damals anglo-amerikanischer Plan genannt, versuchten vor einem Jahr die westlichen Imperialisten mit Kissinger vergeblich durchzusetzen. Wo Kissingers Manövrierraum durch die Niederlage in Indochina, die Unterdrückung der Afro-Amerikaner in den USA und die Unterstützung der Kolonialregimes in Afrika schwer eingeschränkt war, soll Carter als „unbelasteter" gewiefter Betrüger diplomatischen Ballast abwerfen. Im September 1976 hat Kissinger den Zeitraum bis Ende 1978 für die Durchführung des Komplotts angegeben. Daran will Carter festhalten. Die Lage hat sich weiter zugespitzt. Zwischen Januar und Mai wurden vom Volk von Zimbabwe 851 ausländische Söldner getötet, mehrere hundert verletzt, acht Flugzeuge abgeschossen, in zwei Dritteln des Landes bewegt sich die Volksbefreiungsarmee ziemlich unbehindert, die Kolonialtruppen haben die Kontrolle verloren. Die Anglo-American Corporation, der größte Bergbaukonzern, über den die Imperialisten das Land plündern, mußte jetzt „aus Sicherheitsgründen" seine über 100 Geologen, die nach den Naturschätzen „forschen", zurückpfeifen; das geht den westlichen Imperialisten an den Nerv.


Herren und Hunde: Schmidt und Genscher empfangen die Geschäftsführer des vorgeschobenen Stützpunkts in Südafrika, Vorster und Muller, in Bonn (25. Juni 1976).



Ihr neuer Anlauf bei der Durchsetzung der „friedlichen Lösung" heißt, daß sie eine beschleunigte Gangart einschlagen zur Ausweitung des Krieges gegen die Selbstbestimmung des Volkes von Zimbabwe. Smith war nicht nach London beordert. Er reiste am Montag nach Südafrika, um dort seine Order zu empfangen. Wirtschaftlich und militärisch ist das Kolonialregime in Südafrika die Schaltstelle der westlichen Imperialisten. So schlossen die US-Imperialisten z.B. im letzten Jahr den Chromboykott Rhodesiens ein. Dafür exportierte jetzt Südafrika 4 Millionen Tonnen, obwohl das imperialistische Monopolkapital in Südafrika 1976 nur 2,6 Millionen Tonnen förderte. Militärisch wurde das südafrikanische Kolonialregime gewaltig aufgerüstet zur Vorbereitung der Ausweitung des Krieges gegen die afrikanischen Völker.

Um als „Friedensstifter" aufzutreten, muß Smith die Rolle des „enfant terrible" spielen. Die „Westmächte wollen eine gewählte Regierung", schreiben die bürgerlichen Zeitungen. Sie wollen ein neokoloniales Regime. Damit das besser klappt, organisiert Smith Ende August Wahlen zum Siedlerparlament. Von 6,5 Millionen Afrikanern sind nur 3%, 10 000, stimmeberechtigt. Die sollen den inneren Verfall der Garnison kitten. Daß er auf die neokoloniale Lösung seiner imperialistischen Chefs hinarbeitet, hat Smith zur Eröffnung seines Wahlkampfs freimütig zugegeben: „Die Rhodesier müssen sich auf den neuen Weg in Richtung auf eine Mehrheitsregierung und Integration der Afrikaner einstellen... und zwar mit gemäßigten schwarzen Führern. ‚Ich allerdings werde die Kontrolle ausüben. Sie kommen auf meine Einladung hin, und wenn sie etwas Falsches machen, müssen sie eben wieder gehen.' " „Eingeladen" haben Smith und die Imperialisten die Häuptlinge, auf die sie sich schon lange bei der Unterdrückung und Ausbeutung der Volksmassen stützen. Eingeladen haben sie jetzt auch Muzorewa und Sithole, bürgerliche Nationalisten, die aus Angst um ihre Privilegien Bereitschaft zu einem Handel mit den Imperialisten gegen den revolutionären Kampf des Volkes gezeigt haben.

Die BRD-Imperialisten operieren verdeckt. Sie hoffen aus den Widersprüchen möglichst viel in Konkurrenz mit den etablierten Ausbeutern, den US- und britischen Monopolkapitalisten, für sich herausschlagen zu können. So reiste Genscher nicht nach London, sondern empfing den südafrikanischen Außenminister in Frankfurt. Ein paar Tage davor hatte er die OAU-Botschafter in der BRD empfangen, um ihnen vorzumachen, die BRD-Imperialisten wären für die Interessen der afrikanischen Völker. Inzwischen pfeifen jedoch die Spatzen von den Dächern, daß sie nicht nur den größten Ausbeutern, sondern auch zu den militärischen Stützen der Kolonialisten in Südafrika gehören.

Wo die Manöver sich zuspitzen, schickt die CDU Todtenhöfer und die FDP eine Delegation ins südliche Afrika. Der SPD-Vorsitzende Bahr hat den tolpatschigen Versuch unternommen, die Beziehungen zu leugnen. Mulder, Botschaftsrat Südafrikas in Bonn, korrigiert ihn: „Gemäß Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 11/77 des Bundesministeriums für Wirtschaft ... beliefen sich die Direktinvestitionen der BRD ... am 31.12.76 auf 576,2 Millionen DM, ... eine Steigerung um 7,2 Prozent in 12 Monaten ... ist zu beobachten, daß sich die wirtschaftlichen Bindungen zwischen Deutschland und Südafrika ständig verstärken. Inzwischen sind etwa 6000 bundesdeutsche Firmen und Gesellschaften in direktem oder indirektem Kontakt mit Südafrika und über 300 deutsche Unternehmen betreiben dort Tochtergesellschaften ... ergibt sich ein gesamtes deutsches finanzielles Engagement in Südafrika von 12 Milliarden DM ..." Vorsters Fregatten und Schnellboote z.B. wurden von Blohm & Voss und der Lürssen-Werft in Bremen gebaut, zur Tarnung in Spanien und der Schweiz über Israel.

Andererseits festigt sich die Front der afrikanischen Völker und Staaten im Kampf zur Beseitigung des imperialistischen Regimes in Zimbabwe in dem Maße, in dem der bewaffnete Befreiungskampf Fortschritte macht. Nyerere, der Präsident Tansanias, den die Imperialisten nach Washington und London geladen hatten, um ihn weichzukochen, hat Vance gesagt: „Nein, Menschen sterben in Rhodesien, Menschen wie Sie kämpfen. Wir sprechen hier nur darüber, wie der Krieg zu beenden wäre. Meine Aufgabe ist jedoch, Ian Smith von seiner Stellung wegzubekommen..." Der französische Außenminister wurde bei seinem kürzlichen Besuch in Tansania wegen der militärischen Aufrüstung des Siedlerregimes rausgeschmissen. Die Länder der Dritten Welt unterstützen den bewaffneten Befreiungskampf, weil sie wissen, daß das die einzige Sprache ist, die gegen die reaktionäre Gewalt der Imperialisten nützt. Sie dulden deshalb die Aufrüstung des Siedlerregimes nicht und fordern in der UNO ein verbindliches Waffenembargo und Wirtschaftsboykott Südafrikas. Das Volk von Zimbabwe trägt seinen revolutionären Krieg immer näher an die Zentren der Kolonialisten, das machte die Sprengung der Eisenbahnlinie bei Salisbury in der vergangenen Woche deutlich. – (Z-Red.)

„Jugend in Christo“

Die Bourgeois lassen die christlichen Dunkelmänner wieder die Trommel rühren. Sie wissen, ihre Kriegsvorbereitungen sind auf Sand gebaut, wenn die Jugend der arbeitenden Klassen sich vom Klassenkampf gegen die Ausbeuterklasse leiten läßt und sich an den Kampferfahrungen der Arbeiterklasse orientiert. Das hat sie in den letzten Jahren verstärkt getan, und da müssen die Bourgeois eine Wende erzielen. Da langt natürlich ein Kirchentag nicht, da brauchen die Bourgeois fromme Organisationen und Programme, mit denen sie die Interessen der Arbeiterjugend ideologisch verbiegen können. Solch ein Club ist die katholische CAJ – Junge christliche Arbeitnehmer, in dem sich auch Norbert Blüm seine ersten Sporen verdient hat.

In ihrem „Selbstverständnis“ (1976) heißt es: „1. Zielgruppe der CAJ sind Arbeiter, die weitaus größte benachteiligte Schicht unserer Gesellschaft. 2. Innerhalb dieser benachteiligten Schicht spricht die CAJ besonders die jungen Arbeiter an. 3. Als christliche Bewegung hat sich die CAJ für Christus entschieden ... Christus hat auch jeden jungen Arbeiter berufen, seine Würde zu entdecken und allen Menschen ein Leben entsprechend dieser Würde zu ermöglichen.“ Wohl wahr, daß die Arbeiter „benachteiligt“ sind, aber kein Wort, daß es daher rührt, daß die Arbeiterklasse produzierende und zugleich ausgebeutete Klasse ist. „Zielgruppe“ des Betrugsmanövers sind also die Arbeiter und besonders die jungen als „Benachteiligte“. Da sind sie arm dran. Da muß einer her, der hilft, denn außer „benachteiligt“ sind die Arbeiter ja sonst nichts. Die Hilfe bringt Christus, sagen seine irdischen Dunkelmänner. Hilfe wogegen?

„Betriebskonzentration und gesellschaftliche Interessen, ausgerichtet auf Profit, nehmen dem jungen Arbeiter jede Entscheidungsfreiheit ... sogar in sie direkt berührenden Angelegenheiten wie Ausbildung, Arbeitsplatzgestaltung usw ...“ Jeder kapitalistische Kleinbetrieb ist Beweis dafür, daß Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Arbeiterjugend im Kapitalismus nichts mit Betriebskonzentration zu tun hat. Daß es was mit dem Profit zu tun hat, können die Dunkelmänner nicht verschweigen. Aber dafür haben sie die Herrschaft der Kapitalistenklasse vernebelt in dunkle „gesellschaftliche Interessen, ausgerichtet auf Profit“. Woher die Unterdrückung der Arbeiterjugend und zu welchem Zweck, man erfährt es nicht.

Aus den dunklen „Interessen auf Profit“ wird dann, daß alle hinterm Gelde her sind. Der Trick zahlt sich aus: „In den Industrieländern steigt zwar der Lebensstandard ... Durch die Art der Arbeit kommen junge Arbeiter zu der Einstellung: Man muß arbeiten, um Geld zu verdienen. Die meisten sehen darin den einzigen Sinn ... Da die Anerkennung ihrer Arbeit und Leistung, die Achtung ihrer Würde als Mensch, ausbleiben ..., müssen wir beobachten, daß junge Arbeiter sehr schnell auf einen Prestigekonsum fixiert sind ... Dafür nehmen sie gesundheitsschädliche unmenschliche Arbeitsbedingungen in Kauf.“

Lieber auf das Moped oder auf das Auto verzichten, die Ausbildungsvergütungen und die Löhne der angelernten jungen Arbeiter sind ja sowieso zu sehr gestiegen. Dafür öfter ein anerkennendes Wort vom Meister und zweimal die Woche mit der Geschäftsleitung und mit Christus gemeinsame Morgenandacht, das wäre doch mal was! Die Würde der jungen Arbeiter wäre geachtet.

Mit christlicher Gesinnung und durch Versöhnung mit ihren Ausbeutern soll die Arbeiterjugend ihre Lage erdulden: „Die CAJ vertraut darauf: Menschen öffnen sich füreinander und übernehmen soziale Verantwortung; Interessengegensätze und Konflikte sind in fairer Weise lösbar, wenn auch nicht immer ohne Kampf.“

Gegenwärtig feiert die Bourgeoisie den katholischen Bischof Ketteler, der von 100 Jahren ins Grab gegangen ist. Er ist Ziehvater solcher Leute wie Blüm und von der CAJ. Von den Sozialdemokraten wird er im „ötv-magazin“ vom Juli 77 als große Persönlichkeit der gesamten Arbeiterbewegung geehrt. Schon in seiner Regierungserklärung hatte Kanzler Schmidt die Kirchen herausgestellt als Mittel gegen die Erhebung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Er weiß warum:

„Um die sozialen Übel zu heilen, genügt es nicht, daß wir einige Arme mehr speisen und kleiden ... Sondern wir müssen eine ungeheure Kluft in der Gesellschaft, einen tief eingewurzelten Haß zwischen Reichen und Armen ausgleichen ... Gerade wie bei den Reichen, so ruht auch bei den Armen die Quelle der sozialen Übel in der Gesinnung. Wie die Habgier, die Genußsucht, die Selbstsucht die Reichen von den Armen abgewendet hat, so die Habgier, Genußsucht und Selbstsucht, in Verbindung mit äußerer Not, den Haß der Armen gegen die Reichen hervorgerufen“, hat Ketteler von der Kanzel herabschwadroniert. Und gleich das passende Rezept dazu geliefert: „Lasset uns, Reiche und Arme, einen Tag unsern Nächsten lieben wie uns selbst, und das Angesicht der Erde wird erneut sein.“

Die Bourgeoisie läßt solche Figuren wie Ketteler wieder aufleben und pflegt die christliche Soziallehre, um die Arbeiterklasse zu spalten, rückständige Teile und die Jugend vom Kampf abzuhalten, indem sie das irdische Jammertal mit dem Jenseits vergoldet.

Lehrlingsausbildung: ... werden die Jugendlichen an die Akkordarbeit gewöhnt

In seiner jetzigen Gestalt und unter der Kontrolle der Kapitalisten und ihres Staates erweist sich das Jugendarbeitsschutzgesetz als Gesetz zur Ausweitung der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft. Die Kapitalisten nutzen den Umstand, daß jede Einschränkung der Ausbeutung in diesem Gesetz sofort wieder als „Ausnahme“erlaubnis aufgehoben wird, weidlich aus und können das auch, solange die Kontrolle des Jugendarbeitsschutzgesetzes in den Händen des bürgerlichen Staates liegt.

Paragraf 23 des Jugendarbeitsschutzgesetzes hält fest: „Jugendliche dürfen nicht beschäftigt werden ... in einer Arbeitsgruppe mit erwachsenen Arbeitnehmern, die mit Arbeiten nach Nr. 1 (Akkord) beschäftigt werden ... Absatz 1 Nr. 2 gilt nicht für die Beschäftigung Jugendlicher 1., soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungszieles erforderlich ist ...“

Die Hella-Kapitalisten in Paderborn halten sich im wesentlichen an den Wortlaut dieses Gesetzes, ist es doch auch nicht nötig, es zu brechen, wollen sie ihre Lehrlinge schärfer ausbeuten. Spätestens nach zwei Jahren kommen die Lehrlinge aus der Lehrwerkstatt in den Werkzeugbau. Hier wird kein Akkord gearbeitet, die Arbeiter haben Vorgabezeiten, in denen sie ihre Teile schaffen müssen. Die Lehrlinge werden den Facharbeitern zugeteilt und müssen ihre Arbeit ebenfalls in vorgeschriebener Zeit machen. – Erstens, weil die Facharbeiter ihre Arbeit fertig kriegen müssen, zweitens werden die Zeiten, die die Lehrlinge für die Werkstücke gebraucht haben, im Ausbildungsnachweis aufgeschrieben. Bei jedem Werkstück fragt der Meister: „Wie lange hast du gebraucht?“ Hat man es nicht in der gleichen Zeit wie die älteren Arbeiter geschafft, schimpft er.

Alle versuchen die Zeiten zu schaffen, denn in der Prüfung muß man auch nach Zeit arbeiten und die Zeiten sind nach den durchschnittlichen Produktionszeiten festgelegt. So erhöht der Kapitalist die Mehrwertproduktion – weniger als die Hälfte des Facharbeiterlohns muß er den Lehrlingen zahlen. Genauso bei den Jungarbeiten, die noch keine achtzehn sind:

In der Stanzerei arbeiten zwei Jugendliche, sie werden meist als Transportarbeiter eingesetzt. Die erwachsenen Arbeiter produzieren im Akkord, die Jugendlichen müssen die Arbeiter mit Material versorgen. Sind sie nicht schnell genug, schaffen die anderen den Akkord nicht.



Müssen kleine Serien gemacht werden, bei denen der Akkord noch nicht feststeht, werden die Jugendlichen an der Maschine eingesetzt. Das Zählwerk der Maschine läuft weiter. In der Zwischenzeit können die älteren Arbeiter die größeren Akkordserien weiter produzieren. So wird der Arbeitstag für die Erwachsenen verdichtet und die Jugendlichen an die Akkordarbeit gewöhnt.

Gegenüber den älteren Arbeitern sind sie fast um die Hälfte billiger: 500 bis 600 DM beträgt ihr Monatslohn.

Ebenso in der Fertigung: Dort arbeiten vor allem ausländische Jugendliche. Das Arbeitstempo wird vom Meister oder Vorarbeiter kontrolliert und oft werden sie angetrieben, schneller zu arbeiten. Die Arbeiter hier sind ebenfalls Ausländer, die Jugendlichen sind zum Teil ihre Kinder. Da die Erwachsenen im Akkord schaffen müssen und der Lohn niedrig ist, greifen die Kapitalisten gern zu dem Mittel, die Kinder der älteren Arbeiter mit ihnen gemeinsam arbeiten zu lassen. Erreichen wollen sie, daß die Väter die Antreiberei der Kinder selbst übernehmen. Doch das alles reicht den Hella-Kapitalisten noch nicht: Sie wollen alle Lebenszeit der Jugendlichen in Arbeitszeit verwandeln. Das Jugendarbeitsschutzgesetz hält fest: „Paragraf 9: Der Arbeitgeber hat den Jugendlichen für die Teilnahme am Berufsschulunterricht freizustellen. Er darf den Jugendlichen nicht beschäftigen ... 2. An Berufsschultagen mit einer Unterrichtszeit einschließlich der Pausen von mindestens fünf Stunden.“

Der Berufsschulunterricht beträgt weniger – also müssen die Jugendlichen nach dem Unterricht wieder in den Betrieb. Da sie ja am Morgen soviel Pause gehabt haben, ist der Hella-Kapitalist der Auffassung, brauchen sie keine Mittagspause. „Ist der Unterricht zu Ende, mußt du aus der Schule raushetzen um den Bus zu erwischen und rechtzeitig im Betrieb zu erscheinen. Kommst du nicht pünktlich, gibt es einen Anschiss.“

In der Lehre ist es so, daß die Prüfungen oft vier Monate vor Abschluss der Lehrzeit liegen. Soweit die Jugendlichen nicht zur Bundeswehr müssen, wird ihnen eine Arbeit im Betrieb angeboten. Kaum einer kommt in den erlernten Beruf, aber im Akkord müssen sie dann arbeiten, auch wenn sie noch keine achtzehn sind, haben sie doch „eine Berufsausbildung für diese Beschäftigung abgeschlossen“ (§ 23, Abs. 2.2. Jugendarbeitsschutzgesetz). (Bezirk Ostwestfalen)

Jugendarbeitsschutzgesetz in Blüte

Ausbildung zur Näherin im Akkord

So sieht es im Tübinger Textilbetrieb Egeria aus: Egeria ist mit 1300 Beschäftigten in drei Werken im Tübinger Raum die größte Textilfirma. Hergestellt werden teure Frotteeartikel, hauptsächlich Bademäntel. Vor allem arbeiten hier Näherinnen im Akkord. Darauf werden die 15- bis 18jährigen Mädchen, die jetzt gerade zur Bekleidungsfertigerin ausgebildet werden, vorbereitet.

Ausgebildet wird nach der Stufenausbildung. Je nach Schulbildung und Abschlußzeugnis bekommen die Lehrlinge einen einjährigen (Sonder- und Hauptschüler) oder zweijährigen (gute Hauptschüler und Realschüler) Lehrvertrag. Sobald der abgelaufen ist, müssen sie im Betrieb eine Prüfung machen. Wer dabei gut abschneidet und sich auch sonst „gut geführt“ hat, kann in ein weiteres zweites bzw. drittes Lehrjahr übernommen werden. Die Anzahl der Lehrjahre entscheidet, wenn man nach der Ausbildung übernommen wird, über die Lohngruppe.

Und so sieht die Ausbildung aus: Die Lehrlinge sind einer Meisterin unterstellt, die sie für die Bedürfnisse der Kapitalisten heranzüchten soll. Anfangs müssen die Mädchen auf Papier mit der Nähmaschine verschiedene Nähtechniken üben. Sobald man das einigermaßen kann, kommt sofort die Meisterin mit der Stoppuhr und dringt auf mehr Tempo. Nach wenigen Tagen wird auf Stoffresten weitergeübt, dann muß man einfache Teile von Bademänteln wie Taschen und Gürtel nähen. Die Lehrlinge im zweiten Lehrjahr sind voll in die Produktion eingespannt. Sie kriegen z.B. einen Packen von hundert zugeschnittenen Bademänteln und müssen bis zu einem bestimmten Termin damit fertig sein, wobei die Meisterin die einzelnen Fertigungsschnitte unter einer Gruppe von fünf Lehrlingen aufteilt. Wenn Mäntel aus der Endkontrolle zurückkommen, gibt es Krach. Obwohl die Lehrlinge nicht offiziell Akkord arbeiten und auch nicht so bezahlt werden (sie bekommen im zweiten Lehrjahr weniger als 400 DM netto Ausbildungsvergütung), arbeiten sie Akkord. Bei jedem Bademantelteil ist vorgeschrieben, in wieviel Minuten man es fertig haben muß, um auf 100 % Akkord zu kommen. Diese Regelung, die für ausgebildete Näherinnen im Nähsaal gilt, wird auch bei den Lehrlingen versucht durchzusetzen. Jeder Lehrling muß am Ende vom Arbeitstag eine Karte abgeben, wo eingetragen ist, wieviel Minuten man zusammenbekommen hat. Die Meisterin berechnet für jeden Lehrling eine Leistungskurve und noch eine Gesamtkurve für die Gruppe. Sie lobt dann die Lehrlinge, die die Kurve gehoben hätten, und hetzt auf diejenigen, die sie gedrückt hätten.

Normalerweise nennt man sowas Gruppenakkord. Bei Egeria ist das die Ausbildung zur Bekleidungsfertigerin. So sollen sich die Lehrlinge untereinander zur schnelleren Arbeit antreiben, weil das für die Übernahme und den späteren Lohn wichtig ist. Die Meisterin begründet ihre Antreiberei und die Festlegung, wieviel Zeit man etwa für einen Pack Gürtel hat, damit, daß dann die langweilige Arbeit spannender würde. Der Zeitdruck macht die Arbeit allerdings nicht spannender, sondern anspannender, da immer die Frage steht: wie schnell kann ich nähen, ohne daß es hinterher bei der Qualitätskontrolle Beanstandungen gibt? Denn: „Wir stellen Qualitätsware her“, sagt die Meisterin gerne. Egeria macht Luxusprodukte. Viele der Bademäntel kosten im Laden über 200 DM. Eine Näherin kann sich selbst so ein Ding kaum leisten. Die Lehrlinge läßt man allerdings nur an einfachere Bademäntel ran. Bei ihnen ist oft der Stoff von minderer Qualität, d.h. schon lange gelagert und dadurch verzogen. Auf einem verzogenen Stoff ist es sehr schwierig, schnell eine gerade Naht zustandezukriegen. Wie sie das schaffen, ist das Problem der Lehrlinge.

So wird man vorbereitet für die Arbeit nach der Ausbildung im Nähsaal. Dort arbeiten auch viele Frauen mit nur sechswöchiger Anlernzeit. Die gelernten Kräfte unterscheiden sich von den angelernten nur dadurch, daß sie die komplizierteren Teile der Bademäntelfertigung übernehmen und die angelernten die einfachen. Akkord machen alle. Eingestuft ist man dann je nach Dauer der Ausbildung in Lohngruppe zwei bis Lohngruppe vier, d.h. man bekommt 6,96 DM bis 7,47 DM, womit für den notwendigen Zwang zur Akkordhetzerei gesorgt ist. – (Bezirk Mittlerer Neckar)

„Wir stellen junge Mädchen ein, weil sie noch unverbraucht sind“

Arbeitstag einer jungen Arbeiterin bei Siemens-Mariendorf

Bei der Einstellung in Siemens-Mariendorf wurde den jungen Mädchen gesagt: „Wir stellen junge Mädchen ein, weil sie noch unverbraucht sind.“ Dieser „Verbrauch“ für den Profit der Siemens-Kapitalisten sieht dann so aus: 4.30 Uhr klingelt der Wecker, Aufstehen. Frühstücken. 5.20 Uhr aus dem Haus. Die Siemens-Kapitalisten holen sich ihre Arbeitskräfte auch aus entgegengesetzt gelegenen Bezirken der Stadt. Eine Stunde Fahrzeit. Wer ein Kind hat, muß noch früher raus. Die Kinder müssen um 5.30 Uhr am Betriebskindergarten abgestellt werden. So früh, weil der Kindergarten in Siemensstadt liegt, und zum Werk Mariendorf muß man dann noch durch die ganze Stadt. „Abstellen“ müssen die Arbeiterinnen ihre Kinder im wahrsten Sinne des Wortes. Denn dieser macht erst eine Stunde später auf. Wenn die Arbeiterinnen längst in Mariendorf sein müssen.

Kaputt fühlt man sich schon, bevor die Sirenen um 6.45 Uhr oder 7 Uhr ertönen. Bei Überstunden um 6 Uhr. Dann müssen die jungen Arbeiterinnen schuften. Äußerste Konzentration und Anstrengung im Akkord bei Taktzeiten zwischen 2 und 30 Sekunden. Dabei dauernd sitzen. Unausweichliche Folge: Nicht nur die Gesundheit der Frauen wird ruiniert, sondern auch ihre Fähigkeit, Kinder zu bekommen. Das ständige Sitzen, bei Höchstbeanspruchung des Körpers, führt zu: Unterentwicklung der Gebärmutter, Menstruationsstörungen, Lageveränderungen der Unterleibsorgane, Schleimhautveränderungen am Muttermund, die zu gutartigen oder bösartigen Geschwulsten führen können.

Besonders bei den jugendlichen Arbeiterinnen sind Unterleibsentzündungen die häufigste Ursache der Arbeitsunfähigkeit.

Die Siemens-Kapitalisten sind abgefeimte Halunken. Während sie skrupellos darangehen, junge Arbeitergenerationen zugrunde zu richten, reden ihre Politiker vom „Schutz des Lebens“, wenn es darum geht, Leute in den Knast zu stecken aufgrund des § 218, und richten den Pförtner im Werk Mariendorf darauf aus, dafür zu sorgen, daß ja keine Flugblätter zum Tribunal gegen den § 218 auf dem Werksgelände verteilt werden.

Gegen 9 Uhr ist die Frühstückspause. Zeit zum Erholen ist kaum. Man hastet zur Kantine, muß dort anstehen, weil zu wenig Personal da ist und die Pause zu kurz ist. In der Hetze des Akkords geht es weiter bis halb oder dreiviertel 4 Uhr, je nach Arbeitsbeginn, unterbrochen nur durch eine Mittagspause. Wenn die Arbeiterinnen aus dem Werk kommen, sind sie fix und fertig. Frühzeitig müssen sie schlafen gehen, um am nächsten Tag überhaupt diese Arbeitsbedingungen durchhalten zu können.

Daß diese Schinderei überhaupt erlaubt ist, kann man kaum glauben. Es ist aber so. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist so durchlöchert, daß es keinen Schutz mehr bietet.

Im Werk Mariendorf werden jetzt Vorbereitungen getroffen, um Schichtarbeit einzuführen. Die Siemens-Kapitalisten wollen die Bestimmung im „reformierten“ Jugendarbeitsschutzgesetz nicht ungenutzt lassen, nach der die Jugendlichen in der Zeit von 5.30 bis 23.30 Uhr ausgebeutet werden können. Doch auch die Arbeiterinnen bereiten sich vor. Sie wollen der Ruinierung der Arbeitskraft Grenzen setzen. Die Broschüre „Verbot der Akkordarbeit“ des KBW Bezirksverband Westberlin wird diskutiert. In dieser Woche erschien das erste Plakat einer Plakatserie, das die Verbrechen der Siemens-Familie seit ihrem Bestehen angreift. Klar ist, dieser Akkord mit diesen Taktzeiten gehört verboten.

– (KJB-Zelle Siemens, Westberlin)

Bremer Vulkan: Ruhe vor dem Sturm

Bremen. Am Montag der letzten Woche hat eine erneute Branchenversammlung der Schweißer stattgefunden: 20 Kandidaten standen auf einem Stimmzettel, neun mußten gewählt werden. Nach der heftigen Auseinandersetzung auf der letzten Versammlung der Schweißer, wo ein achtköpfiger Vorschlag der Vertrauensleute abgelehnt wurde, verlief die zweite ohne jede Debatte, als reiner Wahlakt.

Ein KBW-Genosse wurde nicht auf die Liste genommen, weil er ja ausgeschlossen ist, dies eine reine IGM-Wahl sei, er sich aber ja später auf die Liste setzen könne.

Die Versammlungen der Branchen stellten pro hundert Arbeiter einen Kandidaten für die Betriebsratswahl auf. Der IGM-Vertrauenskörper entschied am Mittwoch über die Listenplätze der Branchenkandidaten. Danach wurde die Einheitsliste für jeden Arbeiter, der kandidieren will, geöffnet. 99 von 144 anwesenden Vertrauensleuten wählten den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser wieder zum Listenführer; inzwischen kandidieren über 60 Arbeiter auf der Einheitsliste.

Beim Kampf um den neuzuwählenden Betriebsrat spalten die Sozialdemokraten wie wild. „Die Kommunisten sind gegen Sonntagsarbeit, Überstunden; sie wollen den Arbeitern den Lohn schmälern“, ist einer ihrer Schlachtrufe. Am Freitag hat ein Schweißer einen Genossen aus dem Betriebsrat angehauen wegen der Sonntagsarbeit. Die Sozialdemokraten hatten dem Schweißer erzählt, die Kommunisten würden vertreten, die Arbeiter würden von den Vorgesetzten gezwungen, Sonntagsarbeit zu machen,und nur deshalb sonntags arbeiten. Der Schweißer hat vertreten, er sei einer, der auch öfters sonntags arbeitet, er würde dazu nicht gezwungen, sondern mache es des Geldes wegen. In der Debatte ist man sich schnell einig geworden, daß der Niedriglohn genau das wesentliche Zwangsmittel ist, was zur Sonntags- und Überstundenarbeit zwingt. Was die Sozialdemokraten an Boden gewinnen wollten, hat sich schnell ins Gegenteil verkehrt. Daß es genau die Sozialdemokratie ist mit ihrem Einfluß in den Gewerkschaften, die der Arbeiterklasse den Niedriglohn beschert hat, hat der Schweißer unterstützt. „Wenn ich an Kallwait denke (sozialdemokratisches Betriebsratsmitglied), der hat uns doch sogar aufgefordert, in den Tarifrunden nicht so viel zu fordern, um die sozialliberale Regierung nicht zu gefährden. So einen kann man wirklich nicht wieder wählen“, hat der Arbeiter zum Schluß gesagt.

Die Kapitalisten verschärfen die Gangart – Die Gewerkschaftssozialdemokratie will den Kampf dagegen fesseln

50 Schweißer sind in andere Gewerke versetzt worden. Jetzt wurden 30 weitere zur AG-Weser-Werft ausgeliehen. Der Unmut darüber und über die Zustimmung der Sozialdemokratie wächst. So werden weitere Lohnkürzungen vorbereitet. Wie sie im Schiffbau vorgehen, sei an zwei Beispielen geschildert:

Seit Jahren werden Kranführer nach einem Punktschema entlohnt. Voraussetzung, die Lohngruppe 8a zu bekommen, ist, mindestens 50 % der Zeit auf einem Kran dieser Klasse gefahren zu haben. Viele Arbeiter hatten diese Lohngruppe seit dem Streik 1973. Nun wurden zwei herausgegriffen, und ihnen wurde „nachgewiesen“, daß sie knapp unter 50 % der Zeit (Berechnungszeit von einem Vierteljahr) gefahren haben. Sofort wurden sie von 8a auf 8 gesetzt, was mindestens ein Unterschied von 32 Pfennig pro Stunde ist. Es ist der reine Hohn! Die Kranführer werden durch Rationalisierung laufend verringert. Teilweise müssen sie heute während einer Schicht drei verschiedene Kräne fahren, das bedeutet 20 m Treppe runter, 8 m Treppe rauf, 8 m Treppe runter, 30 m Treppe hoch! Das gleich ein paar mal am Tag! Für 32 Pfennig weniger Lohn!

Zwei Arbeiter, die schon seit langem gleichzeitig Kran und einen Sektionstransporter fahren, bekamen die Lohngruppe Zeitlohn 8a. Sie wurden „gebeten“, sich doch voll als Sektionstransportführer umsetzen zu lassen, bei Beibehaltung der Lohngruppe im Akkord. Herauskam, daß diese Kollegen mit ihrem Einverständnis versetzt wurden und – bei der nächsten Entlohnung zwar im Akkord waren, aber mit Lohngruppe 8! Durch die Versetzung entstand zwar wegen des Akkords kein Geldverlust, aber der Akkord ist zunehmend dabei zu versacken.

Alle Arbeiter lehnten sich gegen diese Machenschaften auf. Doch ihre Auflehnung blieb zersplittert, und so kamen die Kapitalisten mit ihrem Vorhaben erstmal durch.

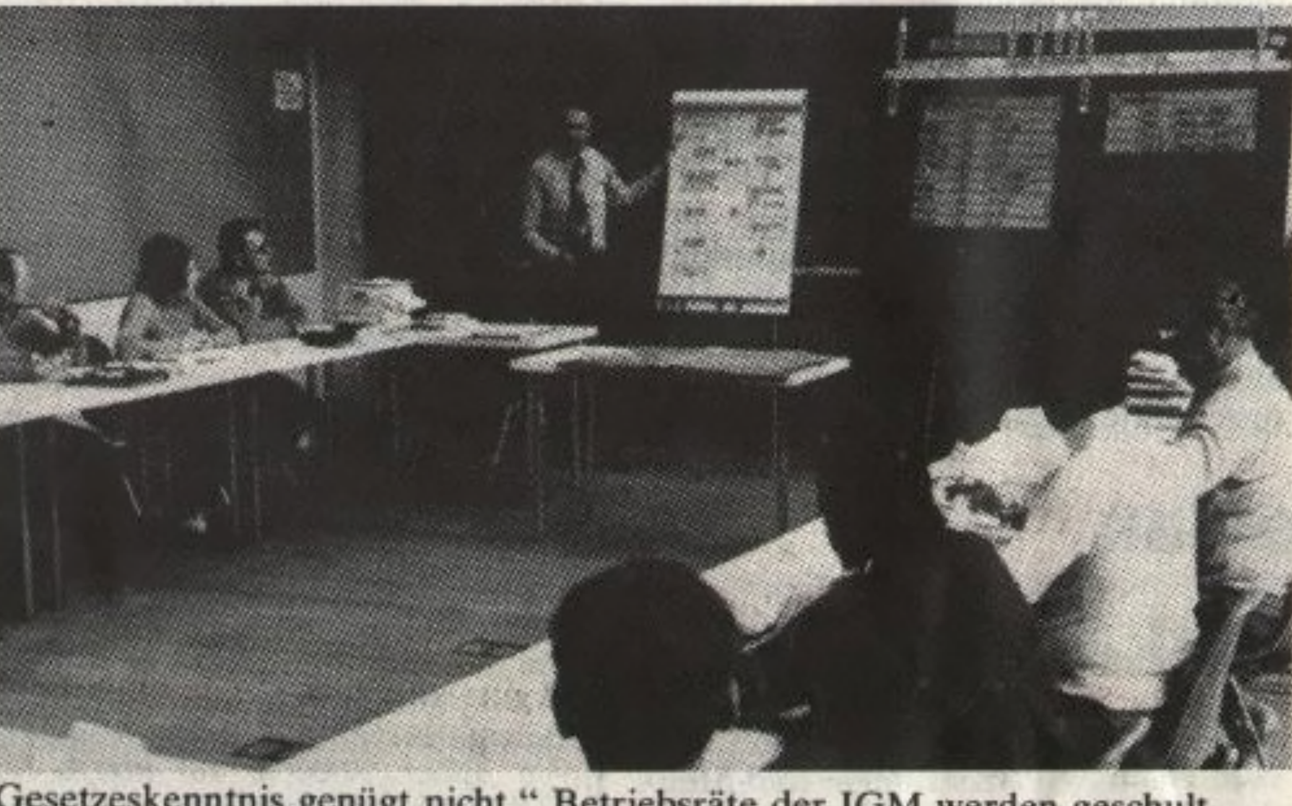
Während der jetzt laufenden Betriebsratswahlen gab es über dieses Thema rege Diskussionen. Für schlecht wurde es befunden, daß auf der Schiffbaubranchenversammlung keine Debatte über dieses Thema stattfand und ein Genosse mit seiner Wortmeldung von den Sozialdemokraten abgeblockt wurde. „Du hättest trotzdem reden sollen!“, wurde ihm von einigen vorgeworfen. Recht haben diese Arbeiter! Was nützen uns Kandidaten, von denen keiner weiß, was sie vorhaben! Aus diesem Grund wurden jetzt in der Abteilung Unterschriften unter der folgenden Entschließung gesammelt, die auf der am Dienstag stattfindenden Betriebsversammlung verlesen wird:

„Wir haben festgestellt, daß im Schiffbaubereich seit längerer Zeit versucht wird, den Kollegen den Lohn zu kürzen. Als Beispiele nennen wir einmal im Kranführerbereich die Runtergruppierung von Kollegen, denen erhebliche Verluste dadurch entstehen. Zum zweiten wurde zwei Kollegen unter zweifelhaften Bedingungen der Lohn von Zeitlohn 8a auf Akkordlohn 8 gekürzt. Diese Kollegen machen nach wie vor die gleiche Arbeit. Sie müssen sowohl Kran als auch den KAMAG-Transporter fahren. Zur Zeit haben diese beiden Kollegen noch keinen finanziellen Verlust. Wir wissen aber aus Erfahrung, wieviel Knochen die Akkordplackerei durch die ständigen Senkungen der Vorgabezeiten auf dem Gewissen hat!

Dies sind zwei konkrete Beispiele, darüberhinaus sind Pläne erstellt worden, wonach in absehbarer Zeit die Überstunden gestrichen werden sollen. Wir sind keine Freunde von Überstunden – im Gegenteil! Aber bei dem Tariflohn sind wir teilweise gezwungen, Stunden zu kloppen, um unsere Familien zu ernähren. Ferner teilte die Geschäftsleitung auf der gemeinsamen Sitzung dem Betriebsrat mit, daß bei gleichbleibendem Auftragsbestand Kurzarbeit und Entlassungen anstehen.

In so einer Situation muß man sich für eins entscheiden: Entweder, man macht sich mit dem Gedanken vertraut, beim Arbeitsamt betteln zu gehen, oder man verfährt nach unserem alten Spruch: ‚Wir sind doch keine Knechte! Wir kämpfen für unsere Rechte!‘ Wir wählen das zweite! Aus diesen Grund stehen wir voll hinter den Forderungen der Vertrauensleute zum 1. Mai 77, d.h. den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und das Verbot der Akkordarbeit fordern. Wir sind der Meinung, daß eine sofortige Lohnerhöhung von 100 DM für jeden her muß. Das muß jetzt organisiert werden, denn die nächste Lohnrunde ist noch lange hin. Solange können wir nicht warten! Wir fordern die Kandidaten zur Betriebsratwahl auf, zu diesen Forderungen Stellung zu beziehen, damit wir wissen, wer diesen notwendigen Kampf organisieren kann und wer nicht!“

In der kommenden Woche ist Betriebsversammlung. Zugleich will die IG Metall-Ortsverwaltung eine lokale Demonstration „gegen Arbeitsplatzvernichtung für das Recht auf Arbeit“ durchführen. Von wegen Recht auf Arbeit. Viele erkennen, daß es an und für sich kein Problem ist, Arbeiter zu beschäftigen. Ein Brenner hat gesagt, was das mit der geplanten Metallerdemonstration mit dem Recht auf Arbeit solle, er kenne einen Nachbarn, der arbeitslos geworden ist. Vorher hat der über 12 DM verdient und jetzt habe er eine Arbeit mit 8,70 DM aufgezwungen. So sehe das Recht auf Arbeit nämlich aus. Und dafür werde er nicht demonstrieren, sondern vielmehr auf der Betriebsversammlung sagen, daß man mehr Geld braucht, um überhaupt die Spaltung überwinden zu können und gegen Entlassungen kämpfen zu können. – (Zelle Bremer Vulkan)



„Gesetzeskenntnis genügt nicht.“ Betriebsräte der IGM werden geschult. Damit ein Betriebsrat sozialdemokratisch geschult die Interessen der Arbeiter wissenschaftliche verdrehen kann, intensiviert die IGM seit Jahren ihre bildungspolitischen Anstrengungen. 19 Millionen DM hat sie im Jahr 75 dafür an Gewerkschaftsmitgliederbeiträgen ausgegeben.
Damit sollen die so geschulten Betriebsratsmitglieder in die Lage versetzt werden, Beschlüsse und Anträge der Belegschaften wie jetzt zum Gewerkschaftstag in ihr Gegenteil zu verkehren: Aus den Entschließungen zum Kampf um den Siebenstundentag bei ausreichendem Lohn wird so Lohnverzicht aus „Solidarität mit den Arbeitslosen.“ Wissenschaftlich analysiert, versteht sich.

Spaltungspolitik

Otto Wolff von Amerongen hatte im Juli die Hetze auf den Lohnkampf der Stahlarbeiter begonnen: „Unbestritten sei jedoch, daß wir so lange den Wettbewerbsnachteil zu hoher Lohnkosten zu tragen hätten, solange wir uns den Luxus des gegenwärtigen Verteilungskampfes weiter leisteten.“ (Süddeutsche Zeitung, 5.7.) „Die europäische Stahlindustrie trägt, wie Otto Wolff meint, eine zu hohe Lohn- und Lohnnebenkostbelastung.“ (Handelsblatt, 4.7.)

Damit haben die Kapitalisten die Ziele gesteckt: Lohnsenkung durch Abwürgen des Tarifkampfes. Wie das Ziel erreichen?

Durch Spaltung; durch Isolierung des Tarifkampfs der Stahlarbeiter von der gesamten Arbeiterbewegung. Das Kalkül der Kapitalisten ist, die Stahlarbeiter im Tarifkampf isoliert zu schlagen und mit dem Lohnraubergebnis aus diesem ersten Tarifkampf im Herbst dann Lohnraubergebnisse in allen Gewerken durchzusetzen. Dazu entfalten sie jetzt in der Presse eine beispiellose Hetze gegen „zu hohe Löhne“ und für Lohnverzicht in den Tarifkämpfen und kündigen gleichzeitig weitere Massenentlassungen in der Stahlindustrie an, um Druck auf die Stahlarbeiter auszuüben.

Der Kommentator im „Handelsblatt“ letzte Woche: „Ein neues lohnstrategisches Konzept sollte erwogen werden: die klassische, aus erwarteter Produktivitätssteigerung und Inflationsrate zusammengesetzte Lohnformel antizipiert die Teuerung gewissermaßen als Selbstläufer. Besser wäre es, wie früher schon vereinzelt praktiziert, einen fakultativen Inflationszuschlag zu vereinbaren; er würde erst fällig, wenn die effektive Preissteigerungsrate ihn rechtfertigt. (. . .) Zum anderen muß der Staat endlich wieder davon abgehen, die Tarifpolitik als seiner gesamtwirtschaftlichen Verantwortung auszuklammern. (. . .) Direkte Eingriffe in die Tarifautonomie sind gar nicht nötig. Aber ein steuerlicher Konjunkturabschlag könnte mit einer lohnpolitischen Wohlverhaltensklausel ausgestattet werden:

Wird für das Gelingen des Programms unerläßliche Lohn-Orientierungsrahmen nicht eingehalten – nun, dann gibt es eben kein Geld vom Staat.“ Die Not der Profitsucht macht erfinderisch. Bankiers, Politiker und Wissenschaftler werden vorgeschickt, um alle Register der Hetze und Spaltung zu ziehen.

Riemer, Wirtschaftsminister im stahlreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen: „Riemer hatte zunächst im Pressedienst seiner Partei erklärt, der Schlüssel für die weitere wirtschaftliche Entwicklung liege in den Lohnkosten. ‚Es ist höchste Zeit, in der Lohnpolitik umzudenken.‘“ (Blick durch die Wirtschaft, 8.8.) Aufsichtsratschef und Präsident des Bundesverbands deutscher Banken Christians: „Nach Überzeugung des Bankenpräsidenten ist die zunehmende Einebnung der Lohnstrukturen durch die Tarifpolitik eine wesentliche Ursache für den Überhang an ungelernten Arbeitskräften.

Diese Entwicklung müsse über die Lohnpolitik gemildert werden.“ (Süddeutsche Zeitung, 29.6.) Und der „Konjunktur-Weise“ Professor G. Scherhorn: „Nur wenn es den Arbeitnehmern ermöglicht wird, über die Verwendung der Gewinne mitzubestimmen, werden sie sich mit verhältnismäßig bescheidenen Lohnforderungen in solchen Branchen und Unternehmen zufrieden geben können, in denen sehr viel mehr verdient wird. Deren Arbeitnehmer würden dann auf Teile des Lohns verzichten, den sie theoretisch bekommen könnten, um sie für bestimmte Investitionen zur Verfügung stellen zu können.“ (Frankfurter Rundschau, 13.8.77)

Das zielt direkt auf den Tarifkampf der Stahlarbeiter.

Kein Vorstandsvorsitzender eines Stahlkonzerns hat es versäumt, auf den jetzt abgehaltenen Aktionärsversammlungen vage die absolute Notwendigkeit weiterer Massenentlassungen anzukündigen. Hoesch: „Für dieses Jahr ist ein Abbau um weitere 1 200 Mitarbeiter vorgesehen.“ Allein die Drohung mit den Massenentlassungen soll ein Klima der Angst und Konkurrenz unter den Stahlarbeitern schaffen, soll sie im Tarifkampf kampfunfähig machen. Dazu paßt prima die Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom letzten Freitag: „Eine erhöhte Arbeitsplatztreue registriert die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

Ein sicherer Arbeitsplatz werde seit zwei bis drei Jahren höher bewertet als ein geringfügig besser bezahlter, aber noch schwer einschätzbarer Platz bei einem neuen Arbeitgeber.“ Das hätten die Herren gern, unter Ausnutzung der Angst um den Arbeitsplatz den Lohn beliebig zu senken. Aber so wird es nicht laufen. Dem Stahltarifkampf im Herbst gebührt die volle Aufmerksamkeit und Solidarität der ganzen Arbeiterklasse, den Kapitalisten darf kein Fußbreit für die Möglichkeit der Spaltung zwischen den einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse gegeben werden. – (Z-Red.)

Teuerungszulage 1973 „ohne“ Streik?

Sozialdemokraten verwischen Schärfe des Klassenkampfes in der Stahlindustrie

Peine. „200 DM, das ist eher zuwenig als zuviel. Aber das kriegst Du nicht durch. In Peine kriegst Du sowieso keinen Streik hin.“ So oder ähnlich äußerten sich mehrere Arbeiter von P & S zu unserem Vorschlag, mindestens 200 DM mehr zu fordern, um eine schlagkräftige Einheit herstellen zu können, die der weiteren Verelendung der Stahlarbeiter einen Riegel vorschieben kann.

Die Lage der Stahlarbeiter drängt auf Kampf. Schnell bekommt man Einigkeit darüber, daß von dem 6 %-Lohnabschluß schon seit Monaten nichts mehr zu spüren ist, daß er Lohnraub bedeutete.

Einige mußten schon in den ersten Monaten des Jahres, kurze Zeit nach dem Abschluß, ihren Jahresurlaub nehmen, um mit Hilfe des Urlaubsgeldes überhaupt über die Runden zu kommen und einige gegen Ende des letzten Jahres notwendig gewordene Anschaffungen abzahlen zu können. In den Betrieben macht sich das Ausmaß des Abbaus der Belegschaft um 1 800 seit 1974 immer drastischer bemerkbar, weil die Produktion wieder steigt.

150 000 t sind im Juli im Blasstahlwerk Peine produziert worden. Das ist nur 15 000 t unter der jemals erreichten Höchstproduktion und liegt nicht viel unter dem Schnitt von 1974, dem Jahr der Höchstprofite der Stahlkapitalisten. Im August sieht es nicht anders aus.

Eine der vier Schichten im Blasstahlwerk arbeitet immer noch im Einkonverterbetrieb. Rund 21 Chargen bedeutet das für jede Schicht im Zweikonverterbetrieb mindestens, 12 oder sogar 13 auf der im Einkonverterbetrieb. Schaffen kann man das nur, wenn für einen Teil ein zweiter Konverter mit dazugenommen wird, der dann zusätzlich bedient werden muß. Mußten vor einiger Zeit noch vier Lokfahrer, die die fertigen Brammen in die Walzwerke transportierten, in den Schichten im Einkonverterbetrieb rund 18 Chargen fahren, so müssen heute drei Lokfahrer 20 oder 22 Chargen fahren. Oft muß das Frühstücksbrot wieder mit nach Hause genommen werden, in die Waschkauen kommen die Lokfahrer erst kurz nach Feierabend.

6,4 % beträgt die Arbeitslosigkeit in Peine. Das drückt auf die Kampfkraft, Ehrenbergs Arbeitsförderung soll die Spaltung der Arbeiter mit Hilfe der industriellen Reservearmee erst richtig zur Entfaltung bringen.

Die Drohung von Entlassungen drückt ebenfalls und verschlechtert die Bedingungen des Kampfes, anders als z.B. in der Automobilindustrie, in der eingestellt wird. Jeder wird durch Entlassungen zunächst als einzelner getroffen.

Trotzdem entwickelt sich an einzelnen Punkten die Auseinandersetzung. Einige Lokfahrer waren jetzt beim Betriebsrat, um dafür zu sorgen, daß erneut die alte Schichtbesetzung eingesetzt wird. Drei oder vier Konverterleute haben auf den Tisch gehauen und 26 oder 27 Punkte gefordert wie die Konverterleute mit Lohngarantie umgesetzten Facharbeiter, mit denen sie zusammenarbeiten. Wenn hier an einzelnen Punkten die Einheit hergestellt werden kann, dann kann sie erst recht im Kampf um mehr Lohn hergestellt werden. Mehr Lohn braucht jeder, da können sich alle Arbeiter und Angestellten zusammenschließen.

Warum soll man die Einheit für Streik nicht bei P & S herstellen können? Jahrelang ist es den Kapitalisten in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftssozialdemokratie bei P & S gelungen, über eine Politik der materiellen Abstumpfung der Widersprüche Streiks zu verhindern. 1973, als die Arbeiter im Ruhrgebiet und bei Klöckner Teuerungszulagen erkämpften, wurde den Arbeitern bei P & S auch ohne Streik eine Teuerungszulage gezahlt. Angst haben sie gehabt, daß die Produktion auch hier lahmgelegt wird. Sonst hätten sie keinen Pfennig gezahlt. Das zeigt die Stärke und nicht die Schwäche der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokraten schreiben sie auf ihre Kappe, auf ihre Politik der guten Zusammenarbeit. Zeitweilig, im Aufschwung der Profitwirtschaft, schien es so zu gehen. Tatsächlich haben sie hintenherum die Teuerungszulage durch Anrechnung auf die Tariferhöhungen wieder zunichte gemacht.

Heute sind die Widersprüche zwischen den Stahlarbeitern und den Stahlherren aufs äußerste zugespitzt. In Frankreich wollen die Stahlkapitalisten jetzt über Subventionen von 12 Milliarden Francs und eine staatliche Kontrollkommission ihre „Modernisierung und Sanierung“ erreichen. Stillegung, Vernichtung von Kapital und Konzentration auf höherer Stufenleiter, darauf läuft die „Sanierung“ hinaus. 16 000 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden, die Subventionen sollen von den Massen über die staatliche Plünderung gezahlt werden. Für die westdeutschen Kapitalisten wird das nur Ansporn sein, ebenfalls weitere Schritte im scharfen Konkurrenzkampf um den Höchstprofit zu unternehmen, mit denen die Auspressung der Arbeiter gesteigert werden kann. Wie sollen die Stahlarbeiter da in ihm überhaupt zusammengehen können?

Ohne Streik geht nichts mehr. Um die Einheit herzustellen, müssen die Arbeiter die Fessel, die die sozialdemokratische Politik bedeutet, abwerfen. – (Stadtzelle Peine)

Klöckner: Entlassungen über Sozialplan

Bremen. Während in den Bremer Metallbetrieben wie auch auf der Klöckner-Hütte die IGM-Demonstration am kommenden Donnerstag vorbereitet wird, hat die Belegschaft der Klöckner-Hütte durch die Presse erfahren, daß 270 Arbeiter und Angestellte, die 59 Jahre alt und älter sind, über einen Sozialplan entlassen werden, der am Donnerstag vom Betriebsrat ohne Zustimmung der Belegschaft unterschrieben worden ist.

Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die sich freiwillig vorzeitig verrenten lassen, sollen nach diesem Sozialplan ein Jahr lang ihr Nettomonatseinkommen und das 13. Monatsgehalt bekommen. Die Rentenversicherungsbeiträge will Klöckner bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres weiterzahlen.

Mit der Freiwilligkeit in solchen Fällen hat es bekanntlich was: Wer nicht „freiwillig“ geht, muß damit rechnen, fristgerecht gefeuert zu werden. Die Rentenversicherungsbeiträge kann Klöckner mit ruhigem Gewissen weiterzahlen, sorgt doch der Mordplan für Rentner – von Ehrenberg ausgeheckt und Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz genannt – dafür, daß Klöckner die Rentenbeiträge schon beizeiten wieder als Kapital entnehmen kann.

Erfolgreicher Kampf um Maschinenbesetzung, aber ein Tarifvertrag muß her

Bremen. Um ihre führende Stellung auf dem Weltmarkt weiter auszubauen, Höchstprofite zu erzielen, wollen die Jacobs-Kaffee-Kapitalisten in Bremen die Ausbeutung steigern.

An neuen Maschinen, mit denen pro Schicht neun Tonnen Kaffee verpackt werden können, sollen nur noch zwei Schlosser und eine Arbeiterin arbeiten. An den alten Maschinen, mit denen drei Tonnen verpackt werden können, schaffen ein bis zwei Schlosser und fünf Arbeiterinnen.

Gleichzeitig soll der Lohn der Schlosser gesenkt werden. Neueingestellte Schlosser bekommen nur noch 1 790 DM, die anderen haben Löhne von 2 050 DM bis 2 350 DM.

Gegen die Intensivierung und die Lohnsenkung gibt es Kampf.

Um ihr Programm durchzubringen, zogen die Jacobs-Kapitalisten ab sofort eine Arbeiterin bei der Maschinenbesetzung ab. Um den Widerstand der Arbeiter dagegen zu unterdrücken, wechselte die Maschinenbesetzung ständig, mal war es eine Arbeiterin mehr, mal eine weniger.

Als in der vergangenen Woche an der Linie 3 in der Spätschicht eine Arbeiterin fehlte, stellten zwei Arbeiterinnen ihre Maschinen ab. Die Produktion wurde zum Chaos. Nach der Pause forderte die Maschinenbesetzung vom Abteilungsleiter, daß sofort eine fünfte Arbeiterin an die Maschine kommt. Die Forderung mußte erfüllt werden.

Auf einer darauffolgenden Abteilungsversammlung wurde gefordert, daß die Maschinenbesetzung nicht reduziert werden darf, daß mehr Arbeiter an die Maschinen müssen, da es im letzten halben Jahr im Werk Hemelingen schon vier Herzinfarkte bzw. Kreislaufzusammenbrüche gegeben hat (eine Arbeiterin ist gestorben). Außerdem wurde eine tarifvertragliche Absicherung gefordert, da man den ewigen Streit darum satt habe und zu neuen Kampfaufgaben übergehen wolle.

Die Neueinstellung zu niedrigeren Löhnen und die damit beabsichtigte Spaltung wurde angegriffen und von den Schlossern eine sofortige Angleichung der unteren Löhne an die höheren gefordert. Darüber hinaus wurde festgestellt, daß die Mehrarbeit und die gestiegenen Preise einen höheren Lohn für alle erforderlich machen.

machen.

Lohnraub durch Rentenkürzung und Erhöhung der Kantinenpreise

Frankfurt. In regelmäßigen Abständen und insbesondere dann, wenn die Arbeiter den Lohnkampf vorbereiten, fangen die Kapitalisten ein großes Geschrei an über die „enorm steigenden" Lohnnebenkosten. Ebenso die Hartmann & Braun-Kapitalisten. In schöner Regelmäßigkeit benutzen sie dazu insbesondere ihre „Informationen für die Mitarbeiter der H&B-Firmengruppe". „Die Personalkosten steigen trotz der Personalmaßnahmen des vergangenen Jahres weiter überproportional. Der Grund dafür – so ein Vorstandsmitglied – liege vor allem in der Erhöhung der Personalzusatzkosten". Solches beklagen sie noch Anfang des Jahres und im Juliheft teilen sie dann mit: die Gesamtpersonalkosten seien 1976 um 11 Millionen DM oder 9,4 Prozent gestiegen und weiter: „Der Hauptanteil entfiel hier ... auf die Erhöhung der Sozialkosten, die wiederum drastisch ausfielen und damit die Lohnnebenkosten weiter aufblähen. (Juliheft)". Um die anstehenden Lohnkämpfe zu unterlaufen, jammern sie lauthals über ihre „freiwilligen" betrieblichen Zahlungen, die so maßlos hoch seien. Die H&B-Kapitalisten verweisen insbesondere auf die Betriebsrente und ihren „Zuschuß" zum Kantinenessen. Untersucht man, was daran „aufgebläht" ist, so bleibt einzig ihr profitgieriger Bauch, der nicht genug kriegen kann.

Betrachten wir das bei der Betriebsrente. Anfang 77 haben die H&B-Kapitalisten eine neue Ruhegeldordnung gegen die Arbeiter durchgesetzt. War es bisher so, daß die Betriebsrentenzahlungen unabhängig waren von der gesetzlichen Rente, so haben sie jetzt festgelegt, daß die Summe von gesetzlicher und betrieblicher Rente 75 Prozent des letzten Bruttolohns nicht übersteigen darf. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende hat dies über die Bühne rollen lassen, um „Überversorgung" zu vermeiden. Der Abbau der „Überversorgung" sieht für einen verrenteten Arbeiter in LG 6 folgendermaßen aus: bei 40 Jahren Ausbeutung durch die H&B-Kapitalisten hätte er 296 DM Betriebsrentenanspruch. Hat er zuletzt durch Überstundenschinderei und Schicht 1 900 DM brutto verdient und kriegt 1 200 DM gesetzliche Rente, so werden ihm die 296 DM auf 225 DM gekürzt, weil mit der Summe von 1 200 DM und 225 DM die 75 Prozent-Grenze erreicht ist. Begründen tun sie diese Maßnahme mit der „Aufblähung" und sie legen Zahlen vor. Von 1974 auf 75 seien die Ausgaben der Betriebsrentenkassen von 1,3 Millionen auf 1.55 Millionen DM gestiegen, also um 11,3 Prozent. Dieser Trend habe sich in den letzten Jahren fortgesetzt. Für die Masse der verrenteten H&B-Arbeiter hat sich das natürlich nicht ausgewirkt. 33 Pfennige Betriebsrentenerhöhung oder 0,2 Prozent sind für sie herausgesprungen 75 im Gegensatz zu 1974. Die Aufblähung von 11,3 Prozent kommt schlicht daher, daß die H&B-Kapitalisten die Meister und Antreiber natürlich mit der Betriebsrente schmieren und daß die Zahl der schon mit 63 Jahren verrenteten – weil kaputtgeschundenen – Arbeiter rasant gestiegen ist.

Was an „Aufblähung" bleibt, ist, daß sie sich immer fettere Kredite aus ihrer Rentenkasse rauben.

Ein anderes Beispiel fürs „Steigen" der Lohnnebenkosten ist das Kantinenessen. Die H & B-Kapitalisten „bezuschussen" es mit 1,50 DM. Über Jahre hinweg weigern sie sich mehr zu zahlen, weil sie es dann nicht mehr von der Steuer absetzen können. Den Arbeitern haben sie ihren „Essensanteil" das letzte Jahr von 1,20 auf 1,50 DM erhöht. Den Anteil „Lohnnebenkosten" haben sie so prozentual gedrückt, wie sie auch daran sind, ihn absolut zu senken, indem sie den Dreckanteil am Kantinenessen beständig steigern. Fast täglich gibt es Nudelmatsch und Wassersoße, dreimal die Woche gibts jetzt nur noch Imbiß, Schweinekopfsülze, bestehend aus Knorpel und Fett: „Steigende Lohnnebenkosten!"

Jetzt ziehen sie mit den „Lohnnebenkosten" gegen den Lohnkampf zu Felde. „Von jeder Mark, die ihr mehr fordert, haben wir 66 Pfennige „Zusatzkosten"! Betriebsratsvorsitzender Becker: „Man muß die Mehrbelastung der Unternehmen durch den zusätzlichen Urlaubstag ... und die betrieblichen Leistungen bei der Aufstellung der Tarifforderung berücksichtigen."

Die Arbeiter bei H&B werden es tun, indem sie den Lohnnebenkostenschleier runterreißen und die Lohnforderung aufstellen, die hinlangt für den Normalarbeitstag. – (Bezirk Frankfurt)

Persil, Pril und das „Alte Henkelerbe" gestrichen

Düsseldorf. 62 Prozent des Lohns eines Schichtarbeiters (Lohngruppe II) bei der Henkel KGaA in Düsseldorf bilden den feststehenden Bestandteil des Lohns und 38 Prozent sind variable Lohnbestandteile (Nacht- und Schichtzuschlag, Erschwerniszuslage, Treueanteil usw.). Darüberhinaus zahlen die Henkelkapitalisten einen Teil des Lohns in Form von Naturalien – freies Mittagessen, kostenloses Waschmittelpaket mit mehreren Henkelprodukten wie Persil, Pril usw.. Neben zusätzlichen Versicherungen bezeichnen dies die Henkelkapitalisten als „soziale Leistungen". Dieses Zulagensystem hat für die Henkelkapitalisten besondere Vorteile. Erstens hat sich Henkel den Ruf des großmütigen sozialen Unternehmers geschaffen und zweitens kann er jetzt einen großen Angriff auf den Lohn starten. Allesamt sind diese Zulagen nicht tariflich abgesichert und somit beliebig streichbar. So wird nun bei Henkel, wie bereits auf der Belegschaftsversammlung im März angekündigt, mit der Kürzung der „sozialen Leistungen" begonnen.

Zunächst wurde das Waschmittelpaket, das eh schon über die Jahre hinweg immer kleiner und kleiner wurde, nicht mehr monatlich, sondern nur noch zweimonatlich ausgegeben. Die Arbeiter sind also gezwungen, sich jeden zweiten Monat die Produkte nochmals im Laden zu kaufen. Hier dürfte man für den Inhalt eines Henkelpakets ca. 20 DM bezahlen. Also ein monatlicher Lohnraub von 10 DM.

Das Henkel-Essen hat es bisher umsonst gegeben. Die Henkelkapitalisten haben da Jahr für Jahr immer mehr an jeder Ecke eingespart. Kartoffeln halb roh und ungenießbar, Klöße mit Pampe und kaum Fleisch. Jetzt soll ein Arbeiter in Tagschicht dafür 13,06 DM bezahlen, ein Arbeiter in Dreischicht 11,23 DM. Das Kantinenessen ist ein steuerpflichtiger Sachbezug. „Nur" 1,50 DM können die Kapitalisten pro Mittagessen von dem zu versteuernden Bewinn abziehen. Bei dem kostenlosen Mittagessen handelte es sich um ein Erbe der Vorfahren von Konrad Henkel an „ihre Arbeiter". Aus verschiedenen Abteilungen verzichten die Arbeiter jetzt auf das Mittagessen. Allein in der Klebstoffabteilung Nord verzichteten mehr als 40 Arbeiter von 300. Einer meinte dazu: „Erst wird das Waschmittelpaket immer kleiner und jetzt sollen wir auch noch für den Fraß, der Jahr für Jahr schlechter wird, zahlen – Nie!" –(e, Bezirk Rhein)

Die Lü
Steuersenkung für VW

Lohnsenkung um 10 %

Wolfsburg. Die VW-Kapitalisten haben mit der IG-Metall als Vorgriff auf einen noch auszuhandelnden Manteltarifvertrag für die Angestellten im VW-Werk eine Vereinbarung abgeschlossen. Diese Vereinbarung sieht vor, Angestellten, die 50 Jahre und älter sind oder einen Arbeitsunfall erlitten haben, „einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Arbeitsplatz zuzuweisen".

Da der Lohn an diesem neuen Arbeitsplatz geringer sein wird als der bisherige, ist ein Gehaltsausgleich vorgesehen von 90 %. Was auf den ersten Blick „sozial" aussieht und womit die Sozialdemokraten in der IGM hausieren gehen werden, ist nichts anderes als die Vereinbarung über eine Lohnsenkung von 10 % für die älteren Angestellten.

Tödlicher Arbeitsunfall

Hamburg. Bei der Hamburger Werft Blohm & Voss hat sich innerhalb von sechs Wochen ein zweiter Arbeitsunfall beim Bau des Kranschiffs „Aserbajdshan" ereignet. Ein Arbeiter und ein Ingenieur wurden getötet, als beim Transport eines 220 Tonnen schweren Kranauslegers die Trossen eines Schwimmkrans rissen und der Kranausleger auf das Deck herabstürzte. Kriminalpolizei, Seeberufsgenossenschaft, Germanisches Lloyd und das Amt für Arbeitsschutz versuchen, die Ursache für den Arbeitsunfall zu verwischen. Sie lassen untersuchen, ob das Krangeschirr für den schweren Kranausleger zu schwach, die Trossen zu rissig, das Gewicht des Kranauslegers falsch angegeben wurde.

Als „tragischer Zufall" soll erscheinen, was Folge des kapitalistischen Produktionsprozesses ist: die gewaltsame Verkürzung der Lebenszeit der Arbeiter. Die Kapitalisten kalkulieren so. Ihnen geht es um die Profite. Zwei Tage nach dem Arbeitsunfall auf der Werft veröffentlichten die Blohm & Voss-Kapitalisten ihre Bilanz für 1976.

„Befriedigend" sei das Ergebnis: Der Gesamtumsatz einschließlich der Tochtergesellschaften von Blohm & Voss hat sich von 743 Mio. DM auf 998 Mio DM erhöht, der Gewinn beträgt 28,5 Mio DM 1975. Das bei einer um 500 Mann verringerten Belegschaft. Allerdings sind die Auftragsbestände knapp, aber: „Die von der Bundesregierung zugesagten zwei Fregattenaufträge ... erleichterten es jedoch, eine Auftragsflaute zu überstehen, wenn ‚am Horizont neue Aufträge zu erkennen sind'." (FAZ, 19.8.77) Sie erleichtern es den Kapitalisten deswegen, weil sie schon jetzt darangehen, in der Ausbeutung der Arbeiter eine neue, höhere Stufe zu erreichen.

Nur wenn die Ausbeutung gesteigert werden kann, kann die Bourgeoisie ihr Expansions- und Kriegsprogramm durchsetzen. Das ist das Ziel, und dieses Ziel muß von den Arbeitern angegriffen werden, weil es für sie mörderisch ist, weil die erste Produktivkraft, der Arbeiter, gefesselt und vernichtet wird.

Die Lüge von den Lohnzusatzkosten

„Lohnzusatzkosten in der Chemie klettern weiter", jammert der Chemiekapitalisten-Spitzenverband „Arbeitskreis Chemie" und rechnet vor, daß die „Lohnzusatzkosten" in der chemischen Industrie mittlerweile 74,6 Prozent ausmachen würden.

Unter Lohnzusatzkosten verstehen die Kapitalisten neben den Beiträgen zu den Sozialversicherungen (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft) folgendes:

„In erster Linie gehört dazu der bezahlte Urlaub ... bezahlte Feiertage ... durchschnittlicher Krankenstand ... bezahlte Krankheitstage ... Betriebsversammlung, Sonderurlaub für die Eheschließung, Arbeitsjubiläum, Umzug usw. Abgerundet wird die Liste mit den Zusatzkosten durch das 13. Monatseinkommen ... (und) letzter Posten sind die vermögenswirksamen Leistungen."

Sieht man diese Lohn„zusatzkosten" an, weiß man, was die Kapitalisten vorhaben. Sie wollen den Wert der Ware Arbeitskraft nicht bezahlen. Dabei behaupten sie, der Lohn sei die Bezahlung für die Arbeit des Arbeiters, wo aber der Lohn nichts anderes ist wie die Bezahlung des Werts der Arbeitskraft, über die der Kapitalist ab dato verfügt und sie Werte schaffen läßt, die er sich aneignet. Frech behaupten die Kapitalisten, die sich diese Werte aneignen, die Arbeit der Arbeiter zu bezahlen, und bezeichnen Lohnbestandteile wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, die sich dadurch auszeichnen, daß sie den Arbeitern das ganze Jahr über vorenthalten werden, als Lohn„zusatzkosten" Dies mit dem Ziel, den Lohn zu senken. Nur dadurch, daß dieser Teil des Lohns durch den Kampf der Arbeiter teilweise tariflich abgesichert ist, sind hier den Kapitalisten Schranken gesetzt.

Anders bei den „Sozialleistungen". Hierbei handelt es sich um tariflich nicht abgesicherte Lohnbestandteile, die von den Kapitalisten jederzeit gestrichen werden können und sie das auch tun. Mit den „Sozialleistungen" wollen sie gleichzeitig die Arbeiter an den Betrieb fesseln oder wie es der Diplom-Kaufmann Klaus Kottke in seinem Buch „Bilanzstrategie und Steuertaktik" sagt: „Zusätzlicher Sozialaufwand des Unternehmers macht sich regelmäßig bezahlt durch Gewinnung und Bindung wertvoller Arbeitskräfte an den Betrieb!"

Für die Kapitalisten zahlt sich die „Bindung wertvoller Arbeitskräfte" sofort in Mark-Beträgen aus:

Weihnachtsgratifikationen. „Von den Bezügen eines Arbeitsnehmers in der Zeit vom 15.11. bis 31.12. wird ein Weihnachtsfreibetrag von 100 DM als nicht steuerpflichtiger Arbeitslohn angesehen, ... Weihnachtsgratifikationen an die Arbeitnehmer sind als Betriebsausgaben abziehbar, und zwar uneingeschränkt (§ 4 Abs. 4 Einkommenssteuergesetz)".

Beteiligung am Gewinn. „Die ausgezahlten Gewinnanteile sind beim Unternehmer abzugsfähige Betriebsausgaben, beim Arbeitnehmer lohnsteuerpflichtiger Arbeitslohn."

Prämien für Verbesserungsvorschläge. „Schließlich können Unternehmer ihren Arbeitnehmern auch Prämien für Verbesserungsvorschläge zahlen, die als Betriebsausgaben abziehbar und lohnsteuerfrei sind .... – (Mi-Red.)



Die Berufsgenossenschaft schreibt Sicherheitsschuhe mit Stahlkappen vor.
Diese Schuhe sind schwer und unbequem. Viele Arbeiter bei KHD haben die Stahlkappen einfach rausgeschnitten, weil sie Blasen scheuern. Für diese Klötze müssen sie auch noch 17,50 DM bezahlen. Das ist der halbe Preis. Die andere Hälfte bezahlen die KHD-Kapitalisten, aber nur alle zwei Jahre. Gehen die Schuhe vorher kaputt, müssen die Arbeiter den vollen Preis selber bezahlen.
Die Arbeiter bei KHD haben schon seit längerer Zeit die Forderung nach Bezahlung der Arbeitskleidung durch die Kapitalisten aufgestellt.

Steuersenkung für VW

Unter der Überschrift „CDU will '78 zehn Millionen DM einsparen", verkünden die „Wolfsburger Nachrichten" vom 18.8.77 eine geplante Herabsetzung des Hebesatzes für die „Lohnsummensteuer" von bisher 1 000 % auf 800 %. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Schlimme begründet, die Lohnsummensteuer sei eine der „ungerechtesten Steuern überhaupt". Es ist eine Steuer, die ausschließlich von den Kapitalisten gezahlt wird. Folglich wandern die 8,2 Millionen Mindereinnahme durch die Senkung des Hebesatzes in die Taschen der örtlichen Bourgeoisie. Die CDU behauptet: „Einzig und allein die mittelständischen Betriebe würden relativ am meisten von dieser Senkung profitieren." Das ist gelogen, VW wird am meisten dadurch geschmiert werden. Eine Rechnung:

8,2 Millionen soll einer Senkung des Hebesatzes von 200 % entsprechen, dann würde das Gesamtaufkommen bei dem bisherigen Hebesatz von 1 000 % 41 Millionen betragen. 41 Millionen entsprechen einer versteuerten Bruttolohnsumme von 2,05 Milliarden DM. (Unversteuert bleiben ab 1.1.78 Betriebe mit einer Lohnsumme bis zu 60 000 DM, unversteuert bleiben außerdem die Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge.)

Das Bruttolohn- und Gehaltsaufkommen der VW AG betrug 1976 laut Geschäftsbericht 3 275 663 510 DM. Insgesamt waren 97 422 Arbeiter und Angestellte bei VW am 31.12.76 beschäftigt. Pro Beschäftigten macht das 33 623 DM im Jahr (es macht in diesem Fall nichts, daß Schmücker und Konsorten in den Löhnen und Gehältern mit untertauchen). Das Werk Wolfsburg hatte am 31.12.76 48 499 Beschäftigte. Multipliziert man die Anzahl der Beschäftigten mit dem Durchschnittsjahreslohn, so erhält man eine Jahreslohnsumme von 1,63 Milliarden DM. VW ist an der versteuerten Jahreslohnsumme also mit 79,5 % beteiligt. Bei einer Senkung des Hebesatzes für die Lohnsummensteuer von 200 %, spart VW 6,4 Millionen. Bei einem 40-Mann-Betrieb wird die Ersparnis ca. 3 600 DM im Jahr betragen. Wäre es so, wie der CDU-Fritze behauptet, müßte es in Wolfsburg bald 50 000 Beschäftigte in solchen „Mittelbetrieben" geben. Es gibt sie nicht, VW soll durch die Senkung des Hebesatzes gemästet werden, darum geht's. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Unfallversicherung

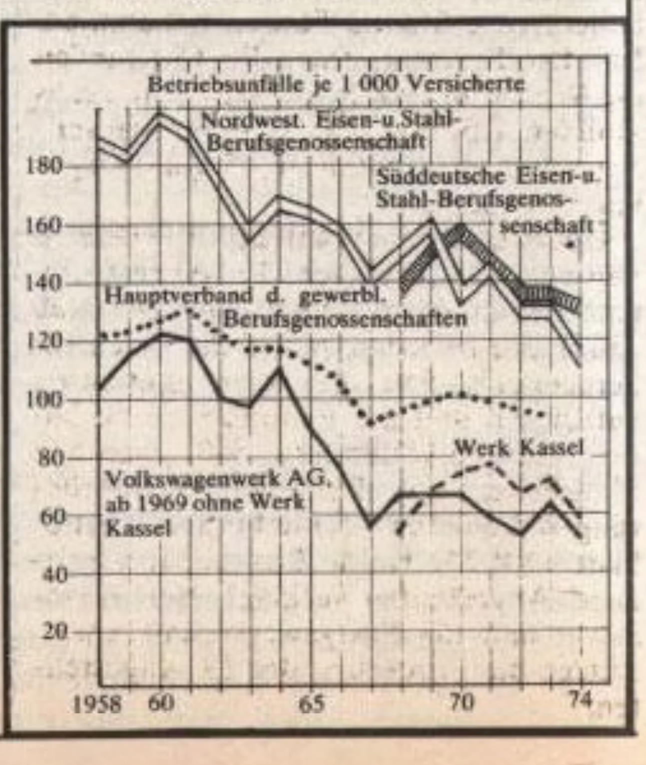
„Die körperliche Unversehrtheit und die Erhaltung der Arbeitskraft unserer Mitarbeiter ist das Anliegen einer sinnvollen Unfallverhütungsarbeit. Sie ist aber zugleich eine unternehmerische Aufgabe zur Beeinflussung der Ertragslage unseres Unternehmens, denn Unfälle vermeiden heißt auch Kosten sparen." Dies sind Worte aus dem Geschäftsbericht der Betriebsunfallstatistik der VW-Werke. Das Schaubild zeigt, daß die VW-Kapitalisten gegenüber anderen Kapitalisten weniger Unfälle im Betrieb haben, und daß nach ihren Angaben die Zahl der Betriebsunfälle absolut absinkt.

Aufgeführt in der Statistik sind nur die Unfälle, die meldepflichtig sind, d.h. die Unfälle, bei denen die Arbeiter nach 3 Tagen Krankheit wieder ausgebeutet werden, werden gar nicht aufgenommen. Dies sind für VW für das Jahr 1974 8 432 Unfälle, gegenüber 6 171 meldepflichtigen.

Ein deutlicher Abfall der Berufsunfälle zeigt sich von 1973 auf 1974. 1973 wurde in 804 Betrieben in der BRD kurzgearbeitet, 1974 in 4 729 und 1975 in 12 548, entsprechend sieht auch die weitere Statistik aus, die offiziell für 1975 gegen 1974 einen Abfall der Betriebsunfälle um 11.2 % angibt.

Im Unterschied zur gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung müssen die Kapitalisten für die versicherten Arbeiter vollständig die Finanzen zur Unfallversicherung tragen. Das drückt die Kapitalisten:

Betriebsunfälle bedeuten Kosten, das geht an den Profit. VW hat für 1975 allein 77 760 Krankheitstage für Betriebsunfälle zu verbuchen. Die Kapitalisten versuchen zu verhindern, daß der Profit durch die Betriebsunfällle geschmälert wird. Deshalb haben die Kapitalisten auch auf die Verabschiedung des Arbeitssicherheitsgesetzes 1973 gedrängt, wodurch heute 2 500 Sicherheitsexperten, 4 500 Betriebsärzte in den Betrieben herumschnüffeln, um den Arbeitern die durch die Arbeitshetze verursachten Unfälle in die Schuhe zu schieben. Die Triebfeder für die „Arbeitssicherheit" der Kapitalisten ist der Profit. Das Interesse der Arbeiterklasse dagegen ist die Erhaltung der Arbeitskraft. Den Kapitalisten muß das Betriebsgesundheitswesen aus der Hand geschlagen werden, die Arbeiterklasse muß mit Hilfe der Betriebsräte und durch ihre gewerkschaftliche Organisation um die Sicherheitsvorkehrungen und Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz kämpfen. – (Z.-Red)



Einstand des Bundesanwalts Rebmann

Bundesanwalt Rebmann gibt derzeit seinen Einstand. „Human und gerecht“ seien die Haftbedingungen der Gefangenen der RAF, hat er am 30.7. in der Frankfurter Allgemeinen schreiben lassen. Tatsache ist, daß die Bourgeoisie einen neuen Vorstoß unternimmt, die Isolationshaft und umstandslose Vernichtung ihrer Gefangenen durchzusetzen, nachdem dies Vorhaben schon einmal am Widerstand der Massen gescheitert ist.

Die Gefangenen in Stuttgart Stammheim sind seit ca. 10 Tagen im Hunger- und Durststreik gegen die Isolationshaft, die Rebmann nach einer provozierten Schlägerei in den Zellen wieder hat anordnen lassen. In einem Schreiben des Bundesgerichtshofes (Ermittlungsrichter) werden folgende Maßnahmen erwogen, „die verhindern sollen, daß sich Ihr Gesundheitszustand weiter verschlechtert:
- Wegfall des Umschlusses mit anderen Gefangenen
- Wegfall der Freistunde
- Entzug aller kreislaufwirksamen Mittel (d.h. Kaffee und Tabak)
- Wegfall aller Besuche – außer Verteidigerbesuchen
- Wegfall des Bezugs von Zeitungen und Zeitschriften sowie Entzug des Radiogerätes.“

Mittlerweile sind diese Maßnahmen teilweise durchgesetzt. Die Schließer in Stuttgart Stammheim haben nachts die geschwächten Gefangenen alle drei Stunden geweckt, um sie willenlos zu machen. G. Ensslin und A. Baader wurden in bewußtlosem Zustand abtransportiert.

Die Gefangenen Hoppe, Pohl und Beer wurden neun Stunden über den Tropf zwangsernährt und ihnen 1,5 Liter Flüssigkeit eingeflößt. Ein zweites Mal kann diese Behandlung nicht durchgeführt werden, weil sie die Venen zerstochen haben. Buback-Nachfolger Rebmann will der Bourgeoisie beweisen, daß sie sich auf ihn bei der Verschärfung der Unterdrükkung in den Gefängnissen verlassen kann. – (Z-Red)

Kurmann muß Lehrer bleiben!

Hannover. Studienassessor Kurmann von der Goetheschule ist vom Regierungspräsidenten Baier erneut mit Unterrichtsverbot belegt worden. „Das Gericht gab Kurmann recht“, schreibt die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, und der Regierungspräsident untersagte Kur-

Kurmann muß Lehrer bleiben!

Hannover. Studienassessor Kurmann von der Goetheschule ist vom Regierungspräsidenten Baier erneut mit Unterrichtsverbot belegt worden. „Das Gericht gab Kurmann recht“, schreibt die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, und der Regierungspräsident untersagte Kur-mann im Anschluß an die Entscheidung des Gerichts unter Berufung auf das niedersächsische Beamtengesetz die Führung der Dienstgeschäfte und will ein Entlassungsverfahren einleiten.

Der Schulbehörde sitzt die Angst tief im Nacken. Sofort nach Schulbeginn gab die Schulbehörde z.B. die Anweisung an alle Schulen, die Notengebung und den Fall Kurmann auf einer Konferenz zu behandeln.

Die Lehrer lassen sich durch diese Manöver nicht einschüchtern. Auf der Delegiertenkonferenz der GEW am 16.8. forderten die GEW-Betriebsgruppe der Goetheschule und der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher, Kreisverband Hildesheim, die sofortige Zurücknahme der Entlassung des Lehrers Kurmann durch den Regierungspräsidenten. Die GEW, Kreisverband Hannover, forderte laut „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 20.8. ebenfalls die sofortige Wiedereinstellung des Lehrers Kurmann.

Kurmann wurde, als er sich am Dienstag zum Dienstantritt beim Direktor melden wollte, von etwa 20 Schülern begleitet. Direktor Unterberg hatte solche Angst vor den Schülern, daß er ihn bereits am Schuleingang abfing und in der Abgeschiedenheit des Hausmeisterzimmers das Hausverbot erteilte. Allerdings standen die Schüler in der offenen Tür und kriegten alles mit. Ca. 60 von ihnen ließen sich von Kurmann und seinem Rechtsanwalt die juristische Seite des Kampfes erklären. Das Verhalten des Regierungspräsidenten stieß auf entschiedene Ablehnung. Als ein Schüler meinte: „Da kann man sich ja nur noch einen Strick kaufen“, wurde er gleich von einem anderen ergänzt: „Fragt sich nur, für wen.“ – (Bezirk Hannover)

Pausenzeitkürzung zurückgeschlagen

Hamburg. Gegen die ungeheure Arbeitshetze bei der Telefonvermittlung, anstrendem Schichtdienst und rund 40 Telefonvermittlungen in der Stunde haben die Angestellten bei der Post dem Dienstherrn eine Pausenregelung abgerungen. Danach müssen alle Beschäftigten, die über fünfeinhalb Stunden in Schicht arbeiten, eine Stunde Pausen bekommen. Bei den Teilzeitkräften, die 18 Stunden die Woche in drei Schichten zu je sechs Stunden arbeiten, sind jetzt die Pausenzeiten von 60 Minuten auf 45 Minuten gekürzt worden.

Überstundennachzahlung für verkürzte Pausen, das forderten 17 Angestellte, nachdem in einem Arbeitsgerichtsprozeß entschieden worden ist, daß die Post nicht berechtigt ist, den Arbeitsvertrag einseitig aufzulösen und die Pausenzeiten zu ändern. Um zu verhindern, daß „tausende Mitarbeiter mit Pausenlohnnachforderungen kommen“ (Hamburger Abendblatt, 11.8.77), hat die Post nun ihrerseits diese Angestellten verklagt. Der Personalrat und die Postgewerkschaft unterstützen die Forderung der 17 Angestellten.

Sofortige Einstellung der Strafverfahren gegen H. Rosenbaum und J. Noth

Aufhebung des Verteidigerausschlusses erzwungen / Verurteilung soll durchgezogen werden

Heidelberg. Am 2. Tag im Prozeß gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth wegen Hausfriedensbruchs im Heidelberger Gemeinderat mußte der Ausschluß ihrer Verteidiger Kempf und Härdle vom Landgericht als rechtswidrig zurückgenommen und die beiden Verteidiger von Richter Simon zum Prozeß zugelassen werden. Das Gericht beriet sich dann drei Stunden, wie der Prozeß bis zum angestrebten Terrorurteil weiterzuführen sei. Nachmittags lehnte es den Antrag auf Aussetzung wegen der bisherigen rechtswidrigen und schweren Behinderung der Verteidigung ab und vertagte die Verhandlung auf Freitag, den 26. 8.1977.

Am ersten Prozeßtag war der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls abgelehnt worden, und der Haftbefehl trat erst nach den Einlassungen zur Sache außer Kraft.

Es geht der Bourgeoisie darum, die erste kommunistische Stadträtin seit dem KPD-Verbot 1956 zu verurteilen, ihrer Ausbeuterherrschaft zu sichern gedenkt. Um die weitere Entscheidung über die Haftbeschwerde zu verschleppen, wurden die Verteidiger, die den Antrag stellten, ausgeschlossen und ihr Antrag für „unzulässig“ erklärt.



Juni 1976. Wagner und Bächstadt, zwei Lakaien des Stadtoberhauptes Zundel, die jetzt im Prozeß gegen Helga Rosenbaum als Zeugen der Staatsanwaltschaft aufgetreten sind, versuchen eine Rede Helga Rosenbaums im Gemeinderat zu verhindern.



Juni 1976. Wagner und Bächstadt, zwei Lakaien des Stadtoberhauptes Zundel, die jetzt im Prozeß gegen Helga Rosenbaum als Zeugen der Staatsanwaltschaft aufgetreten sind, versuchen eine Rede Helga Rosenbaums im Gemeinderat zu verhindern.

Seit Kommunisten in die bürgerlichen Parlamente eingezogen sind und sie als Tribüne des Klassenkampfs genutzt haben, arbeitet die Bourgeoisie daran und verschafft sich Handhaben dazu über Änderungen von Geschäftsordnungen.

§ 3 der Geschäftsordnung des Reichstages beinhaltete die Möglichkeit des Wortentzugs nach zweimaligem Ordnungsruf. Bebel war bei einer Rede am 8.11.1871 zur Sache, nicht zur Ordnung gerufen worden. Flugs wurde die Geschäftsordnung so geändert, daß das Wort auch entzogen werden konnte, wenn der Redner zweimal zur Sache gerufen worden war.

In der Sitzung des Deutschen Reichstages vom 6.2.1895 sollte der Reichstag ein Hoch auf den Kaiser ausbringen. Der Parlamentspräsident forderte die Abgeordneten auf, sich von den Plätzen zu erheben. Liebknecht blieb sitzen. Es gab keine Geschäftsordnung, die dem Parlamentspräsidenten erlaubt hätte, ihn aus der Sitzung zu verweisen. Noch im Februar wurde das geregelt.

Oberbürgermeister Zundel betreibt heute in Heidelberg die Fortsetzung dieser Maßnahmen, z.B. die Beschränkung der Redezeit auf drei Minuten, Ausnahmen für lange Reden nur für die Sprecher von Fraktionen.

Fraktion ist man ab drei Vertreter im Gemeinderat, womit die FDP gerade noch durchrutscht.

nur für die Sprecher von Fraktionen.

Fraktion ist man ab drei Vertreter im Gemeinderat, womit die FDP gerade noch durchrutscht.

Die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß das Verteidigerausschlußgesetz und das bürgerliche Haftrecht zu Fall gebracht werden und die Einstellung der Verfahren gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth erzwungen wird. Erneut haben auf einer Veranstaltung der Aktionseinheit am Abend vor dem zweiten Prozeßtag 300 Menschen ihre Forderungen bekräftigt und beschlossen, nach Ende des Prozesses eine Veranstaltung gegen die bürgerliche Strafjustiz durchzuführen.

Das Gericht war im Einvernehmen mit Filbingers Regierung hoch eingestiegen. Die reine Willkür der Vollstreckung des Haftbefehls gegen die Genossin Rosenbaum bei Erscheinen vor Gericht wegen Nichterscheinens in einem anderen Prozess sollte durchgezogen werden, um den Massen und den Revolutionären ein Exempel zu statuieren, wie die Bourgeoisie durch Verschärfung des Haftrechts den Bestand

Ihr Ausschluß aus dem Heidelberger Gemeinderat und der ihres Nachfolgers Rolf Köhler soll rechtlich abgesichert werden. Weitere Prozesse gegen beide sollen folgen. Es handelt sich um Maßnahmen im Vorfeld des Verbots der Partei des Proletariats, mit denen gleichzeitig das allgemeine Wahlrecht, das von der Arbeiterklasse vor über 100 Jahren erkämpft wurde, rückgängig gemacht werden soll.

– (Bezirk Unterer Neckar)

Resolution der Veranstaltung der Aktionseinheit, am 18.8.1977 von 300 Teilnehmern einstimmig verabschiedet

Der Prozeß gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth wegen Hausfriedensbruch im Heidelberger Gemeinderat hat schon vor seiner Beendigung bewiesen, daß die Bourgeoisie daran festhält, das Haftrecht zu verschärfen und es gegen die Kämpfe der Arbeiter und des Volkes und gegen die revolutionären Führer dieser Kämpfe anzuwenden. Der Prozeß beweist, daß sie darangeht, das allgemeine Wahlrecht, das die Arbeiterklasse erkämpft hat, und damit die Erfolge dieses über hundertjährigen Kampfes zu vernichten.

Der Prozeß zeigt auch, daß die Bourgeoisie unter Druck gerät, wenn die Massen sich über ihre Lage verständigen, Einheit über ihre Kampfziele herstellen und Schritte zu gemeinsamem Handeln festlegen.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Volkes ist notwendig im Kampf gegen die Reaktion, die die SPD-FDP-Regierung mit ihren Gesetzesmaßnahmen vorantreiben will.

Um Klarheit herzustellen über die bürgerliche Strafjustiz mit ihren verschiedenen Seiten, seien es die Gewaltmaßnahmen des § 218, das Haftrecht, mit dem die Bourgeoisie bereits gegen die Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes wütet, oder die Gesetze, mit denen die Verbreitung des Marxismus-Leninismus und der Klassenkampf unterdrückt werden sollen, führt die Aktionseinheit nach Beendigung des Prozesses gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth eine Informations- und Bildungsveranstaltung zur bürgerlichen Strafjustiz durch. Sie soll die entsprechenden Gesetze, ihre Entwicklung und die neuesten Vorhaben der Bourgeoisie untersuchen und einschätzen, um gute Grundlagen für den Zusammenschluß der Massen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu schaffen.

Weitere Resolutionen und Briefe gegen die Inhaftierung von Helga Rosenbaum:
9 Beschäftigte des Stadtkrankenhauses Wetzlar; 5 Arbeiter und Arbeiterinnen aus Telgte und Warendorf/Westfalen; Bewohner des Studentenwohnheims Duisburg; 8 Bewohner der Keplerstraße in Köln-Ehrenfeld; das Aktionskomitee Alexander von Humbold Haus (Selbstverwaltetes Studentenzentrum) in Aachen; sieben Schüler eines Schülertreffs der Schülerzelle des KBW Bezirk Aachen; acht Teilnehmer des Leserkreises Öffentlicher Dienst, Bochum; Schülervertretung und 34 Schüler der Gesamtschule Roderbruch Hannover; 7 Arbeiter und Schüler aus Rastatt/Baden.

Verteidigerausschluß mit Funktionärseigenschaft der zwei Angeklagten im KBW begründet

Im Dezember 1974 hat die Bourgeoisie das Verteidigerausschlußgesetz durch den Bundestag verabschieden lassen. Das Gesetz sieht vor, daß ein Verteidiger „in derselben Sache“ nur noch einen Beschuldigten verteidigen darf und nicht mehr mehrere gemeinschaftlich. „Dieselbe Sache“ ist es, wenn die Druckarbeiter im letzten Jahr gemeinschaftlich den Lohnkampf geführt haben, und für diese ihre Zwecke verhindert haben, daß die Kapitalisten gegen diesen Streik in der Presse auftreten konnten. Es gab weiße Seiten.

Die Ablehnung der Aufhebung der Haft und den Verteidigerausschluß im Verfahren gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth hat das Gericht mit der „gerichtsbekannten Funktionärseigenschaft beider Angeklagter im KBW und der deshalb naheliegenden gemeinschaftlichen Planung der Störungen im Heidelberger Gemeinderat“ begründet. Offen haben sie sich eine Anklage wegen „krimineller Vereinigung“ nicht zugetraut. Vorbereiten wollen sie es mit dem Verteidigerausschluß. Während eine äußere scheinbare Ruhe um den Verbotsantrag herrscht, ist die herrschende Klasse hektisch dabei, mit den Mitteln der Schikane und kleinlichsten Despotie, vor allem mit ihrem Strafgesetz, die Lage auszuloten und Verbotsvorbereitungen zu treffen. Der Versuch, Helga Rosenbaum in Haft zu setzen, und das Verteidigerausschlußverfahren mit der Begründung „Funktionseigenschaft im KBW“ sind seitens der herrschenden Klasse Versuche, die „Debatte um das KBW-Verbot“ in Gang zu halten.

Weiter hat der presserechtlich Verantwortliche der Kommunistischen Volkszeitung eine Vorladung wegen des „Verdachts des Vergehens nach § 88a StGB“, der „verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten“ bekommen. Das ist für die Bourgeoisie der Bubacknachruf in der KVZ Nr. 14/77. Mitglieder des KBW an Propagandaständen sollen nach § 140 StGB den „öffentlichen Frieden durch Billigung von Straftaten gestört haben“ (so eine Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Hanau). Dies sind die Vorschriften, die die im letzten Jahr in das Strafgesetzbuch gekommen sind, und die es der herrschenden Klasse erlauben, jede gemeinsame Erörterung der Notwendigkeit von Kampfmaßnahmen, der Notwendigkeit der Durchführung des bewaffneten Aufstandes zu verbieten.

Im Parlament werden weitere Maßnahmen verhandelt: Die CSU hat durch den bayrischen Justizminister vorgeschlagen, die Sicherheitsverwahrung schon bei der ersten Verurteilung unbefristet anordnen zu können (heute 10 Jahre Höchstfrist). Die Freiheitsstrafe wegen beispielsweise Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung“ soll von 15 auf 20 Jahre erhöht werden. Sowieso heftig debattiert werden die Verteidigerüberwachung und der Ausschluß von Verteidigern. Die Sozialdemokraten haben vor Wochen geantwortet, sie lehnten die Überwachung der Verteidiger aus „rechtsstaatlichen Gründen“ ab und seien für „verbesserte Möglichkeiten“, Verteidiger ganz auszuschließen. Revolutionäre Verteidiger sollen von Verfahren wie denen wegen § 88a, 130 und 140 StGB von vorneherein ausgeschlossen werden wegen deren „Billigung“ oder „Förderung“.

Die Bourgeoisie sucht verzweifelt nach „Sicherheiten“. Es ist die Furcht um den „Fortbestand“ ihres kapitalistischen Eigentums, die sie treibt. – (Z-Red)

Programmvorschau: Donnerstag, 25.8.77, 16 Uhr 20, ARD

„Nicht so passiv wie man denkt – Frauen helfen Frauen“

So kündigt die „Hör zu“ eine Sendung über die „Probleme alleinstehender Mütter“ bei der Erziehung ihrer Kinder an. Laut Programmvorschau veranstaltet eine Initiative alleinstehender Mütter in Bremen ab und zu Picknick mit Würstchenessen und Kinderspiel.

650 000 Mütter und 100 000 Väter erziehen ihre Kinder allein. Es geht um die Frauen der Arbeiterklasse. 40 % aller alleinstehenden Frauen mit Kindern haben ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 800 DM, 58 % haben unter 1 000 DM Nettoeinkommen. Um sich und ihre Kinder überhaupt durchzukriegen, müssen sie Überstunden schieben und Akkord arbeiten. Ihre Kinder sind während 9 bis 10 Stunden am Tag in Kindergärten und -horten unter Kontrolle des Staates zusammengepfercht. Das sind die Probleme, die die Arbeiterinnen bei der Aufziehung ihrer Kinder haben.

Noch in diesem Jahr steht die Arbeiterklasse vor großen Aufgaben, die sie nur durch wirtschaftlichen und politischen Kampf bewältigen kann. Die Belegschaften vieler Betriebe haben die Forderung nach 200 DM Festgeld für den kommenden Tarifkampf im Herbst aufgestellt und führen den Kampf für den 7-Stundentag. Wer soll schon übersehen, daß auch die Probleme, die die Arbeiter bei der Erziehung der Kinder haben, der Ausbeutung entstammen? Gerade bei den Frauen, für die unter kapitalistischen Verhältnissen die Mutterschaft zur unerträglichen Belastung wird, liegt das nahe. Der Zusammenhang zwischen der elenden Lage der Frauen der Arbeiterklasse und der Notwendigkeit zum Kampf aber versucht der Fernsehfilm künstlich auseinanderzureißen.

Das ist auch das Ziel der Sozialpolitik der Bourgeoispolitiker aus SPD und CDU. So schreibt Geißler zur „Neuen Sozialen Frage“: „Gerade auch, weil die staatliche Finanzkrise so drastisch die Grenzen finanzieller Möglichkeiten in greifbare Nähe gerückt hat, kommt es künftig verstärkt darauf an, mit Mut und Phantasie alle jene Kräfte zu fördern, die einem Wiedererstarken der Selbstverantwortung des einzelnen dienen.“ (Do-

CDU. So schreibt Geißler zur „Neuen Sozialen Frage“: „Gerade auch, weil die staatliche Finanzkrise so drastisch die Grenzen finanzieller Möglichkeiten in greifbare Nähe gerückt hat, kommt es künftig verstärkt darauf an, mit Mut und Phantasie alle jene Kräfte zu fördern, die einem Wiedererstarken der Selbstverantwortung des einzelnen dienen.“ (Do-kumentation von Geißler, 5.11.75)

Und Schmidt rühmt in der Regierungserklärung 76: Unsere Reformpolitik hat „Gruppen aufsteigen lassen, ... die sich jetzt selber helfen können und die zum Teil sogar von Empfangenden zu Gebenden werden“, und beschwört die „Solidarität der Gemeinschaft“.

Welche Bedeutung Aktionen „Frauen helfen Frauen“ für die Bourgeoisie haben, kann man leicht heraushören. Wenn sich die Frauen der Bremer Initiative zusammenschließen, um sich in ihrer unerträglichen Lage gegenseitig zu helfen, so dürfen sie doch nie dabei vergessen, daß die einzige Lösung ihrer Probleme bei der Aufzucht ihrer Kinder in der Führung des Klassenkampfes liegt, sonst werden sie enden wie der „Verein alleinerziehender Mütter“ in Frankfurt und Mutter-Kind-Urlaube organisieren, wo sie auf dem „Tausendfüßler“ sitzen, wie die Hühner auf der Stange. – (Z-Red)



„Was diese überlasteten Mütter brauchen, ist eine verständnisvolle Umgebung. Einerseits brauchen sie Ruhe und Entspannung, andererseits aber dürfen sie, plötzlich frei von aller Last des Alltags, nicht in Grübeleien verfallen.“ (preigünstige Ferienreise mit dem Familienhilfswerk, organisiert vom Verein alleinerziehender Mütter, Frankfurt)

Kleidersammlung für die ZANU findet Unterstützung

Bremen. Die Stadtteilzelle Osterholz-Tenever hat am vorletzten Wochenende nach Vorbereitung durch Handzettel, Ansprachen und revolutionäre Lieder eine Kleidersammlung für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe durchgeführt. Mit den Kindern, die sich in immer größerer Zahl an dem mit Fahnen geschmückten Auto sammelten, wurde anhand des Zimbabwe-Kinderbuchs diskutiert, warum die Kinder in Zimbabwe nicht nur lesen und schreiben lernen müssen, sondern auch, wie man den Feind bekämpft, wie man schießt und wie man Landwirtschaft zur Versorgung des Volkes betreibt. Viele Kinder waren der Meinung, daß man die Kinder in Zimbabwe unterstützen muß. Sie liefen nach Haus und ließen sich Pullis und Hosen geben, die ihnen zu klein waren, einige brachten noch Spiele und einen Fußball – weil die Kinder in dem Buch ja auch Fußball trainierten.

Grönland: Demonstration gegen dänische Kolonialherren

Der dänische Premierminister Jörgensen ist, nachdem in Grönland große Erdölvorkommen entdeckt worden sind, jetzt selbst nach Grönland gefahren, um gleich an Ort und Stelle die Vorkommen, die er wie selbstverständlich als dänischen Besitz betrachtet, in Augenschein zu nehmen. Grönland ist nach wie vor dänische Kolonie. Dort sah er sich jedoch mit einer Reihe von Demonstrationen der grönländischen Bevölkerung konfrontiert. Insgesamt leben dort 40 000 Eskimos. Die Grönländer fordern den Abzug der dänischen Imperialisten und die sofortige Einstellung der Erdölbohrungen. Gegen die Mitgliedschaft in der EG, in die Grönland durch den Beitritt Dänemarks gezwungen wurde, fordern sie eine Volksabstimmung. Bereits in der Volksabstimmung 1972, die die dänischen Kolonialisten dort und in Dänemark selbst durchgeführt haben, haben sich zwei Drittel der grönländischen Eskimos gegen den Beitritt in die EG ausgesprochen.

Kanadische Regierung muß Lohn- und Preisstopp aufgeben

Die kanadische Regierung hatte 1975 ein Antiinflationsprogramm beschlossen, dessen Kernpunkt die Kontrolle über die Löhne ist und das ursprünglich bis 1978 gelten sollte.

Jetzt muß die Regierung unter dem Druck der Arbeiterbewegung vorzeitig aufgeben. Sie wird jetzt versuchen, in einer Form der Konzertierten Aktion über ein Konsultativkomitee, in dem Vertreter der Arbeiteraristokratie und Kapitalisten sitzen sollen, ihre Ziele der Senkung des Lohns der Arbeiter durchzusetzen.

England: Streik der Arbeiter bei British Airways

4 000 Techniker und Mechaniker von British Airways sind in einen Bummelstreik getreten. Sie fordern die sofortige Wiedereinstellung eines Gewerkschaftsfunktionärs in Heathrow. Er war fristlos entlassen worden, weil er das Sicherheitssystem der Fluggesellschaft öffentlich kritisiert hatte. Alle anderen Gewerkschaften, die auf dem Fluggelände vertreten sind, haben ihre Solidarität mit dem Bummelstreik der Mechanikergewerkschaft ausgesprochen. Bereits im April diesen Jahres haben die Mechaniker in Heathrow gestreikt für die Zahlung von Zulagen für Nachtarbeit und für das Tarifrecht gegen den damals noch bestehenden Sozialpakt.

Sozialpakt.

Seit zwei Wochen streiken 50 Setzer bei der englischen Kapitalistenzeitung „Financial Times" gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit. Außer daß die Kapitalisten getroffen sind, weil sie ihr tägliches Börsenblatt nicht erhalten, haben sie Angst, daß die Arbeiter anderer Zeitungen sich mit den Setzern solidarisieren. In der letzten Woche haben die Kapitalisten der Zeitung 175 Arbeiter ausgesperrt. Die Kapitalisten behaupten, die Arbeiter seien vertragsbrüchig und damit entlassen. Nach dem neuen Preis- und Gewinnkontrollgesetz ist ein Treuhänder eingesetzt worden, der die Löhne der Setzer von den Kapitalisten erhält, solange der Kampf nicht entschieden ist.

Urangeschäft Australiens stößt auf Widerstand im Volk

Australien verfügt über 27,1 Prozent der Uranvorkommen der Welt. Vor vier Jahren hatte die Bevölkerung Australiens ein Verbot des Uranabbaus durchgesetzt, teils, um die Zerstörung der Natur nicht zuzulassen, teils, um die Räubereien der Imperialisten in ihrem Land zu verhindern. Premierminister Fraser ist jetzt, wo Uran für die Imperialisten immer wichtiger geworden ist, mit den US-, den japanischen und den westdeutschen Imperialisten, an die Australien sowieso schon Uran aus der Förderung der einzigen Mine liefern muß, um seine Importe zu decken, in Verhandlungen getreten über größere Uranlieferungen. Die australische Bourgeoisie wittert ein gutes Geschäft mit den imperialistischen Monopolen. Die Uranvorkommen liegen vor allem im Gebiet der einheimischen Stammvölker. Sie hatten im letzten Jahr die Anerkennung des Eigentumsrechtes auf ein Stück des ihnen geraubten Landes erkämpft, gerade in dem Gebiet, wo jetzt die Regierung Uran abbauen will. In den Gewerkschaften hat sich bereits eine breite Front gegen die Absichten der Regierung, die sie bisher noch verheimlicht, gebildet. Bereits vor einigen Wochen haben Arbeiter verhindert, daß ein westdeutsches Schiff mit einer Uranladung auslaufen konnte. Die Gewerkschaften haben mit der Blockade der Ausfuhren gedroht, falls die Regierung das Uranexportverbot aufhebt.

„Unter 200 DM brauchen wir erst gar nicht anfangen"

Uni-Kliniken Göttingen: Lohnkampf vorbereiten

Göttingen. Die Löhne und Gehälter in den öffentlichen Diensten auf einen nackten Elendsstandard zu drücken, das ist das Ziel des staatlichen Dienstherrn. Die industrielle Reservearmee, der der Kapitalismus gesetzmäßig erzeugt, schafft für sie günstige Bedingungen, die sie nicht ungenutzt lassen wollen. So sind jetzt an den Göttinger Uni-Kliniken in der Radiologie vier arbeitslose Akademiker eingestellt worden, die zu 100 % aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Sie haben befristete Verträge erhalten. Die Kliniksverwaltung will ihre Arbeitskraft nur so lange vernutzen, wie sie nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm aus Geldern der Arbeiterkasse bezahlt werden, dann sollen sie erneut in das Heer der Arbeitslosen geschleudert werden.

Auf der geschlossenen Psychiatrie arbeitet jetzt ein Pflegehelfer vollkommen umsonst. Er war lange arbeitslos und sieht in der kostenlosen Zurverfügungstellung seiner Arbeitskraft die einzige Möglichkeit, den Konkurrenzschlacht um einen Ausbildungsplatz an der Uni-Klinik erfolgreich zu schlagen. Wird er krank, steht er mittellos da und muß beim Sozialamt betteln gehen.

Aber auch diejenigen, die Tariflohn erhalten an den Uni-Kliniken, wissen nicht, wie damit über die Runden kommen. Auf der neurologischen Intensivstation schieben allein vier Pflegekräfte einen Schuldenberg von 8 000 DM vor sich her. Wie er abzutragen ist, weiß keiner. In dieser Lage kann für einen Kleckerbetrag keine Einheit hergestellt werden. „Unter 200 DM brauchen wir erst gar nicht anfangen. Das ist klar."

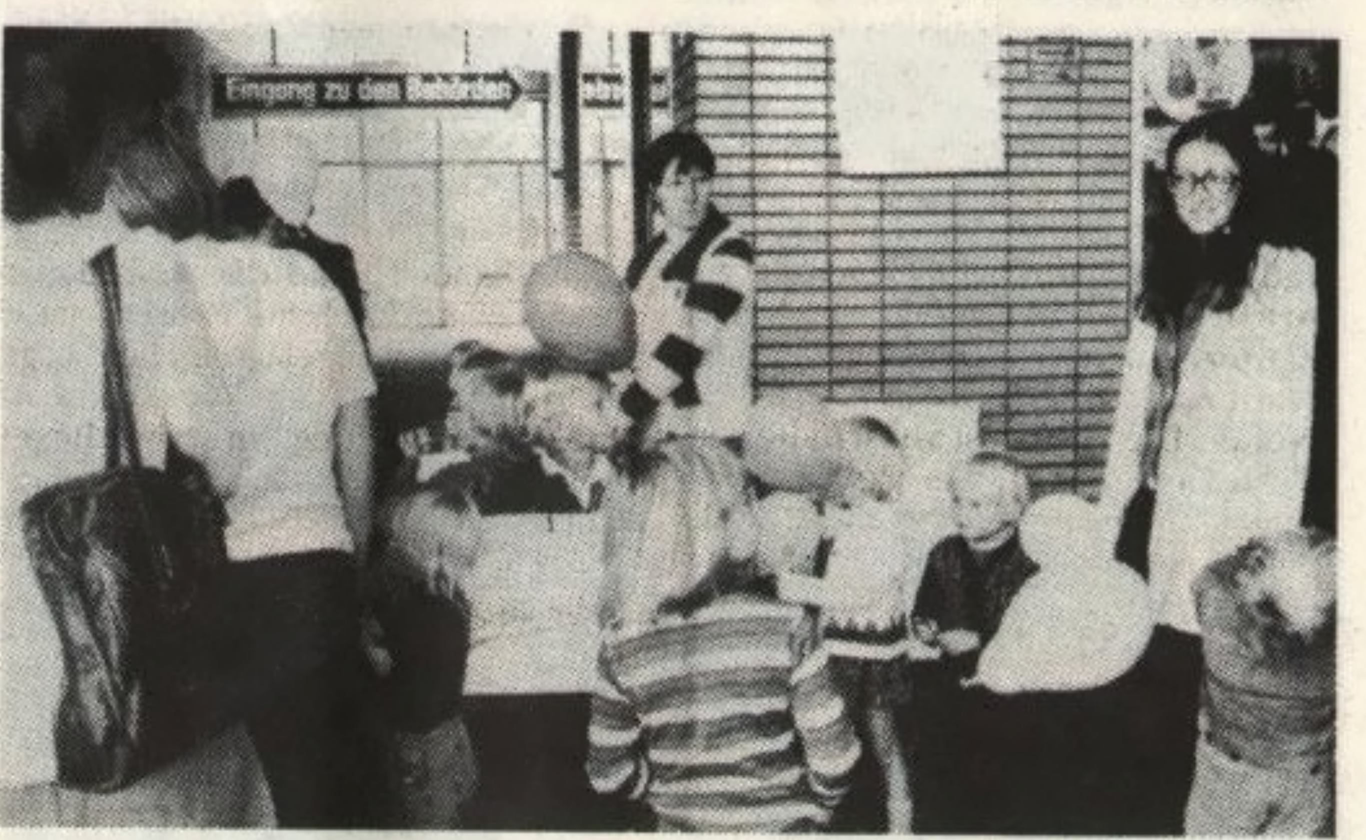
Genauso klar ist aber auch, daß ohne Streik nichts laufen wird.

Die Kliniksleitung ist mit System darangegangen, den Tariflohn zu unterlaufen. Mit der Reinigung des neuen Klinikums hat sie die „Nordhessische Gebäudereinigung" beauftragt. Während eine Reinigungsfrau, die von der Universität angestellt ist, einen Tariflohn von über acht Mark erhält, zahlen die Kapitalisten der Reinigungsfirma nur 6,06 DM Stundenlohn auf Teilzeitverträge ohne Rentenversicherung. Nur mit Betrug und Täuschung sind die Arbeiterinnen in diese Verträge gepreßt worden. Sie wurden angeworben für die Reinigung des Klinikums. Das Einstellungsgespräch fand in der Kinderklinik statt. Sie gingen davon aus, daß sie von der Universität eingestellt würden. Erst als der Arbeitsvertrag ihnen vorgelegt wurde, merkten sie, was gespielt wurde, für wen und für welchen Hungerlohn sie arbeiten sollten. Derart überrumpelt, und unter dem Druck, unbedingt Geld für die Ernährung der Familie heranzuschaffen, haben sie unterschrieben.

Seit Juli ist der Stundenlohn um 39 Pfennig auf 6,45 DM erhöht. Selbst diese Hungerpfennige wollen die Kapitalisten nicht auszahlen. Sie haben im August weiter 6,06 DM Stundenlohn ausgezahlt und setzen darauf, daß die Reinigungsfrauen der Fremdfirma nicht von dem Personalrat vertreten werden können, entsprechend dreist treten sie auf. Doch diese Rechnung wird nicht aufgehen. Die Reinigungsfrauen schließen sich zusammen. „Bei den anstehenden Tarifauseinandersetzungen werden wir auf die Barrikaden gehen. Wir verlangen genausoviel wie die Reinigungsfrauen, die von der Universität beschäftigt sind". Dabei haben sie die Unterstützung der „hauseigenen" Putzfrauen. Alle müssen zu gleichem Tarif bei der Universität angestellt werden, das ist die Forderung.

Als erstes wollen sie jetzt die Auszahlung der Tariferhöhung verlangen. „Darum betteln wir nicht, wir fordern unser Recht, und das werden wir durchsetzen." Das sind aber immer noch 2 bis 4 DM weniger als der Tarif im öffentlichen Dienst. Wer keine Überstunden in der Klinik macht, macht sie außerhalb, als Schwarzarbeiter im ehemaligen Beruf, als Mondscheinbauer auf dem Feld oder wie eine Reinigungsfrau, die zwischendurch noch mal eine zwölfstündige Taxischicht einlegen muß.

Am Felix-Klein-Gymnasium ist jetzt einem Schüler mit einer Fünf oder Sechs gedroht worden, weil er sich ein neues Schulbuch noch nicht besorgt hatte, nachdem seine Eltern schon 200 DM allein für Lernmittel Anfang des neuen Schuljahres auf den Tisch legen mußten. Die elende Lage der Arbeiterklasse und der Volksmassen nutzt der imperialistische Staat noch zur zusätzlichen Unterdrückung mit dem Notenknüppel. „Wir werden uns nicht länger beleidigen lassen. In den anstehenden Tarifauseinandersetzungen muß auf Entscheidung gegangen werden." Die Forderung nach 220 DM mehr wird jetzt beraten. – (Zelle Unikliniken Göttingen)



17 Eltern und 30 Kinder aus dem Bremer Stadtteil Hemelingen zogen am 11.8. zu Senator Franke, um sich Antwort auf ihre Forderungen nach Aufnahme aller Kinder in das Kindertagesheim Osterhop, Erstellung eines Mobilbaus und Einstellung von Erziehern und Hauspersonal zu holen. Gegen den Willen des Jugendamtes und der Heimleitung schlossen sich auch einige Erzieher der Demonstration an und machten mit Einwilligung der Eltern mit den Kindern „Ausflüge" in die Stadt. Senator Franke, in die Enge getrieben, mußte zugestehen: „Wenn ihre Belange berechtigt sind, werden wir ihren Forderungen nachkommen müssen". Auf der nächsten Elternversammlung soll erneut beraten werden, was getan werden muß, um die Kampffront zu festigen und zu verbreitern. So z. B., wie der Betriebsrat bei Nordmende, wo ca. ein Fünftel aller Eltern der Kinder im Kindertagesheim im Osterhop arbeiten, und die Gewerkschaften diesen Kampf unterstützen können.

Gewerkschaftstage

- 11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Malente/Schleswig-Holstein, vom 11. bis 14. September
- 12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf vom 18. bis 24. September
- Bundestagung der Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau, Steine, Erden in Frankfurt, vom 29. September bis 1. Oktober
- 10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Leverkusen, vom 3. bis 8. Oktober
- 12. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Mainz, vom 9. bis 15. Oktober
- 9. Bundes-Angestelltentag des DGB in Frankfurt, vom 19. bis 21. Oktober
- 11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg, vom 16. bis 22. Oktober
- Kongreß des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) in München, vom 24. bis 28. Oktober
- Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mannheim, vom 30. Oktober bis 4. November
- Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Gelsenkirchen, vom 10. bis 11. November
- Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt/Main, vom 1. bis 3. Dezember

Ausbau der Bespitzelung – Erhöhung der Arbeitshetze und Kontrolle

EDV beim Kraftfahrtbundesamt

Flensburg. Beim Kraftfahrtbundesamt (KBA) sind 160 Datenerfasserinnen, aufgeteilt auf zwei Räume, beschäftigt. Ihre Tätigkeit besteht darin, sämtliche Daten der Verkehrsteilnehmer in der BRD per Datensichtgeräte einzugeben. Diese Daten werden dann auf Magnetbändern gespeichert. Es ist ein gewaltiges Spitzel- und Überwachungssystem, das noch weiter ausgebaut werden soll. So soll das KBA vergrößert werden. Der Anbau soll 1980 fertiggestellt sein, rund 27,511 Mio. DM kosten und im wesentlichen Räumlichkeiten für die EDV erhalten.

Das alles ist nicht im Interesse des Volkes, das durch das KBA außerdem noch mehr ausgeplündert wird über Gebühren für die Registrierung, Änderung usw., das heißt, man muß für seine Überwachung auch noch blechen.

Für die Datenerfasserinnen bedeutet der Ausbau der Bespitzelung eine Erhöhung der Arbeitshetze und schärfere Kontrolle. Fast Sklaverei ist allein schon der Arbeitsvertrag der Datenerfasserinnen: Ein halbes Jahr ist Probezeit, erbringt man danach die erwünschte Leistung und will bzw. muß weiterarbeiten, wird man von der KBA-Führung gezwungen, sich für volle zwei Jahre zu verpflichten und hat kein Kündigungsrecht. Einzige Möglichkeit, aus dem Vertrag auszusteigen, ist, ein Kind zu bekommen und nachzuweisen, daß man wirklich niemanden hat, der Babysitter spielen kann. Private Interessen, Versetzung des Mannes, Umzug oder ähnliches zählen da nicht. Im Probehalbjahr erhält man eine Bezahlung nach BAT IX. Nach der Verpflichtung wird man eingestuft in BAT VIII, wer höher hinaus will, also BAT VII, muß schon weit mehr als 100 Prozent in der Vorgabezeit schaffen und darf sich kaum Fehler leisten.

Überstunden sind an der Tagesordnung. Entweder müssen diese in der Woche abgeleistet werden oder am Sonnabend vormittag. Sie können entweder abgefeiert werden, oder man läßt sie sich bezahlen. Der einzige, der an den Überstunden verdient, ist der Staat. Ständig kommt es unter den Datenerfasserinnen zu Reibereien, was aufgrund der Nervenbelastung und des Konkurrenzkampfes – von den Vorgesetzten gern gesehen und geschürt – nicht verwunderlich ist. Zur Überprüfung und Kontrolle der Erfasserinnen sind extra Kontrolleure eingesetzt. Ihre Einstufung erfolgt nach BAT VI bzw. V. Sie haben die genaue Einhaltung der Pausen zu kontrollieren (die Pausen beginnen und enden mit Klingelzeichen), aufzupassen, daß gearbeitet wird, und sie überprüfen die geleistete Arbeit und die Fehlerquoten der einzelnen Erfasserinnen anhand der Protokolle.

Der Verschleiß der Gesundheit wird vorangetrieben. Die am häufigsten auftretenden Krankheiten sind Sehnenscheidenentzündungen und Bandscheibenschäden. Außerdem kommt es aufgrund des angestrengten Starrens auf kleine Zahlen und Buchstaben zu Verringerung der Sehkraft und zu ständigen Kopfschmerzen.

Die Frauen, die als Datenerfasserinnen im KBA arbeiten, kommen aus unterschiedlichen Berufen. Sie alle sind aufgrund ihrer schlechten finanziellen und materiellen Lage gezwungen, wieder arbeiten zu gehen, und deshalb eine leichte Beute. Bekanntgeworden ist ein besonders dreister Trick, um Arbeitskräfte für die Datenerfassungsabteilung zu bekommen. 1973/74 wurden für die Übernahme der „Verkehrssünder" in die EDV ca. 15 Frauen eingestellt bzw. aus anderen Sachgebieten abgezogen. Das zu schaffende Soll war geringer als das der vorher genannten Datenerfasserinnen.

Versprochen wurde ihnen, daß sie nach der vollständigen Übernahme einen Festvertrag bekommen sollten und dann für andere Arbeiten vorgesehen wären. Bis auf zwei oder drei hatten alle Zeitverträge, befristet jeweils auf ein halbes oder ganzes Jahr. Einige bekamen dann tatsächlich einen unbefristeten Vertrag, die anderen wurden gezwungen, sich ebenfalls zwei Jahre für die EDV zu verpflichten. Die Zeitverträge dienen dem bürgerlichen Staat als Druckmittel, immer mehr Arbeit auf die Beschäftigten draufzupressen, und dazu, unbequeme Leute leichter loszuwerden. Genauso wie die Zeitangestellten dienen auch die ABM-Kräfte – Aushilfskräfte, die im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angestellt werden – der Spaltung und können noch besser als Druckmittel eingesetzt werden, da sie über das Arbeitsamt vermittelt wurden und ihnen bei einem „selbstverschuldeten" Rausschmiß das Arbeitslosengeld gesperrt wird. Sie werden eingesetzt zur Durchlöcherung der Tarifverträge und der gesetzlichen Schranken. 80 % des Gehalts bezahlt das Arbeitsamt, es wird also aus den Versicherungskassen der Arbeiter geraubt, 20 % das KBA über die Besoldungsstelle in Bonn. Diese ABM-Kräfte werden zum größten Teil auch in der EDV eingesetzt zur Eingabe oder Karteibereinigung.

Im Kampf für den ausreichenden Lohn und für die Rechte der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst muß diese Spaltung überwunden werden. – (Bezirk Flensburg-Westküste)

„Von der Arbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsdienst?"

Westberlin. „Die öffentlichen Stellen in Berlin ... (haben) es seit nunmehr 27 Jahren zur Aufgabe gemacht, für eine berufliche Wiedereingliederung arbeitsloser Mitbürger zu sorgen." So der Senator für Arbeit und Soziales in einem Schreiben an den Gesamtverkehrausschuß der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) tätigen Angestellten. Die ABM-Programme als „Zwangsverpflichtung" zu charakterisieren, bezwecke „offensichtlich einen Vergleich mit den Verhältnissen im Dritten Reich" und sei geeignet, „die öffentlichen Stellen in Berlin in Mißkredit zu bringen".

1 800 ABM-Angestellte gibt es in Westberlin. Sie arbeiten in Bundesbehörden, Bezirksämtern und Universitäten. Für 1 300 bis 1 600 DM brutto werden sie als Lohndrücker eingesetzt. Ohne Kündigungsschutz und Streikrecht werden sie vom Arbeitsamt für neun Monate an den „Arbeitgeber Land Berlin" ausgeliehen und können dann beliebig als Spalter gegenüber dem notwendigen Kampf der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst eingesetzt werden. Dagegen führen die ABM-Angestellten einen hartnäckigen Kampf. Im Sommer 1976 haben sie die Einheit hergestellt auf den Forderungen: Einheitsvergütung und mehr Rechte. Umwandlung der ABM-Stellen in Planstellen.

Trotz Verbot haben die ABMler eine gemeinsame Betriebsversammlung organisiert und ihre Forderungen bekräftigt. Ein senatseigener Prüfdienst soll jetzt eingerichtet werden, um den „zufälligen" Einsatz durch planvollen ablösen. Welche Aufgabe ihm wohl hauptsächlich zukommt, kann man einer Notiz im „Tagesspiegel" vom 16.8. entnehmen. Der Berliner Bürgermeister Legien fordert, daß die arbeitslosen Lehrer und Erzieher, die für sechs bis zwölf Monate im ABM-Programm zwangsbeschäftigt werden sollen, politisch überprüft werden.

Dieser Vorstoß zielt auf alle ABM-Beschäftigten, um über den Hebel dieser Programme die weitere Entrechtung aller Lohnabhängigen im öffentlichen Diensten voranzutreiben. In der Geschichte der ABM ist das nicht neu. In den Richtlinien für das Notstandsprogramm vom 1.2.1956 heißt es: „Es dürfen nur solche Personen zur Einstellung kommen, die an ren demokratischer Haltung kein Zweifel besteht." Die Antwort der ABM-Angestellten auf diese Angriffe ist die verstärkte Enthüllungsarbeit zum Zweck des Zusammenschlusses. Dazu machen sie kommende Woche eine Veranstaltung unter dem Titel „Von der Arbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsdienst?". Das wird ein Schlag gegen die Senatspläne sein. – (Zelle Freie Universität, Westberlin)

Hamburger Hafenerweiterung – „Schneller und besser" in der Ausbeutung und Expansion

Hamburg. Im 1,4 Mrd. DM-Investitionsprogramm des Hamburger Senats für 1978 findet sich das Projekt „Hafenerweiterung Ost". 64 Mio. DM will der Senat im nächsten Jahr darauf verwenden, um zwei neue Hafenbecken zu schaffen für Containerterminals und Massenstückgutumschlag. Zusätzlich werden 69 Mio. DM bereitgestellt zur Anlockung neuer Ausbeuter durch erschlossene Grundstücke. Die Verkehrswege im Hafen werden ausgebaut und den Kapitalisten kostenlos vor die Fabriktore gelegt.

Entscheidende Veränderungen haben in den letzten zehn Jahren im Hamburger Hafen stattgefunden. Gelände wurde neu erschlossen bzw. umgebaut. Durch Fusion und Kooperation wurden große Terminals gebildet. Kaianlagen wurden technisch aufgerüstet. Die Elbe – vor gut 100 Jahren noch 4,30 m tief – wird heute auf 16 m (mittleres Tidehochwasser) ausgebaggert. Der Schlamm wird zur Aufhöhung der Industrieansiedlungsflächen verwertet.

Die Maßnahmen dienen der Rationalisierung zum Zweck des schnelleren und billigeren Warenumschlags. Mit ihrem Konzept „Schneller Hafen Hamburg" wollen die westdeutschen Imperialisten ihren Konkurrenten in Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen Anteile am Warenumschlag abjagen. Mit Erweiterungsinvestitionen soll die Rohstoffversorgung der westdeutschen Imperialisten auch im sich verschärfenden Handelskrieg und in einem dritten imperialistischen Weltkrieg garantiert werden. Dadurch daß der Hamburger Hafen einen Großteil des Warenverkehrs von Drittländern an sich gezogen hat und heute schon über große Lagerkapazitäten für Öl, Erz und Getreide verfügt, ist er dafür weitgehend gerüstet. Durch den Bau riesiger Getreidesilos und Tanklager im Erweiterungsgebiet Ost soll dieser Kurs weiter verfolgt werden. Die Hafenerweiterung war in groben Zügen schon im Hitlerfaschismus geplant worden, um sich – wie heute – für große Eroberungen an Absatzmärkten und Rohstoffquellen zu rüsten.

Wie kein anderer europäischer Hafen wird der Hamburger mit Steuermitteln subventioniert: fast 2 Mrd. DM seit 1970. Durch Steuern abgepreßte Lohnbestandteile werden benutzt, um die Ausbeutung der Hafenarbeiter zu verschärfen. 1960 lag die jährliche Umschlagsleistung eines Hamburger Hafenarbeiters bei 2 300 t, 1972 waren es bereits 3 538 t. An den Containerterminals wurde eine neue Sorte Arbeit geschaffen: Jeder dritte Container muß am Kai entladen und gepackt werden. Im Gegensatz zur Arbeit im Schiff entfällt jetzt jede Wartezeit auf den Kranhaken oder Wartezeit, bedingt durch schlechtes Wetter. Die Arbeit ist vollständig verdichtet und verläuft wie am Band. Am neuen Bananenschuppen wurde direkt Bandarbeit eingeführt.

Hafenerweiterung bedeutet für den Hafenarbeiter nicht nur verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung über Steuern, sondern auch Vertreibung aus seinem Wohngebiet. Allein durch das Projekt „Hafenerweiterung Ost" werden 2 100 ha Boden verschlungen. Die rund 4 000 Bewohner von Neuhof, Altenwerder und Moorburg – in erster Linie Hafenarbeiter – werden an den Rand von Hamburg nach Hausbruch und Neugraben verdrängt. Dort sollen sie teure Neubauwohnungen beziehen und längere Anfahrtszeiten im ausgedünnten Netz des Hamburger Verkehrs-Verbunds in Kauf nehmen.

In den „Leitlinien 75 der Hamburger Wirtschaftspolitik" hat der Hamburger Senat die Geschäftsbedingungen für seine Ansiedlungspolitik dargelegt. Bevorzugte Geschäftspartner der Hamburger Finanzbourgeoisie sind demnach Unternehmen, deren finanzielle Situation und Entwicklungschancen gut stehen. Untersucht werden „kennzeichnende Eigenschaften des Unternehmens, z.B. Stand der Rationalisierung", und ob es sich um einen Kapitalisten mit „Fernorientierung" handelt. Sind die Anforderungen für einen durchrationalisierten und auf Expansion angelegten Hamburger Hafen erfüllt, schlägt die „hanseatische Zurückhaltung" in wahre Begeisterung um. Der Senat bietet feil: „umfangreiche, infrastrukturell gut erschlossene ... Flächenreserven", „ein reichhaltiges und auch relativ preisgünstiges Energieangebot", z. B. 2,2 Pfennig für Reynolds Aluminium, 700 % billiger als für die privaten Haushalte, einen „durch leistungsfähige Nahverkehrssysteme gut erschlossenen Arbeitsmarkt" und vor allem ein „qualifiziertes Angebot tüchtiger, vielseitig ausgebildeter und erfahrener Arbeitskräfte".

In den letzten Jahren wurden im Hafen-Erweiterungsgebiet z. B. Esso, Reynolds, die Hamburger Stahlwerke und Beiersdorf dafür „gewonnen", die Hamburger Arbeiterklasse unter günstigen Bedingungen auszubeuten. Im Organ der Hamburger Kapitalisten „Hamburger Wirtschaft" wird der Senat auf Trab gehalten: „Es kommt darauf an, ... noch energischer als bisher Erschließungsmaßnahmen an den für Industrie und Gewerbe interessanten Standorten voranzutreiben." (Nr. 3/77) „Mut" attestieren die Kapitalisten ihrem geschäftsführenden Ausschuß bei der Vertreibung der Massen aus ihren alten Wohngebieten.

Der zähe Kampf der Rüschsiedler gegen den Abriß ihrer Siedlung im Zuge der Hafen-Erweiterung vor gut einem Jahr zeigt, daß es darum Kampf geben wird. Auch werden sich die Hafenarbeiter gegen ihre Kapitalisten noch stärker zusammenschließen müssen und sich nicht zum Handlanger der Kriegsvorbereitungen machen lassen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Prämie für „Nichtvermarktung" von Milch / „Mitverantwortungsabgabe" bei weiterer Milchproduktion
EG-Marktordnung zur Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern
Die EG-Imperialisten machen ein großes Geschrei über den „Magermilchpulverberg". „Die Magermilchpulver-Bestände in der EG betrugen zum Jahresende 1976 rund 1,13 Millionen Tonnen. (...) Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung auf dem Milchmarkt hat der Rat (Ministerrat der EG; Anm. d. Red.) im März 76 die Entschließung zur Nichtvermarktung von Milch gefaßt und die Kommission aufgefordert, Vorschläge für eine finanzielle Beteiligung der Milcherzeuger zu unterbreiten." (Agrarbericht 77)
sich aber verpflichten, eine bestimmte Anzahl von Mastvieh entsprechend der vorher produzierten Milchmenge zu halten. Auch größere Bauern können die Prämie erhalten, wenn sie vorher ihren Milchkuhbestand auf 30 reduzieren. Sie erhalten dann immerhin eine Prämie von ca. 60 000 DM.
Umfragen bei Bauern haben ergeben, daß die Aktion in Niedersachsen zur Abschlachtung von 25 000 bis 30 000 Milchkühen führen wird, bei einem Bestand von etwa einer Million (Land und Forst, 2. Juli 1977).
Da die kleinen Bauern sich nicht
ken, daß die Massen sich die verteuerte Milch nicht mehr leisten können.
Den Profit haben die Molkereien, die immer mehr zu großen Zentralen zusammengefaßt werden. Sie treiben die Preise für die Milch hoch. Können sie sie nicht absetzen, verarbeiten sie die Milch zu Magermilch und lassen diese zu festgesetzten Interventionspreisen aufgrund der EG-Marktordnung von den EG-Lagerstellen aufkaufen. Die Marktordnung schreibt vor, daß die staatlichen Lagerstellen zu einem jährlich vom Agrarministerrat festgelegten Interventionspreis von
einen Marktanteil von 20 % im westdeutschen Getreidemühlenbereich, 4 % in der Produktion von Mischfuttermitteln und hat zusätzlich eine Reihe von Lagerhäusern für Getreide, Düngemitteln und Brennstoffe.
Im Geschäftsbericht 1976 konnte Kurt Kampffmeyer zwar gestiegene Profite vermelden, beklagte sich jedoch bitter über die immer stärker werdende Konkurrenzschlacht, die ihm nicht erlaubt, seine Preise – wie gewünscht – in die Höhe zu treiben. Die Zukunft sähe für ihn düster aus: Der Mühlenbereich führe in ein „ren-
deutschen Imperialisten auch im sich
Bandarbeit eingeführt.
schlossene ... Flächenreserven", „ein
– (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Prämie für „Nichtvermarktung" von Milch / „Mitverantwortungsabgabe" bei weiterer Milchproduktion

EG-Marktordnung zur Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern

Die EG-Imperialisten machen ein großes Geschrei über den „Magermilchpulverberg". „Die Magermilchpulver-Bestände in der EG betrugen zum Jahresende 1976 rund 1,13 Millionen Tonnen. (...) Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung auf dem Milchmarkt hat der Rat (Ministerrat der EG; Anm. d. Red.) im März 76 die Entschließung zur Nichtvermarktung von Milch gefaßt und die Kommission aufgefordert, Vorschläge für eine finanzielle Beteiligung der Milcherzeuger zu unterbreiten." (Agrarbericht 77)

Im März wurde eine Reihe von Maßnahmen beschlossen: Vom 1. Juli 1977 an erhalten Bauern eine Prämie, wenn sie sich verpflichten, fünf Jahre lang keine Milch zu verkaufen. Ein Bauer z.B., der seine zehn Kühe abschafft, erhält eine Prämie von ca. 22 000 DM, gezahlt in drei Raten: nach drei Monaten 11 000 DM, nach zwei und nach fünf Jahren noch einmal je 5 500 DM. Von diesem Geld wird er nicht einmal einen Schlepper kaufen können, geschweige denn einen Schweinestall aufbauen.

„Katastrophale Getreideernte, wenn es weiter regnet", prophezeit der Präsident der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, Graf zu Rantzau. Für viele Kleinbauern geht es um die Existenz, ob sie die Ernte noch einigermaßen trocken rechtzeitig hereinbringen. Die ganze Familie muß mit anpacken, denn 1977 ist „der höchste Schuldenstand seit 1962" erreicht. (Kieler Nachrichten)

50 % der Milchkühe in der BRD stehen in Ställen mit weniger als 15 Tieren. Die kleinen Bauern sind angewiesen auf die Milchproduktion. Eine Umstellung auf Fleischproduktion bringt für sie weniger ein, und für viehlose Wirtschaftsweise haben sie zu wenig Land. Außerdem ist das Milchgeld eine regelmäßige monatliche Einkommensquelle. Fällt diese Einnahmequelle weg, sind die Bauern gezwungen, ihre Arbeitskraft nebenbei an einen Kapitalisten zu verkaufen oder den Hof ganz aufzugeben.

Mittlere Bauern, die 15 bis 30 Kühe haben, können wählen zwischen der Prämie für „Nichtvermarktung" von Milch und „Umstellung" auf Fleischproduktion. Die Prämie für „Umstellung" ist etwas höher; der Bauer muß sich aber verpflichten, eine bestimmte Anzahl von Mastvieh entsprechend der vorher produzierten Milchmenge zu halten. Auch größere Bauern können die Prämie erhalten, wenn sie vorher ihren Milchkuhbestand auf 30 reduzieren. Sie erhalten dann immerhin eine Prämie von ca. 60 000 DM.

Umfragen bei Bauern haben ergeben, daß die Aktion in Niedersachsen zur Abschlachtung von 25 000 bis 30 000 Milchkühen führen wird, bei einem Bestand von etwa einer Million (Land und Forst, 2. Juli 1977).

Da die kleinen Bauern sich nicht durch eine Prämie zu ihrer Ruinierung verlocken lassen, werden gleichzeitig die Milchpreise gesenkt: Allen, die ihr Milchvieh behalten, werden pro Liter in Zukunft 0,9 Pfennig abgezogen als „Mitverantwortungsabgabe". Für einen Bauern mit zehn Kühen bedeutet das eine Mindereinnahme von ungefähr 360 DM im Jahr. In den EG-Fond fließt dadurch – rund gerechnet – eine dreiviertel Milliarde DM.

„Mitverantworten" sollen also die kleinen Bauern, daß sie ihre Milchkühe weiter halten, weil sie sich gegen ihren Ruin sträuben. Begründet wird das von Regierung und Bauernverband damit, daß den „Konsumenten" die Finanzierung der „Überschüsse in der Milchproduktion" nicht länger zuzumuten sei. Was heißt hier „Überschuß", und wer finanziert wen?

Die Milcherzeugung in der EG stieg von 1974 bis 1976 von 104 926 000 t auf 106 753 000 t. Der Verbrauch ist in derselben Zeit von 100 575 000 t auf 97 089 000 t gesunken. 1965 kostete der Liter Vollmilch im Laden 68 Pf. Heute zahlt man 98 Pfennig. In einem „4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt" mit mittlerem Einkommen ist der Milchverbrauch pro Kopf und Monat von 1969: 5,961 l auf 1975: 4,491 l gesunken. Der Bourgeoisie ist es gelungen, den Lohn so sehr zu senken, daß die Massen sich die verteuerte Milch nicht mehr leisten können.

Den Profit haben die Molkereien, die immer mehr zu großen Zentralen zusammengefaßt werden. Sie treiben die Preise für die Milch hoch. Können sie sie nicht absetzen, verarbeiten sie die Milch zu Magermilch und lassen diese zu festgesetzten Interventionspreisen aufgrund der EG-Marktordnung von den EG-Lagerstellen aufkaufen. Die Marktordnung schreibt vor, daß die staatlichen Lagerstellen zu einem jährlich vom Agrarministerrat festgelegten Interventionspreis von den Großhandelskapitalisten kaufen müssen, wenn der Marktpreis unter den Interventionspreis zu sinken droht. Es ist eine ausgekochte Lüge der Bourgeoisie, das wären Subventionen für die Kleinbauern. Der Agrarfond kommt ausschließlich den Kapitalisten im Landhandel zugute. Nach der Marktordnung sollen die aufgekauften Überschüsse dazu dienen, eine Mindestreserve in der EG auf Lager zu halten für den Kriegsfall, „Ersatz für entgangene Markterlöse" für die Handelskapitalisten zu sichern und durch Verkauf in Länder der Dritten Welt und die damit verbundene Verschuldung diese Länder auszuplündern und zu erpressen.

Der K.u.E. Kampffmeyer-Konzern hat kürzlich die Forderung aufgestellt, „Getreidesubstitute" in die EG-Marktordnung aufzunehmen. Getreidesubstitute sind Ersatz für Getreide oder Getreidenebenprodukte. Sie haben einen ähnlichen Nährstoffgehalt wie Getreide und dienen als Rohstoff für Futtermittel. Es handelt sich dabei um Sojabohnen und Maisnebenprodukte (hauptsächlich aus den USA) und Tapioka (aus Ländern der Dritten Welt). Der Kampffmeyer-Konzern (Gesamtumsatz 2,6 Mrd. DM, davon 190 Mio. DM in Auslandsfirmen) hält einen Marktanteil von 20 % im westdeutschen Getreidemühlenbereich, 4 % in der Produktion von Mischfuttermitteln und hat zusätzlich eine Reihe von Lagerhäusern für Getreide, Düngemitteln und Brennstoffe.

Im Geschäftsbericht 1976 konnte Kurt Kampffmeyer zwar gestiegene Profite vermelden, beklagte sich jedoch bitter über die immer stärker werdende Konkurrenzschlacht, die ihm nicht erlaubt, seine Preise – wie gewünscht – in die Höhe zu treiben. Die Zukunft sähe für ihn düster aus: Der Mühlenbereich führe in ein „renditeschwaches Jahr", und auch im Mischfutterbereich sei eine weitere Produktionssteigerung nicht möglich.

Die Lösung dieser Probleme soll eine „Vervollständigung der EG-Getreidemarktordnung" bringen. Die Marktordnung schreibt für bestimmte Produkte einen einheitlichen Preis in der EG vor, der etwa dem Durchschnitt der Großhandelspreise entspricht. Gegenüber Drittländern wird ein „Schwellenpreis" festgesetzt, der die Einfuhr von Produkten zu Weltmarktpreisniveau erschwert. Bei Einfuhr wird die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Schwellenpreis „abgeschöpft". Diese Abschöpfungen gelten bisher nicht für Getreidesubstitute. Dafür fordert Kampffmeyer jetzt Schutzzölle, um sich für die Abfallprodukte seiner Getreidemühlen Konkurrenz besonders von Seiten der US-Imperialisten vom Halse zu schaffen. Nach Kampffmeyer ist das ein erfolgversprechendes Konzept, um „Überschüsse effektiv abzubauen" (Ernährungsdienst 83-77). In Wirklichkeit geht es darum, diesem Monopolkapitalisten die Preistreiberei zu ermöglichen. Für die Bauern würde das bedeuten, daß die Futtermittelpreise erneut stark ansteigen. – (KSB Göttingen, Zelle Agrarwissenschaften)

Bürgerversammlung gegen britische Besatzungstruppen

Lüneburg. Am 12.8. fand in Soderstorf (Landkreis Lüneburg) eine Bürgerversammlung mit den Bundestagsabgeordneten der SPD Möhring (Lüneburg) und Neumann (Harburg) statt. Seit Jahren führt die Bevölkerung dieses Gebietes einen Kampf gegen die englischen Besatzertruppen. Eine Bürgerinitiative ist gegründet worden. Permanent finden Übungen der englischen Besatzertruppen statt, vor allem nachts. Mit bis zu 60 Stundenkilometern rasen die schweren Panzer durch die Ortschaften. Die Arbeiter gehen morgens übermüdet zur Arbeit. Die Kinder schlafen in der Schule ein. Den Bauern werden die Feldwege zu ihren Parzellen vermint. In den Ortschaften wird geschossen und in Vorgärten werden Schützengräben gezogen, bei einem allein 60 Schützenlöcher. Die Wälder werden versaut. Ölwechsel der Panzer werden im Wald gemacht, das alte Öl in den Boden gelassen. Halbvolle Ölfässer bleiben im Wald liegen. Als vor einiger Zeit eine Straße repariert wurde, die durch Panzer zerstört worden war, mußte die Bevölkerung 60 % der Baukosten selbst tragen.

Die bürgerlichen Politiker starten allerhand Manöver. Sie verbreiten auf Bürgerversammlungen, sie hätten Verständnis für die Beschwerden der Bevölkerung und wollten Abhilfe schaffen. Das Ziel sei der Bau einer Panzerumgehungsstraße. Utopie sei die Forderung, daß die Briten ganz weg sollten, schließlich gäbe es Verträge. Außerdem könnte die Bevölkerung selbst gar nichts ändern. Sie sollten sich an den Staat und die Volksvertreter wenden und sich nicht in Bürgerinitiativen zusammenschließen. Die Panzerumgehungsstraße wird jetzt groß in der „Landeszeitung Niedersachsen" aufgemacht, um die Volksbewegung darauf zu orientieren und den Zusammenschluß gegen die NATO zu verhindern.

Auf der Versammlung bekam Möhring für sein Gerede keinen Beifall. Einige der Versammelten sagten, daß, wenn die Störungen nicht bald aufhörten, sie zu anderen Mitteln greifen würden. Breite Zustimmung erhielt die Forderung, daß der Verbindungsoffizier zu den Briten, der Oberstleutnant a.D. Niederhoff, abgesetzt werden soll.

„Kayode Bakare" – Streikziel durchgesetzt

Bremen. Der 25 Tage lange Streik der nigerianischen Seeleute auf der „Kayode Bakare" ist erfolgreich beendet worden. Durchgesetzt haben die Seeleute, daß die Heuer rückwirkend vom 1. Juli an nach ITF-Heuer ausbezahlt wird und daß die „Kayode Bakare" generell an die Verträge der internationalen Gewerkschaft gebunden ist. Durch die Unterstützung der Bremer Bevölkerung, der Gewerkschaft ÖTV und durch den hartnäckigen Streik der Seeleute haben sie sich gegen den Reeder durchsetzen können. Am Samstag sind die Nigerianer in ihre Heimat zurückgeflogen. Die Flugkarte zahlte die Reederei.

Hapag-Lloyd – Jetzt auch im Pazifik

Die westdeutschen Handelskapitalisten rüsten sich für große Gefechte. Soll mit „dem schnellen Hafen Hamburg" (siehe nebenstehenden Artikel) die Vorherrschaft in Europa ausgebaut werden, so reicht ihnen das keineswegs. „Mit Containerschiffen will die größte deutsche Reederei Hapag-Lloyd im Pazifikdienst zwischen der amerikanischen Westküste und dem Fernen Osten in eines der meistumkämpften Fahrtgebiete eindringen", meldet die „Nordschau" letzte Woche. „Eindringen"; mit erbitterter Gegenwehr von Amerikanern und Japanern rechnen die westdeutschen Bourgeois. Sie fühlen sich stark genug. Die Kraft soll aus der verschärften Ausbeutung der Arbeiter gewonnen werden.

Keine Sondertürken – Ehrenbergs Lösung des „Erntehelferproblems"

Eine Sondererlaubnis für türkische Erntehelfer im Alten Land würde er entschieden ablehnen, ließ Minister Ehrenberg gegen den den Nahrungsmittelkapitalisten und Großbauern verlauten. Man stutzt zunächst. Haben wir in der letzten KVZ falsch gelegen? Ist der „Rentnerfreund" gegen Saisonarbeit und Lohndrückerei?

Im Gegenteil: „... versuche das Arbeitsamt jetzt nach regionalen Vermittlungsversuchen, das Problem mit guten Aussichten auf Erfolg durch eine überregionale Suche nach deutschen Erntehelfern zu lösen." (HAZ, 18.8.) Der Minister will zu Taten schreiten. Den Druck auf die westdeutschen Arbeiter mit der Drohung, tausende Türken einzustellen, hält er für ausreichend. Die Verschickungsaktion kann beginnen, die „Mobilität" der Arbeiter erheblich erhöht werden. Das wird die Spaltung verschärfen. So denkt er sich das. Er kann durchkommen, wird ein ausreichendes Lohn nicht durchgesetzt.

Eine Sondererlaubnis für türkische Erntehelfer im Alten Land würde er entschieden ablehnen, ließ Minister Ehrenberg gegen den den Nahrungsmittelkapitalisten und Großbauern verlauten. Man stutzt zunächst. Haben wir in der letzten KVZ falsch gelegen? Ist der „Rentnerfreund" gegen Saisonarbeit und Lohndrückerei?
Im Gegenteil: „... versuche das Arbeitsamt jetzt nach regionalen Vermittlungsversuchen, das Problem mit guten Aussichten auf Erfolg durch eine überregionale Suche nach deutschen Erntehelfern zu lösen." (HAZ, 18.8.) Der Minister will zu Taten schreiten. Den Druck auf die westdeutschen Arbeiter mit der Drohung, tausende Türken einzustellen, hält er für ausreichend. Die Verschickungsaktion kann beginnen, die „Mobilität" der Arbeiter erheblich erhöht werden. Das wird die Spaltung verschärfen. So denkt er sich das. Er kann durchkommen, wird ein ausreichendes Lohn nicht durchgesetzt.

Ravens: „Erheblich einsteigen"

Osnabrück. Niedersachsens SPD-Spitzenkandidat für die Wahlen Karl Ravens war in Osnabrück. Dort hat er die Ergebnisse der Stadtsanierung besichtigt. „Der Bund werde die Stadt auch künftig bei ihren Sanierungsplänen nicht im Stich lassen und erheblich einsteigen", hat er verlauten lassen. Die städtischen Bourgeois werden es mit Erleichterung vernommen haben. Sie brauchen diese Unterstützung. Die bisherigen Teilstücke der Sanierung konnten nur mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt werden. Als Gegenleistung hat Ravens von der Stadt eigene Anstrengungen verlangt. Die werden gemacht. Sie bestehen in verstärkter Plünderung des Volkes. Gebührenerhöhungen, Erhöhung der Einnahmen aus Strafgeldern sind im neuen Haushaltsplan fest vorgesehen.

Reibungslos werden sie das sicher nicht durchsetzen können. Der Widerstand gegen die imperialistische Stadtsanierung ist keinesfalls gebrochen. Im Arbeiterviertel Schinkel hat in der vergangenen Woche eine Versammlung von über 100 Anwohnern einer Straße stattgefunden, die dagegen kämpfen, daß ihre Straße für den großen Durchgangsverkehr geöffnet wird, was das letzte bißchen Ruhe beseitigen wird.

„Gespräch mit dem Bürger" geplatzt

Hannover. Am 18.9. sind die Gespräche zwischen dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht und den Bürgerinitiativen gegen den Bau der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben geplatzt. Die Vertreter der Bürgerinitiativen beharren darauf, den Sicherheitsbericht für die Anlage ausgehändigt zu bekommen, um ihn durch Wissenschaftler ihres Vertrauens eingehend prüfen zu lassen. Dies hat Albrecht abgelehnt, denn es handele sich dabei um neue Forschungsergebnisse, an denen die Atommächte wie China und die UdSSR ganz sicher interessiert seien. Warum der Bericht dann trotzdem im Sozialministerium einzusehen ist, erklärte Albrecht nicht.

Die Bundesregierung hat die Sicherheitsfragen bereits geklärt. Nachdem es zu dem Erdbeben und Einsturz eines Salzstocks im Juni erst hieß, der Einsturz des verkarsteten Salzstocks habe das Beben verursacht und dann umgekehrt, ein tektonisches Erdbeben den Einsturz des Salzstocks, erklärte jetzt die Bundesregierung auf Anfrage eines Lüneburger Abgeordneten, all dies „beeinflußt nicht die Pläne für den eventuellen Bau einer Atommülldeponie bei Gorleben". (Hannoversche Allgemeine, 18.8.)

Kampf gegen das Praktische Jahr der Medizinstudenten

Kiel. Im Kampf für Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr der Medizinstudenten steht eine neue Etappe an. Ende August sind die zentralen Prüfungen, und dann werden in Kiel 70 Studenten den zweiten Teil des Staatsexamens absolvieren, um ab 1. Oktober in den „Akademischen Lehrkrankenhäusern" in Flensburg, Rendsburg, Itzehoe und Neumünster mit dem PJ zu beginnen. Feste Organisation ist nötig, wollen die Medizinstudenten, die auf die einzelnen Städte zerstreut sind, ihre Interessen vertreten. So haben sich diese 70 Medizinstudenten des 6. Semesters zusammengeschlossen und Sprecher gewählt.

Göttingen. Im Fachschaftsrat und in der PJ-Gruppe sind die Beschlüsse der Fachtagung diskutiert worden. Die beiden Delegierten der Fachtagung haben einen offenen Brief an das Kölner Sekretariat und an alle Fachschaften und PJ-Gruppen verfaßt, in dem es heißt: „Es geht uns darum, die Fehler in der Streikführung im Sommersemester nicht zu wiederholen. Darauf steuert man aber planmäßig zu, wenn mit den von der Fachtagung gefaßten Beschlüssen im Wintersemester eine Urabstimmung über Streik durchgeführt wird. (...) Deshalb muß die VDS-Fachtagung Beschlüsse fassen, die den Aufbau der Streikfront ermöglichen, die den ATV durchsetzt." Die Delegierten setzen sich ein für ein bundeseinheitliches Quorum und für bundesweite Auszählung und schlagen vor, durch Vollversammlungsbeschlüsse der Fachtagung die Möglichkeit für bindende Beschlüsse zu geben. Die PJ-Gruppe hat zusammen mit der Mehrheit der neun in den Ferien anwesenden Fachschaftsratsmitglieder diesen Brief unterstützt. Sie ruft auf zu einem bundesweiten Kongreß der PJ-Gruppen in Göttingen am 10./11. September, um den Streik inhaltlich vorzubereiten. Das Sekretariat wurde in dem Brief aufgefordert, doch noch ein zentrales PJ-Info zu erstellen, um die jetzt stattfindenden schriftlichen Prüfungen zur Vorbereitung des Streiks zu nutzen. Da das bisher nicht erfolgt ist, hat der Fachschaftsrat ein eigenes Info zu den Prüfungen erstellt, in dem u.a. das Medizinstudium als Ausbildung zu Rentenbetrügern angegriffen wird. Eine Fragebogenaktion über die Lage der PJler wurde durchgeführt und wird jetzt ausgewertet.

Frankfurt. Eine Umfrage unter den PJ-Absolventen in Frankfurt ergab, daß von siebzehn zwölf weniger als 600 DM im Monat haben, nur einer über 700 DM; die wöchentliche Arbeitszeit beträgt bei allen mehr als 35 Stunden in der Woche. Das Geld wird noch weniger reichen, die Arbeitszeit wird sich noch verlängern, wenn die Bourgeois ihren Plan durchsetzen, die am 3. Oktober neu ins PJ kommenden Studenten nicht in Frankfurt, sondern an Fuldaer Kliniken zu vernutzen. Für die 162 zur Prüfung zugelassenen Studenten stehen insgesamt überhaupt nur 134 Stellen zur Verfügung. Gegen die Pläne der Staatsbüttel und Professoren
Pläne der Staatsbüttel und Professoren
haben die Studenten des 6. Semesters auf einer Versammlung die Forderungen aufgestellt: Übernahme aller Anwärter ins Praktische Jahr! Keinen gegen seinen Willen nach Fulda, Hanau oder außerhalb! Bezahlung der Umzugskosten! Freie Wahl des dritten Ausbildungsfachs! Semestersprecher sind gewählt worden, die eintreten für Streik im Wintersemester, aufrufen zu Kundgebungen an den Kliniken am 3. Oktober und die PJ-Studenten aufrufen, bei Nichterfüllung der obigen Forderungen das Praktische Jahr zu bestreiken. Die Arbeitsgruppe Praktisches Jahr hat die Forderungen ebenfalls erhoben und unterstützt den Aufruf der Sprecherräte.

Freiburg. Beschluß der Klinikvollversammlung vom 7. Juli 1977. Da unsere Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im PJ nicht erfüllt ist, ist es notwendig, die Streikfront im Wintersemester wieder aufzubauen und die Bedingungen zu schaffen, damit ein Streik bis zur Durchsetzung der Forderungen zustandekommt. Dazu ist es notwendig, die Lehren aus den Erfahrungen des letzten Streiks zu ziehen und auch auf organisatorischem Gebiet nach besseren Modalitäten zu verfahren. Im einzelnen ist notwendig: 1. Die Urabstimmung soll einheitlich vom 7. bis 18. November durchgeführt werden. Der Streik soll einheitlich am 21. November beginnen. 2. Die Auszählung der Ergebnisse soll nicht fakultätsbezogen erfolgen, sondern für das ganze Bundesgebiet einheitlich. Gestreikt werden soll, wenn mehr als die Hälfte der Medizinstudenten der BRD für Streik stimmen – und zwar an allen Fachbereichen. 3. Der Abbruch des Streiks kann nur durch erneute bundesweite Urabstimmung erfolgen. Sie wird durchgeführt, wenn mehr als die Hälfte der Fachbereichs-Vollversammlungen dies beschließen. 4. Die Beschlüsse der VDS-Fachtagung, die aufgrund von Vollversammlungs-Beschlüssen gefaßt werden, sind für alle Fachbereiche bindend. *Bei fünf Enthaltungen einstimmig angenommen.*

Weiter protestierte die Klinik-Vollversammlung gegen die fünf eingeleiteten Ordnungsverfahren wegen Beteiligung am Streik und erhob die Forderungen: Sofortige Rücknahme der Ordnungsverfahren! Weg mit den Zwangsgeldern! Für uneingeschränktes Recht auf Urabstimmung, Streik, Versammlung und Demonstration!

Zentrale Prüfungen in der Medizin

Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates gegen die Medizinstudenten

Zwecks „Rationalisierung der Medizinerausbildung" einigten sich 1970 Bundes- und Länderregierungen, Bundesärztekammer, Professorenschaft und die Krankenhausträger auf eine neue Ausbildungsordnung, die Approbationsordnung für Ärzte. Rationalisierung war notwendig geworden, nachdem die Bourgeoisie den ärztlichen Nachwuchs zu immer größeren Teilen aus den Reihen der Volksmassen rekrutieren mußte. Zum „fairen Kampf" beim Wettsaufen und auf dem Paukboden der Verbindungsbruderschaften, dem wesentlichen Merkmal im Verhältnis zwischen Bourgeoisstudenten und ihren Lehrern, kam die Verschärfung des Klassenkampfes, den die Professorenbeamten gegen die Studentenmassen führen, um diese zu Funktionären der Bourgeoisie abzurichten, die im Gesundheitswesen gegen die Lohnabhängigen funktionieren. Die Mittel dazu sind Unterdrükkung und Schürung der Konkurrenz.

In der Approbationsordnung wurden diese Mittel in folgende Form gegossen: Unter Aufsicht einer ganzen Horde von Aufpassern müssen sich die Medizinstudenten im Verlauf des mindestens 6jährigen Studiums vier schriftlichen Prüfungen unterziehen, bei denen sie insgesamt 1280 Fragen zu beantworten haben. Die Prüfungen werden durchgeführt von eigens eingerichteten Landesprüfungsämtern und dem zentralen Institut für medizinische Prüfungsfragen, das durch Staatsvertrag gegründet wurde. Um zu den jeweiligen Prüfungen zugelassen zu werden, muß der Nachweis erbracht werden, daß man an Kursen und Praktika in insgesamt 34 Fächern „regelmäßig und mit Erfolg" teilgenommen und seine Arbeitskraft im Praktischen Jahr ein Jahr lang und als Pflegepraktikant sowie als Famulant jeweils zwei Monate einem Krankenhausträger zur Verfügung gestellt hat.

Seit August 1974 laufen diese Prüfungsrunden in den Semesterferien, zu denen die Staatsbeamten jeweils ein Drittel aller Studenten, inzwischen weit über 10000 pro Runde, antreten lassen.

Bisher ist es den Staatsbeamten jedesmal gelungen, diese Peitsche zu schwingen, ohne daß sie ihnen aus der Hand geschlagen, ohne daß die Prüfungen angegriffen wurden.

„Prüfungen müssen sein, denn es geht um Leben und Tod der Patienten", auf dieser Linie sind sie in der Spaltung und Schürung der Konkurrenz ein ganzes Stück vorangekommen. Sie stützen sich dabei auf die Bourgeoisstudenten, die mit teuren Büchern, Privatlehrern und ohne den Zwang, während des Semesters und in den Ferien Geld verdienen zu müssen, in die Prüfungen gehen, und denen es gegebenenfalls auch nichts ausmacht, ein oder zwei Mal durchzufallen. Sie können sich darüberhinaus auf Sozialdemokraten, Revisionisten und Opportunisten unter den Studenten stützen, die zwar die Form der Prüfungen kritisieren, aber den Staatsbeamten immer das Recht einräumen, den Fortschritt der Abrichtung der Studentenmassen auf die eine oder andere Weise zu überprüfen. Mündliche Testate, Gruppengespräche o.ä. seien besser, sagen sie. Wen wundert's, daß sich die Studenten jedoch nicht freiwillig der Schikanierererei des jeweiligen Professorenbeamten unterwerfen. Zufrieden hat der Leiter des zentralen Instituts für medizinische Prüfungsfragen Krämer eine Bilanz der bisherigen „Arbeit" gezogen. Innerhalb von zweieinhalb Jahren ist es gelungen, die Durchfallquoten in der ärztlichen Vorprüfung auf 16,7 % knapp zu verdreifachen und im ersten Teil der ärztlichen Prüfung um knapp 400 % auf 6,8 % zu steigern. Von den ausländischen Studenten, die zum großen Teil aus den Ländern der Dritten Welt kommen und nach ihrer Rückkehr die Geschäfte der westdeutschen Imperialisten betreiben sollen, fielen beim letzten Termin im März bei der Vorprüfung über 40%, im ersten über 20% durch.

Durchfallquoten in ärztlichen Prüfungen

	ärztliche Vorprüfung		erster Teil der ärztlichen Prüfung	
	gesamt	ausländische Studenten	gesamt	ausländische Studenten
August 74	6,2%	23,9%	1,8%	13,3%
März 75	10,0%	33,3%	2,5%	15,4%
August 75	14,7%	40,4%	4,2%	17,4%
März 76	11,7%	33,3%	5,4%	21,5%
August 76	10,8%	27,4%	3,3%	14,1%
März 77	16,7%	43,0%	6,7%	25,0%

Die Angaben für März 1977 beziehen sich nur auf Baden-Württemberg. Die Angaben für die ausländischen Studenten für März 1977 sind Schätzungen.

Entgegen dem Plan sank 1976 die Durchfallquote etwas ab, was der Leiter des Instituts „auf das stärkere Vertrautsein der Studenten mit dem neuen Studien- und Prüfungssystem" zurückführt (Deutsches Ärzteblatt 20/77). Das darf nicht sein, meint er und entwickelt sogleich seine Vorschläge. Die Regelung, daß bestanden hat, wer von allen Fragen der Prüfung mindestens 50 % richtig hat, solle so geändert werden, daß nur bestanden hat, wer in jedem Stoffgebiet 50 % richtig hat, zusätzlich solle nicht mehr angegeben werden, wieviele Fragen pro Stoffgebiet gestellt werden. Das könne verhindern, „daß Studenten ungeliebte, weil schwierige medizinische Fächer, bei der Examensvorbereitung mehr oder minder aussparen können, um sich die dort verlorenen Pluspunkte anderswo einzuholen". Änderung tue Not, „um nicht eine Verflachung der Ausbildung im Rahmen der Vorbereitung für die Prüfungen heraufzubeschwören". „Würde man diese Erwägung noch ergänzen, indem man auf den Examenszeugnissen die in den einzelnen Fächern erreichte Zahl der richtig gelösten Aufgaben ausdruckt, so wäre dem unerwünschten Lernverhalten wohl entgegengetreten." Beklagenswert sei weiter, „daß das mündliche Element im Rahmen der Ausbildung und Prüfungen sowie die Examinierung ärztlich wichtiger Fertigkeiten im gegenwärtigen System zu sehr zurückgedrängt" sei. Deshalb solle die Approbationsordnung „die Voraussetzung für die Erteilung von Scheinen normieren", indem mündliche Testate nach jedem Kurs verbindlich vorgeschrieben werden. „Alle diese Verbesserungen können buchstäblich mit einem Federstrich des Gesetzgebers erzielt werden."

Krämers „Verbesserungen" entsprechen ziemlich genau den „Forderungen" der Professorenriege im Westdeutschen Medizinischen Fakultätstag. Die Bourgeoisie will noch in diesem Jahr die Approbationsordnung novellieren, um einen weiteren Zug in der Verschärfung der Konkurrenz zu unternehmen.

„Konkurrenz ist die einzige Form, in welcher die herrschende Kapitalistenklasse den Widerspruch zwischen Lohnabhängigkeit ihrer Funktionäre und der Antreiber- und Unterdrükkungsfunktion dieser Funktionäre zu bannen vermag." (Resolution der Kommunistischen Hochschulgruppen und Kommunistischen Studentenbünde, März 1977)

Das deutsche Ärzteblatt schreibt im Mai: „Anfang 1977 betrug die Arztdichte in der BRD 424 Einwohner je Arzt. In einem Jahr stieg die Zahl der Ärzte um rund 4900. Bei jährlich etwa 11500 Studienanfängern werden schon jetzt zehntausende Ärzte zuviel ausgebildet. Der rechnerisch zu erwartende Überschuß wird zunächst eine gründliche Weiterbildung fast unmöglich machen ... Es bedarf keiner prophetischen Gabe, um ... Arbeitslosigkeit unter jungen Ärzten ... vorauszusagen." Der Bourgeoisie kommt diese „Entwicklung" sehr gelegen. Unter dem Druck einer entsprechenden Reservearmee kann der Lohn der Masse der Ärzte gesenkt, können die in Anstellung befindlichen besser noch auf die imperialistischen Pläne eingeschworen werden, kann es ihr gelingen, den „bisher noch allzu wenig attraktiven Facharzt für Allgemeinmedizin", der die Kosten der Heilbehandlung auf das Minimum herunterdrücken soll, zu vermehren.

Die zentralen Prüfungen sind das Korrelat hierzu, die vorgesehene Novellierung der Approbationsordnung ein weiteres Mittel, zur „Auslese der Besten".

Im bundesweiten Streik gegen das PJ haben die Medizinstudenten gezeigt, daß sie sich zusammenschließen können, um ihrerseits den Klassenkampf aufzunehmen. Die Bourgeoisie treibt jeweils hunderte Studenten pro Studienort innerhalb einer Woche in die Prüfungen. Die Prüfungslokale gleichen einem Pulverfaß, das wissen auch die Bourgeois. Wieso sollte dieses Pulverfaß nicht zur Explosion gebracht werden können, wenn sich die Studentenmassen unter der Losung „Keiner darf durchfallen!" zusammenschließen. – (hk, Bezirk Unterer Neckar)

ten", auf dieser Linie sind sie in der
trautsein der Studenten mit dem neuen
Westdeutschen Medizinischen Fakul-
ßen. – (hk, Bezirk Unterer Neckar)

Der bürgerliche Staat treibt die Studien- und Reproduktionskosten der Studentenmassen in die Höhe

Kiel. Professor Kaltefleiter, über die Grenzen Kiels hinaus bekannter Reaktionär und Vizepräsident der Kieler Universität, verkündete im letzten Jahr, daß endlich Schluß gemacht werden müsse mit dem „Nulltarif" an den Hochschulen. Das soll einen neuen Vorstoß in der Ausplünderung der Studenten durch Studiengebühren einleiten. Einen „Nulltarif" hat es nie gegeben. Anhand mehrerer Jahre Studienerfahrungen am Fachbereich Agrarwissenschaften haben wir die Erhöhung der Studien- und Reproduktionskosten durch den Staatsapparat verfolgt.

Angefangen beim Mensaessen: 1973 bezahlte man noch 70 Pfennig für den Eintopf, 1,10 DM für Tagesgericht und 1,80 DM für Gedeck, durch Abwechseln zwischen den einzelnen Gerichten konnte man mit 25 bis 30 DM im Monat für Mensaessen noch auskommen. Im gleichen Jahr wurden die Mensapreise auf 0,90 DM für den Eintopf und 1,50 DM bzw. 2,20 DM für Tagesgericht und Gedeck angehoben, im Wintersemester 1975/76 dann auf 1,30 DM, 1,90 DM und 2,70 DM. Konnte man vor vier Jahren noch die Gemüseeintöpfe und Quarkpuddinge hin und wieder essen, so ergab jetzt eine genaue Analyse einer solchen „Quarkspeise" bei einem Frischgewicht von 618 g inklusive sieben farbloser Erdbeeren einen Wasseranteil von 79 %. Wer trotzdem zweimal in der Woche Eintopf essen muß, merkt dies spätestens, wenn er nach zwei Stunden wieder in die Cafeteria muß, um Brötchen oder Kuchen zu kaufen. Hier schlägt das Studentenwerk erneut zu mit schleichenden Preiserhöhungen durch Änderung der Sorten, Mengen, Qualität usw.

Wer vor Jahren sein Studium begonnen hat, konnte im Studentenwohnheim noch für etwa 100 DM wohnen, je nach Art und Größe des Zimmers. Inzwischen sind die Preise viermal erhöht worden innerhalb von zwei Jahren. In einen Studentenwohnheim zahlt man jetzt für 10,2 qm 163,83 DM, weitere Kosten nicht gerechnet, die durch Kürzung der Personalausgaben für Handwerker und Putzfrauen entstehen, z.B. wenn die Bewohner die Küche selbst streichen müssen.

Die Neuregelung der Studentischen Krankenversicherung hat dazu geführt, daß nach der letzten Beitragserhöhung – unter Berufung auf die BAFöG-Erhöhung – jetzt 29 DM im Monat bezahlt werden müssen. Gegenüber den 125 DM bei der Studentischen Krankenversicherung 49 DM mehr pro Semester als 1975.

Doch nicht nur durch direkte staatliche Preiserhöhungen treibt der Staat die Kosten für die Studentenmassen hoch. Auch die Studienreform tut das ihrige. Der Arbeitstag eines Agrarstudenten im ersten und zweiten Semester beginnt heute oft um 8 Uhr morgens z.B. mit der Vorlesung, Zoologie, dann ab 9 Uhr Chemie usw. Nachmittags um 14 Uhr geht es dann weiter, abends um 18 Uhr schließlich findet noch das Mathematik-Tutorium statt, das auf die Klausur am Ende des Semesters vorbereiten soll. Kaum ein Student kann es sich leisten zu fehlen. Nach zwei Semestern sollen die Studenten im ersten Teil des Vordiploms vier bis sechs mündliche Prüfungen und mindestens zwei Klausuren ablegen. Früher waren es vier Prüfungen und zwei unbenotete Scheine, wo kaum einer durchfiel. Bei einer davon, der Mathematik-Klausur, liegt die Durchfallquote seit zwei Jahren bei 35 bis 50 %.

Bei den mündlichen Prüfungen im Fach Volkswirtschaftslehre ist es ähnlich. Besonders gern fragen die Professoren in den Prüfungen Einzelheiten aus ihren Vorlesungen, die die Studenten sonst nirgendwo nachlesen und lernen können. Oder sie sind dazu übergegangen, Skripten, die für die Prüfungsvorbereitung unentbehrlich sind, jeweils nur am Schluß der Vorlesung zu verteilen, um so die Anwesenheit der Studenten zu erzwingen. Die Kosten z.B. für „Agrarpolitik und Marktlehre" sind 12 DM im Semester. So kommen die Studenten, die nicht das Geld für die teuren uninahen Wohnungen haben, auf einen Arbeitstag von oft zwölf Stunden, nur die Anwesenheit in der Universität gerechnet, denn zwischen den über den Tag verteilten Lehrveranstaltungen nach Hause zu fahren lohnt nicht. Schließlich hat auch die KVAG die Fahrpreise für eine Einzelfahrt seit 1975 von 0,80 DM auf 1,20 DM erhöht. Zur Länge des Arbeitstages kommen so zusätzliche Kosten für Essen in der Cafeteria hinzu, zwischen zwei und drei Mark werden das meistens. In den naheliegenden Studentenkneipen wird es noch teurer.

Der Staat treibt die Studien- und Reproduktionskosten der Studentenmassen in die Höhe, gleichzeitig wird durch das BAFöG-Gesetz das Einkommen der Studentenmassen immer weiter gesenkt. Die Bezahlung ihrer Arbeitskraft und volles Koalitionsrecht müssen durchgesetzt werden. – (Rote Zellen Kiel)

Aktionen zur Verhinderung der Suspendierung von Götz Rohwer

Osnabrück. Auf dem Tisch des Rektors der Universität Osnabrück liegt jetzt die Aufforderung des Ministers, den kommunistischen Dozenten Götz Rohwer sofort zu suspendieren. Nach dem breiten Protest gegen die Politik Pestels und der Universitätsleitung im Sommersemester, nachdem sich auch fast alle der 90 Unterzeichner der öffentlichen Erklärung für die Verbeamtung Rohwers trotz Aufforderung Pestels nicht von ihr distanziert haben, nachdem jetzt auch der Einspruch bei der niedersächsischen Disziplinarkammer Sand in das Getriebe der staatlichen Unterdrückungsmaschine gestreut hat, befürchten die Herren, die Entlassung nicht mehr während der Semesterferien durchsetzen zu können. Das muß erreicht werden. Im Wintersemester kann wirkungsvoll dafür gekämpft werden, daß Rohwer weiterhin seine Tätigkeiten in Lehre und Forschung an der Universität ausübt.

Was will der Rektor jetzt tun? Im Sommersemester hat er noch das Gerücht verbreitet, er wolle Rohwers Suspendierung verhindern. Mit welchen Mitteln? Das Protokoll der Dienstbesprechung bei Pestel hat diese Mittel offengelegt. Umgehung der Suspendierung durch möglichst sofortige Entlassung Rohwers. Diese angenehmere Variante des Handlangerdaseins für Pestel ist dem Rektor jetzt verbaut.

Am Freitag haben etwa 20 Universitätsbeschäftigte und Studenten den Kanzler Dr. Volle zur Rede gestellt. Die Suspendierung Rohwers sie jetzt „notwendig" und „unumgänglich", hat er gesagt. Eigentlich schon viel früher, während des Semesters, aber damals habe eine „Güterabwägung" zur Aufschiebung der Suspendierung geführt. Die „Güterabwägung" bestand in der Überlegung, „daß eine sofortige Suspendierung von Herrn Dr. Rohwer zur Anheizung der Stimmung und zu unerwünschten Solidarisierungsaktionen führen wird" (aus dem Protokoll der Dienstbesprechung). Die Zwanzig, die die Aktion am Freitag gegen den Kanzler der Universität durchgeführt haben, rufen auf, am Montag im Rektorat den Rektor zur Rede zu stellen und die Suspendierung von Rohwer zu verhindern.

6 Wochen Grundausbildung

Letzte Woche ist der allgemeine Teil der Grundausbildung für einen Teil der Rekruten des III. Quartals 1977 zu Ende gegangen. Mit Drill, Schikane, ideologischer Indoktrination sollte Kanonenfutter hergestellt werden.



Köln, Butzweiler Hof, 2. Ausbildungskompanie 801: Im politischen Unterricht, kurz vor Ablegung des „feierlichen Gelöbnisses“, ging der Oberleutnant daran, die Rekruten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das „treue Dienen“ für die Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Mißlungen – er ist von den Rekruten scharf angegriffen worden. Drei Soldaten, darunter ein Zeitsoldat, haben den Eid verweigert; die anderen sind allein wegen der 50 DM mehr mitgegangen, über die Hälfte hat das Gelöbnis nicht mitgesprochen.



Drill und Schikane während der Grundausbildung nennen die Offiziere „notwendige militärische Disziplin“; auch auf dem Weg zum Sportplatz, oder beim Waffenreinigen. Angetreten in Reih und Glied, genauer Abstand zum Vordermann, Reden strengstens untersagt. Während des Sports die Trainingsanzüge „in exakter Linie ausgerichtet“.





Einmal im Monat „lebenskundlicher Unterricht“ und Gottesdienst. Der Militärpfaffe: Die Grundausbildung ist ja halb so schlimm. Bewahren Sie innere Größe und bleiben Sie Mensch!“ Er erntete regelmässig Spott und scharfe Angriffe. Die Erfahrungen der Soldaten stehen im geraden Gegensatz zum Geschwätz des hochgeschmierten Schwarzrocks.



Am Ende der 6 Wochen dann die „Besichtigung“, die Abschlußprüfung. Man soll zeigen, daß man „was gelernt hat“. Ausgangslage:



„Feindliche Sabotagetrupps stören den eigenen Nachschub durch Sprengstoffanschläge; unser Zug muß den Nachschub sichern.“ Die Aufgaben sind reiner Drill: Alarmposten-Meldung nachplappern; Gasmasken auf- und abziehen; Meldung abfassen; Zelt auf- und abbauen. Für alles gibt es Punkte. Gemeinsame Einsatzbesprechung der Soldaten, gemeinsames Lernen der Handhabung militärischen Geräts, Beratung über das richtige militärische Vorgehen kann sich eine imperialistische Armee nicht leisten. Die ganze Übung über gibt es Widerstand



der Soldaten. Der Bataillonskommandeur in seiner Manöverkritik: „Ich bin nicht zufrieden mit diesem Zug. Ich habe nur bei den wenigsten die Bereitschaft gesehen, sich anzustrengen und hier gute Leistungen zu zeigen.“ – (SRK Köln)

US-Imperialisten verlangen weitere Milliarden für die Kriegsvorbereitungen

Landübungen in der Türkei / Ocean Safari 1977

Die NATO-Staaten beginnen Ende des Jahres in Europa die Manöver-Serie „Autumn Forge“. Über 30 Übungen umfaßt diese Manöverserie, 10 davon in der BRD. „Eingeleitet wird die Übungsserie mit der Ankunft der amerikanischen Soldaten auf der Luftwaffenbasis Ramstein am 31. August. Sie werden im Rahmen des ‚Reforger‘-Programms zu ihrer jährlichen Übung in die BRD eingeflogen. Das Gerät ... lagert in der BRD. Es muß von den eingeflogenen Soldaten nur noch übernommen werden.“ (FAZ, 10.8.)

„Die wichtigste Großübung des Heeres (in der BRD) ... ist das Manöver ‚Standhafte Schatten‘, das vom 12. bis 15.9. im Raum Kassel, Siegen, Plettenberg stattfinden soll. 38 000 Soldaten, 9 000 Rad- und 23 000 Kettenfahrzeuge, davon etwa 1 000 Kampfpanzer, nehmen teil ... Zweck der Übung ist es, die grenznahe Abwehr (unter Ausnutzung der vollen Beweglichkeit der gepanzerten Verbände) zu erproben.“ (FAZ, 10.8.)

Das Manöver „Ocean-Safari 1977“ findet vom 17. bis 29.10. statt. In ihm wird die „Sicherung des Nachschubs über den Atlantik“ erprobt. 60 Schiffe, U-Boote und 250 Flugzeuge aus England, Kanada, Niederlande, Norwegen, Portugal, BRD und USA nehmen daran teil.

„Der Sicherung des Nachschubs über den Atlantik kommt angesichts der in den letzten Jahren ständig anwachsenden maritimen Stärke der Sowjetunion besonders große Bedeutung zu“, schreibt die FAZ am 15.8. Die Bundesregierung erklärte, die „globale maritime Expansion der Sowjetunion“ bedroht die atlantischen Seeverbindungen und stellt besonders im Nordatlantik eine „unmittelbare Bedrohung der westlichen Rohstoff- und Energieversorgung dar“. (FAZ, 15.8.) Oberbefehlshaber des Atlantikpakts, US-General Haig, erklärt: „Die Aufrüstung der Armeen des Warschauer Paktes geht ständig weiter. Jetzt erhält

Energieversorgung dar“. (FAZ, 15.8.) Oberbefehlshaber des Atlantikpakts, US-General Haig, erklärt: „Die Aufrüstung der Armeen des Warschauer Paktes geht ständig weiter. Jetzt erhält

die Sowjet-Artillerie auch Atomgranaten ... Die Bedrohung an den NATO-Flanken wächst. Sie ist auf längere Sicht so gefährlich wie ein breitangelegter Angriff auf Zentraleuropa.“ (Welt, 16.8.)

Im September werden 6 000 amerikanische Marineinfanteristen zu einer Landungsübung „Display Determination“ (Darstellung der Entschlossenheit) in der Türkei landen. „Washington demonstriert seinen Willen zur Verteidigung Europas“, überschreibt die FAZ einen Artikel zu dieser Übung. „Die Mobilmachungspläne der NATO haben seit vielen Jahren den Einsatz amerikanischer Marineinfanterie als ‚strategische Reserve‘ in Europa vorgesehen.“

Die Landeübung in der Türkei ist Teil der Vorbereitung der US-Imperialisten auf den Kampf um die Vorherrschaft in Europa. Vorbereitet werden die Soldaten der westdeutschen Luftwaffe, der britischen ‚Royal Air Force‘ und der US-Luftstreitkräfte in dem Manöver ‚Rote Flagge‘ in Nevada. „Die Bedingungen in Europa längs der Grenze zwischen der BRD und der DDR sind in Nevada bis auf den letzten Kilometer nachgebildet. Die Luftwaffe des möglichen ‚Gegners‘ wird deshalb nach neuesten Erkenntnissen eingesetzt, ebenso Luftabwehr-Raketen, wie sie im Warschauer Pakt Verwendung finden ... Die amerikanischen taktischen Luftstreitkräfte haben bereits seit Wochen Einheiten der ‚F 15‘ laufend nach Bitburg verlegt, um die Besatzungen mit den Gelände- und Wetterbedingungen in Mitteleuropa vertraut zu machen.“ (FAZ, 11.8.)

Man sieht, fieberhaft sind die US-Imperialisten und ihre Verbündeten dabei, den imperialistischen Krieg um die Vorherrschaft in Europa vorzubereiten. Wer „erinnert“ sich da nicht an den Fernsehfilm der westdeutschen Bourgeoisie „Frieden ist der Ernstfall“ vom 6. Juni? Die imperialistische Bourgeoisie war in einer ‚gespannten Lage‘. Der „Ernstfall Friede“ war „gefährdet“ durch Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse unter der Forderung „Raus aus der NATO“, die Kämpfe der arabischen Völker gegen den von den Imperialisten hochgezüchteten zionistischen Aggressor Israel, die Forderung der Mittelmeerländer nach Abzug aller imperialistischen Flottenverbände aus dem Mittelmeer. Und wie wurde der „Ernstfall Friede“ dargestellt? NATO-Truppenmanöver in Norwegen; Spannungen zwischen NATO-Partner Norwegen und Sowjetunion verschärfen sich. „Während offizielle NATO-Sprecher noch versuchen, die Lage zu verharmlosen, werden auf nationaler Ebene bereits Vorbereitungen für den Krisenfall getroffen ... Die bisher begrenzten Manöver der Bundeswehr werden auf das gesamte Grenzgebiet von NATO und Warschauer Pakt ausgedehnt ... Gleichzeitig mit der Entsendung der 5 000 Mann starken NATO-Feuerwehr beginnt die 6. amerikanische Flotte mit einem großen Landemanöver an der türkischen Küste. Mehr als 6000 Marineinfanteristen werden in zwei Stunden an Land gebracht. Sie begeben sich sofort in Gefechtsstellung“, hieß es in dem Fernsehfilm am 6. Juni. (Vgl. KVZ 24/77, S. 16)

Soweit die „Erinnerung“ an den Fernsehfilm vom 6. Juni. Mit dem Einsatz dieses Films über Fernsehen verfolgte die Bourgeoisie das Ziel, die Volksmassen an die Kriegsvorbereitungen zu „gewöhnen“.

Nach Angaben des demokratischen US-Abgeordneten Aspin werden „zur Zeit von Verteidigungsanalytikern in Washington vier Alternativmöglichkeiten erwogen, wie man auf einen Überraschungsangriff der Warschauer-Pakt-Staaten reagieren könne.

– Verstärkung des Verteidigungspotentials an der westdeutschen Grenze;

– erst zurückweichen und dann in einem Gegenangriff den Gegner aus dem bereits eroberten Gebiet vertreiben;

– rascher Einsatz von taktischen Atomwaffen;

– Entlastungsangriff auf sowjetische Militäreinrichtungen außerhalb Europas.

Aspin gab der vierten Alternative den Vorzug. Damit, so erklärte er, könne ein Nuklearkrieg in Europa vermieden, zugleich aber verhindert werden, daß die UdSSR die Vorherrschaft in Europa erringe.“ (Süddeutsche Zeitung, 19.8.)

Die US-Imperialisten stellen den westeuropäischen Imperialisten diese „Alternativen“ unter der Überschrift vor: „Vorne-Verteidigung kostet“ – US-Imperialisten verlangen 30 Milliarden Dollar zusätzlich. – (Z-Red.)

Schulschiff „Deutschland“ auf Erkundungsfahrt
werden auf das gesamte Grenzgebiet von NATO und Warschauer Pakt aus- US-Imperialisten verlangen 30 Milliarden Dollar zusätzlich. – (Z-Red.)

Schulschiff „Deutschland“ auf Erkundungsfahrt im arabischen Golf

Kaum ist das Fregattenprogramm verabschiedet, schickt die westdeutsche Bourgeoisie schon ihr zukünftiges Offizierspack auf Erkundungsfahrt in die Gewässer und Gebiete, die sie mit Hilfe dieser Fregatten kontrollieren und erobern will. Das Schulschiff „Deutschland“ befindet sich zur Zeit auf einer Ausbildungsfahrt durch den Suezkanal in das Rote Meer und den arabischen Golf, wo die Häfen von Maskat, Sitz und militärische Festung des Sultans von Oman, und Bandar Abbas im Iran, gegenüber der strategisch wichtigen Straße von Hormuz, angelaufen wurden. Die Besatzung hatte Befehl, Zivilkleidung mitzunehmen. Offensichtlich war es noch unklar, ob der westdeutsche Imperialismus es würde wagen können, seine Offiziersschülerbande in Uniform auftreten zu lassen. Schließlich haben seine englischen und amerikanischen Konkurrenten die Kontrolle in Maskat und auf der Insel Masira vor der Küste. Getarnt wird das Ganze deshalb als Völkerverständigung und friedlicher Gedanken- und Kulturaustausch. Frech und groß heißt es auf dem Sonderstempel, mit dem die Schiffspost aus Maskat abgeht: „Schulschiff Deutschland grüßt aus Maskat“.

Im Oktober 1973 haben die westdeutschen Imperialisten in der „Wirtschaftswoche“ eine „nichtmarktwirtschaftliche Intervention“ zur Zerschlagung des „Arabertrusts“, am günstigsten in den wenig bevölkerten Gebieten Lybiens und der arabischen Halbinsel diskutiert. Inzwischen sind sie mit ihrem Kapital in Oman weiter eingedrungen und beteiligen sich jetzt direkt an der Plünderung der Bodenschätze und der Ausbeutung der billigen Arbeitskraft. Zur Niederhaltung der arabischen Völker und Sicherung und Ausweitung seines Anteils an der Beute strebt der westdeutsche Imperialismus nach eigenen militärischen Stützpunkten. Das Volk von Oman kämpft unter Führung der PFLO gegen den Imperialismus und seine Marionette, den Sultan, für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

„Bandendiebstahl“

Westberlin. Im Februar wurden zwei Westberliner Polizeibeamte des mittleren Dienstes zu hohen Haftstrafen verurteilt wegen „Bandenkriminalität“. Vorgeworfen wurde ihnen von der Staatsanwaltschaft „gemeinschaftlicher Diebstahl in 28 Fällen“. Während ihrer nächtlichen Streifenfahrten in der Innenstadt sollen sie entweder Geschäfte und Schaufenster ausgeräumt haben, die vorher bereits eingeschlagen wurden, oder selbst mit „Katapulten“ die Türen geöffnet haben.

Nach Bekanntwerden der Einbrüche wurde die gesamte Direktion City der Polizei aufgelöst, da offensichtlich ein großer Teil der Polizeibeamten mangelndes Interesse am Schutz des Eigentums von Geschäftsleuten gezeigt hatte. „Ein Schlüsselerlebnis sei für ihn 1972 auch gewesen, wie Beamte in Räuberzivil (Diensthose und zivile Jacke) vom inzwischen ebenfalls aufgelösten Revier 131 in der Kantstraße ganz ungeniert hinter die eingeschlagene Scheibe eines Discountgeschäftes gegriffen hätten“, zitiert der „Tagesspiegel“ einen der angeklagten Polizeibeamten.

Der damalige Innensenator und Oberpolizist Neubauer äußerte in einem Rundfunkinterview, „restlose Aufklärung sei im Interesse aller übrigen Polizisten notwendig, die pflichtbewußt ihren Dienst versehen“. Kein halbes Jahr später mußte er seinen Hut nehmen wegen Hinterziehung von 56 000 DM an Aufsichtsratstantiemen.

Auf einer Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees Westberlin wurde über eine Polizeibeamtin im mittleren Dienst berichtet, die in einem Kaufhaus geklaut hatte. Dabei wurde sie erwischt. Neben einem Strafverfahren, in dem die Polizeibeamtin zu einer Geldstrafe von 300 DM verurteilt wurde, wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Das wurde vorbereitet durch demütigende Verhöre durch den Abteilungsleiter. Seiner Gnade hätte sie es zu verdanken, wenn ihre Kollegen aus der Abteilung von der „Schande“ nichts erführen.

Die Unterdrückung soll mit Spaltung durchgesetzt werden. Zum Schluß sollte die Polizeibeamtin mit gebrochenem Kreuz voller Reue geloben, daß das Ganze ein einmaliger Ausrutscher war.

Damit sie das auch nachhaltig spürt, wurde sie in dem Disziplinarverfahren zu einer Kürzung des Gehalts um ein Siebtel für ein Jahr verurteilt. Das machte insgesamt ca. 3 000 DM aus, so viel, wie man z.B. braucht, um drei Jahresurlaube zu finanzieren. Um die Polizistin auch langfristig an ihre „Schande“ zu erinnern, wurde ihr im letzten Jahr, als die Raubzüge der Direktion City aufkamen, ein Lumpenjournalist vom „Stern“ auf den Hals gehetzt, dem sie ein Interview geben sollte, wie man sich als Polizeibeamter so fühlt, wenn man sich am bürgerlichen Eigentum vergreift. Sie hat es abgelehnt, sich mit diesem Typen überhaupt zu unterhalten. Die Polizeibeamtin hat sich das Kreuz nicht brechen lassen. Sie hat in ihrer Abteilung Unterschriften für einen Volksentscheid gegen den § 218 gesammelt. Elf Polizisten haben unterschrieben.

Daß sich der Polizeiapparat der Bourgeoisie zersetzt, ist erfreulich. Um ihn schließlich zu zerschlagen, muß die Arbeiterklasse für das Recht auf jederzeitige Kündigung der Polizisten und Zeitsoldaten eintreten. Anders wird sie die kleinen Polizeibeamten nicht gewinnen können. – (Bezirk Westberlin)

Deutschnationaler Militäraufmarsch in Göttingen.

Göttingen. Am Freitag führte die Bourgeoisie unter dem Motto: 20 Jahre Bundeswehr in Göttingen, 40 Jahre Zietenkaserne“ einen Militäraufmarsch im Göttinger Fußballstadion durch. Anlaß war das „feierliche Gelöbnis“ der Rekruten mit großem Zapfenstreich. Das SRK-Südniedersachsen hatte aufgerufen, dieser Kriegsvorbereitung der imperialistischen Bourgeoisie entgegenzutreten unter den Forderungen nach Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere, nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht.

Die Bourgeoisie ist gezwungen, ideologisch einen Schritt voran zu machen in der Kriegsvorbereitung. Das erste mal seit 15 Jahren führte sie einen solchen Aufmarsch in Göttingen durch. Entsprechend scharf reagierte sie auf die Angriffe, die das SRK organisierte: Sie versuchte mit Polizeigewalt, das Flugblatt des SRK zu beschlagnahmen, es wurde begründet mit dem auf dem Flugblatt abgedruckten Lied „Gegen die Geldsackrepublik“, in dem festgestellt wird, daß Leber noch nicht am Galgen hängt. Das sei Volksverhetzung. Die Kundgebung des SRK am Donnerstag wurde von der Polizei überfallen und vier Genossen verhaftet, am Freitag wurde erfolglos versucht, das Absingen des Liedes vor dem Stadion zu verhindern.

Im Zusammenschluß gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie und in der Unterstützung der Soldatenbewegung konnten Fortschritte gemacht werden. So haben mehrere Institutsgruppen der Universität eine Erklärung an die Soldaten unterzeichnet, in der es heißt: „Die Soldaten wollen Rechte, wollen politische und gewerkschaftliche Freiheiten. Das unterstützen wir als Studenten ohne jedes Wenn und Aber. Alle Soldaten sollen wissen, daß sie Unterstützung finden unter den Göttinger Studenten im Kampf gegen Kasernenunterdrückung, Hungersold und Schinderei durch Befehl und Geforsam, im Kampf für Lohnfortzahlung in der Armee, im Kampf für Kündigungsrecht für Zeitsoldaten. Schluß mit der Unterdrückung der Soldaten! Nieder mit der imperialistischen Armee!“

Diese Erklärung wurde am Samstag in der Zietenkaserne, wo Tag der offenen Tür ist, als Flugblatt an die Soldaten und an die Besucher verteilt. – (SRK Südniedersachsen)

„Durch die Höhe der Strafe von der Agitation gegen die Bundeswehr abbringen“

„Durch die Höhe der Strafe von der Agitation gegen die Bundeswehr abbringen“
Soltau. Am 15.8. verurteilte das Amts-

Soltau. Am 15.8. verurteilte das Amtsgericht Soltau den Schützen der Reserve Reimer zu drei Monaten und zwei Wochen Freiheitsstrafe zur Bewährung auf zwei Jahre und zu 800 DM Geldbuße. Er habe dem Spieß bei einer Durchsuchung seines Spindes durch die Staatsanwaltschaft während seiner Wehrdienstzeit in Munster sein Geld nicht vorgezählt, er habe in den Pausen auf dem Bett gelegen und soll einem Fahnenjunker Schläge angedroht haben, als der ihm die Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Munster abnehmen wollte.

Während des Prozesses verwickelten sich die Zeugen der Anklage derart in Widersprüche, daß die ganze Anklage zusammenbrach. Das Gericht mußte im Punkt „Schlafen in den Pausen“ auf Freispruch erkennen. Durch von der Verteidigung benannte Zeugen wurde dargelegt, daß die „Verbrechen“ des Schützen Reimer, der Widerstand gegen die bürgerliche Armee, täglich vorkommen und daß die Bundeswehr durch Befehl und Bestrafung kriegsfähig gemacht werden soll. Der Staatsanwalt bestätigte dann auch: Befehl und Gehorsam müßten durchgesetzt werden, nur so funktioniere die Armee. In erster Linie gehe es gar nicht um die konkreten Vorfälle: Der Angeklagte habe sich während seiner Bundeswehrzeit mit seinem Verhalten immer am „Rande der Gesetze“ bewegt. Außerdem habe man gegen ihn wegen Wehrkraftzersetzung ermittelt. Er solle durch die Höhe der Strafe – der Staatsanwalt beantragte 2 400 DM Geldstrafe – von seiner Agitation gegen die Bundeswehr abgebracht werden.

„Idealverpflegung“

Bremen. „Leistungsgerecht soll das Essen für die Soldaten der Bundeswehr sein. Durchschnittlich 2 800 bis 3 400 Kalorien – je nach Art des Einsatzes – kommen auf den Teller. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen haben Ernährungsphysiologen die Idealverpflegung, in der alle notwendigen Stoffe enthalten sind, zusammengestellt. Richtlinien für die Köche geben Hilfestellung, daß der Soldat für einen Satz von 4,50 DM täglich nicht nur satt wird, sondern auch abwechslungsreiche und schmackhafte Kost erhält.“ (Zitat aus „Bundeswehr aktuell“)

Wie sieht es in Küche A zum Beispiel aus? Ein bis zwei Mal die Woche gibt es gutes Mittagessen, sonst gibt es als Fleischgericht eine (!) Frikadelle, Kartoffelsalat mit einer (!) winzigen Brühwurst oder irgendeine dünne Suppe. Seit neuestem sogar wieder Epa's. Das Abendbrot wird in der letzten Zeit auch zunehmend schlechter, sogar schimmeliger Käse war dabei. Der Hammer war die aufgequollene Nudelpampe letzten Dienstagabend (Gerüchten zufolge soll sich diese Pampe immer noch nicht von einigen Tellern gelöst haben). Und 2 800 bis 3 400 Kalorien: Kein Wunder, wenn die Salate zum Abendbrot und der Kartoffelsalat überwiegend aus Mayonnaise bestehen.

Italien: Wo Schiffe sind, sind auch Schulden

Westdeutsche Imperialisten wollen an Süditalien als Arbeitskräfte- und Rohstoffquelle

Am letzten Freitag wollte Schmidt den italienischen Ministerpräsidenten Andreotti in Verona treffen. Durch die Empörung über die sauber eingefädelte „Flucht" des SS-Mörders Kappler aus Rom hat sich Andreotti gezwungen gesehen, das Treffen auf einen „geeigneten Termin" zu verschieben.

Vor allem „wirtschaftspolitische Probleme" hat Schmidt mit Andreotti besprechen wollen. Pünktlich eine Woche vorher sind vier Fregatten der Bundesmarine in den Hafen von Neapel eingelaufen, um die italienische Finanzbourgeoisie an die Rolle zu erinnern, mit der sie den „Besprechungen" entgegenzusehen hat: die Rolle des Schuldners und unterlegenen Konkurrenten. „... ist eine solche Reise eine willkommene Gelegenheit, den unterwegs den Einsatz mal unter anderen Bedingungen zu üben", hat der ZDF-Korrespondent den Flottenbesuch kommentiert.

Schon immer haben die deutschen Imperialisten Italien als ihr Sprungbrett nach Afrika betrachtet, sei es als Hegemonialmacht im Bündnis mit den italienischen Imperialisten, sei es gewaltsam. Kapplers Haft in Rom erinnerte daran, daß im 2. Weltkrieg beides am Widerstandskampf der italienischen Arbeiter und Bauern gescheitert ist. Seit Jahren haben sich die BRD-Imperialisten darum bemüht, den Mann freizukriegen. Keine der bürgerlichen Regierungen Italiens hat sich leisten können, dem nachzugeben. So ist die Freilassung jetzt in Form der „Flucht" arrangiert worden. Die Frau Kappler hat dabei für die Öffentlichkeit die Hauptrolle übernommen, damit sie die beiden imperialistischen Regierungen nicht selbst zu spielen brauchen. Also gibt sich Andreotti jetzt antifaschistisch, verlangt Auslieferung, wohlwissend, daß die Bundesregierung daran nicht im Traum denkt. Die westdeutschen Imperialisten nutzen die Gelegenheit, frech aufzutrumpfen: Der FDP-Abgeordnete Möllemann hat sich „prompt" „für Kappler eingesetzt". (FAZ, 17.8.) Die Staatsanwaltschaft zu Lüneburg verkündet, daß eigentlich gegen den Geiselmörder „nichts vorliegt".

Die „Empörung" der italienischen Regierung kümmert die westdeutschen Imperialisten wenig. Sie wissen, daß nicht Liebe Andreotti zu den „Besprechungen" treibt, sondern Schulden. Die fast 20 Mrd. DM betragende Verschuldung des italienischen Staates, vor allem an den Internationalen Währungsfonds, die westdeutsche Bundesbank und die EG, haben die stärkeren Imperialisten genutzt, um den italienischen Imperialisten ein „Sanierungsprogramm" nach ihren Interessen aufzuzwingen. In der „Absichtserklärung" des italienischen Finanzministers an den Präsidenten des IWF wurden die Bedingungen festgeschrieben. In dem zwischen den bürgerlichen Parteien von den Christdemokraten bis zu den Revisionisten kürzlich vereinbarten gemeinsamen Programm sind diese Bedingungen enthalten.

Jetzt wollen die US- und die BRD-Imperialisten die Früchte ernten, noch stärker in die italienische Wirtschaft eindringen und die italienischen Konkurrenten schlagen.

Vor zwei Wochen hat das italienische Schatzministerium einen Kredit aus dem Jahre 1974 von 2 Milliarden DM an den IWF zurückgezahlt. Und wovon? Aus Krediten, die die italienischen Geschäftsbanken im Ausland aufgenommen haben. Seit Jahresbeginn ist die Verschuldung der Banken gegenüber dem Ausland von 1 Mrd. DM auf gut 20 Mrd. DM gestiegen. Die anderen Imperialisten dringen über den Kredit ins Zentrum des italienischen Finanzkapitals ein, die größtenteils staatlichen, eng mit dem privaten Monopolkapital verflochtenen Großbanken. Durch Unterdrückung und Spaltung der italienischen Arbeiterbewegung mit Hilfe der großen Koalition der bürgerlichen Parteien sollen die Bedingungen für profitable Anlage ausländischen Kapitals in Italien wiederhergestellt werden.

Am 28. Juli hat Andreotti in Washington mit führenden Vertretern der amerikanischen Großbanken verhandelt. In einem Interview teilt Vagliano, Vizepräsident des Morgan Guaranty Trust, mit: „Die Frage der Produktivität ist außerordentlich wichtig für die Direktinvestitionen im Ausland, und unter diesem Gesichtspunkt haben wir eine gewisse Ermutigung erfahren." (il Mondo, 10.8.)

Die westeuropäischen Imperialisten mit der BRD an der Spitze wollen als nächstes mit der italienischen Konkurrenz auf dem Stahlmarkt aufräumen. Kräftig haben die italienischen Imperialisten in den letzten Jahren ihre Stahlproduktion steigern und dabei sogar die Frankreichs überflügeln können. Mit Staatszuschüssen und -garantien haben sie dem größten italienischen Stahlkonzern Finsider erleichtert, mit billigem Stahl auf dem Weltmarkt aufzutreten. Finsider gehört zum staatlichen IRI, dem fünftgrößten Konzern Westeuropas. Bei 5,8 Mrd. DM Jahresumsatz hat es die Finsider auf diese Weise auf eine Verschuldung von über 9 Mrd. DM gebracht. Wie auch die anderen Staatsmonopole hat die Finsider in den letzten Jahren eine Reihe von Betrieben im Süden des Landes errichtet, so z.B. in Bagnoli bei Neapel. Den Druck der riesigen industriellen Reservearmee aus ruinierten Bauern und entlassenen Landarbeitern nutzend, beuten sie die Arbeiter dort zu Hungerlöhnen aus. Zugleich ermöglicht die Auftragsvergabe für die Errichtung der Werke, das Bündnis der industriellen Bourgeoisie mit der Mafia zwecks gemeinsamer Unterdrückung der Volksmassen im Süden zu schmieren.

Seit Jahren ist geplant, ein fünftes Stahlwerk in Gioia Tauro in Kalabrien zu errichten. Der Hafen dazu ist schon im Bau. Jetzt hat der zuständige EG-Kommissar Davignon der italienischen Regierung mitgeteilt, daß das Stahlwerk nicht gebaut werden darf. Höchstens wäre daran zu denken, das bereits bestehende Werk in Bagnoli stillzulegen und *stattdessen* in Gioia Tauro zu bauen.

Mit dem Programm zur Entwicklung der Stahlindustrie in der EG wollen vor allem die westdeutschen und die französischen Imperialisten verhindern, daß ihre italienischen Konkurrenten weiter auf dem Stahlmarkt vordringen. Davignon kündigt schon Zwangsmaßnahmen an: „Wir sind .. bereit, die nationalen Maßnahmen zu annullieren, die nicht mit unserem Plan übereinstimmen. Für Stahl verfügt die EG-Kommission über Befugnisse aus dem Vertrag über die EGKS (Montanunion). Wir sind gewillt, die Befugnisse voll auszuschöpfen." (il Mondo, 20.7.)

Die italienische Regierung hat sich vorerst fügen müssen. Die Reformisten, die die italienischen Arbeiter und Bauern seit Jahren mit „Investitionen im Süden" zu spalten versuchen, schäumen, daß aus ihrem „Entwicklungspol" nichts wird. Dabei kümmert es den führenden Sozialisten Mancini nicht, wenn die Mafia an den bisherigen Hafenbauten für 120 Millionen DM kräftig verdient hat: „Die Mafia profitiert von der Situation, aber sind wir sicher, daß sie das fünfte Zentrum wirklich will?" Tatsache ist, daß die kapitalistische „Industrialisierung des Südens" nur die Vertreibung der Bauern vom Land beschleunigt und das Arbeitslosenheer vergrößert hat. Etwa ein Drittel der italienischen Bevölkerung lebt im Süden, der Anteil der industriellen Investitionen dort ist von 1961 bis 1973 von 18 % auf 42 % gestiegen, der Anteil an den Industriearbeitern in der gleichen Zeit von 24 auf 22 % gefallen.

Die italienische Bourgeoisie hat Süditalien seit eh und je als Quelle billiger Arbeitskraft und billiger Roh- und Grundstoffe behandelt. Ihre Konkurrenten wollen jetzt selbst an diese Profitquelle ran. Die Verschuldung der italienischen Bourgeoisie soll ihnen den Zugang öffnen. Zur Unterstreichung ihrer Absichten läßt die Bundesregierung Fregatten in Neapel einlaufen. Die westdeutsche Arbeiterklasse und die italienische Arbeiterklasse können sich nicht zum Spielball in der imperialistischen Konkurrenz machen lassen. – (N-Red.)

Sozialimperialisten auf dem Balkan

Kriegsvorbereitungen und Räubereien an alten Jagdgründen

Die Länder im Südosten Europas und auf dem Balkan haben, seit der Kapitalismus in die Ära des Imperialismus eingetreten ist, zu den Hauptobjekten imperialistischer Aggressionen gehört, vor allem im Vorfeld der Weltkriege, bevor die großen imperialistischen Mächte direkt aufeinandertrafen. Schon lange vor dem Ersten Weltkrieg wurde daher der Balkan als das „Pulverfaß Europas" bezeichnet. Die Türkei bezeichneten die Imperialisten als „kranken Mann am Bosporus", und daran knüpften sich ihre wilden Hoffnungen, dieses Land vollkommen zerstückeln und sich einverleiben zu können.

Vor allem für die alten russischen Zaren hatte der Griff nach den türkischen Meerengen und nach dem Balkan große strategische Bedeutung für ihre Kriegsvorbereitungen. Nicht anders verhält es sich mit den heutigen neuen Zaren.

Bulgarien

Die heutigen neuen Zaren sind insofern in einer günstigeren Lage, als auch die Kommunistische Partei Bulgariens die Farbe gewechselt hat und heute ein fester Stützpunkt der Sozialimperialisten auf dem Balkan ist. Kein Land des RGW ist in seiner Ökonomie so vollständig auf die Interessen der Sowjetunion ausgerichtet wie Bulgarien. Bulgarien tauscht mit der UdSSR Waren in höherem Wert aus als die CSSR, die ein relativ hochentwickeltes Industrieland ist. Bis 1980 soll der Warenaustausch mit der UdSSR um weitere 180 % auf 25 Milliarden Rubel gesteigert werden. Beim kürzlichen Besuch Schiwkoffs in der UdSSR wurde sogar ein „Generalschema" für die Spezialisierung und Kooperation im Bereich der materiellen Produktion bis zu 1990 ausgehandelt. Schiwkoff erhielt für dieses letzte Verbrechen den Titel „Held der Sowjetunion".

Was die „Spezialisierung und Kooperation" für Bulgarien bedeutet, kann man an einem Beispiel verdeutlichen: Bulgarien muß für sprunghaft ansteigende Kosten drei Viertel seines Energiebedarfs aus der Sowjetunion beziehen. Dabei verfügt Bulgarien über reichhaltige Kohlelager in und um Dobreaga, deren Abbau jedoch liegen bleibt. Dasselbe gilt für verschiedene Nichteisenmetalle, über die Bulgarien selbst verfügt, die es jedoch aus der Sowjetunion beziehen muß. Die offizielle Sprachregelung dazu lautet, daß „nur begrenzte Anwendungsmöglichkeiten des Integrationsprogramms auf den Bergbau und die Schmelzindustrie Bulgariens bestehe".

Für die Energie und andere Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion muß Bulgarien einen Großteil seiner nationalen Produktion in die Sowjetunion verschicken oder große Kolonnen von Arbeitern und Spezialisten, die auf Kosten der bulgarischen Regierung das sowjetische Pipeline-System weiter ausbauen helfen. (Nach: Klassenkampf, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs, 18.8.77) Für die Volksmassen Bulgariens haben sich infolge dieser Abhängigkeit die Preise für elementare Gebrauchsgüter – nach Schätzungen der albanischen Nachrichtenagentur A.T.A. (30.5.77) – um das Zwei- bis Dreifache gesteigert.

Griechenland

Schweren Erpressungen durch die neuen Zaren ist Griechenland ausgeliefert. Sie haben für ihre Mittelmeerflotte, die „Eskadra", unmittelbar außerhalb der griechischen 8-Meilen-Zone vor der Insel Kythera einen schwimmenden Stützpunkt errichtet. Im August hat der sowjetische Botschafter in Athen, Uldatsow, die griechische Regierung direkt gewarnt, ihre Küstengewässer auszudehnen, da dies „als feindliches Vorgehen gegen die Sowjetunion verstanden werden" müßte. Dagegen klatschte die sozialimperialistische Presse der Ausfahrt eines türkischen Schiffs, das in dem von Griechenland beanspruchten Ägäis-Festlandssockel nach Öl bohrte, Beifall und erklärte dieses Vorgehen für „nicht illegal". Auf diese Weise versuchte sie, die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Regierungen der beiden Länder anzuheizen, um noch bessere Gelegenheit zur Einmischung zu bekommen. (Nach „Laiki Agones", Zentralorgan der Revolutionären Kommunistischen Bewegung Griechenlands EKKE, in: Klassenkampf, 21.7.77)

Türkei

Der Flottenaufmarsch der beiden Supermächte im Mittelmeer hat sich in den letzten Wochen und Monaten noch weiter verstärkt. Nachdem die USA im Mai 15 Schiffe zur Verstärkung ihrer 5. Flotte ins Mittelmeer entsandten, zogen die Sozialimperialisten sogleich mit der Entsendung von mehreren Raketenkreuzern, Kanonenbooten und Landungsschiffen nach, zuletzt am 4. August. Ihre Gesamtflotte im Mittelmeer muß sich danach auf weit über 70 Schiffe belaufen.

Man versteht, warum die Sozialimperialisten alles daran setzen, um sich mit viel offenen und versteckten Drohungen, mit Geld und guten Worten die Regierung der Türkei unbedingt gefügig zu machen und die Wirtschaft dieses Landes in immer weiter gehende Abhängigkeit zu bringen. Herrschaft über die Türkei bedeutet nicht nur Herrschaft über ein großes Land, sondern auch über die türkischen Meerengen. Wir haben über diese systematischen Bemühungen der Sozialimperialisten, die Türkei unter ihren Stiefel zu bekommen, schon mehrfach berichtet.

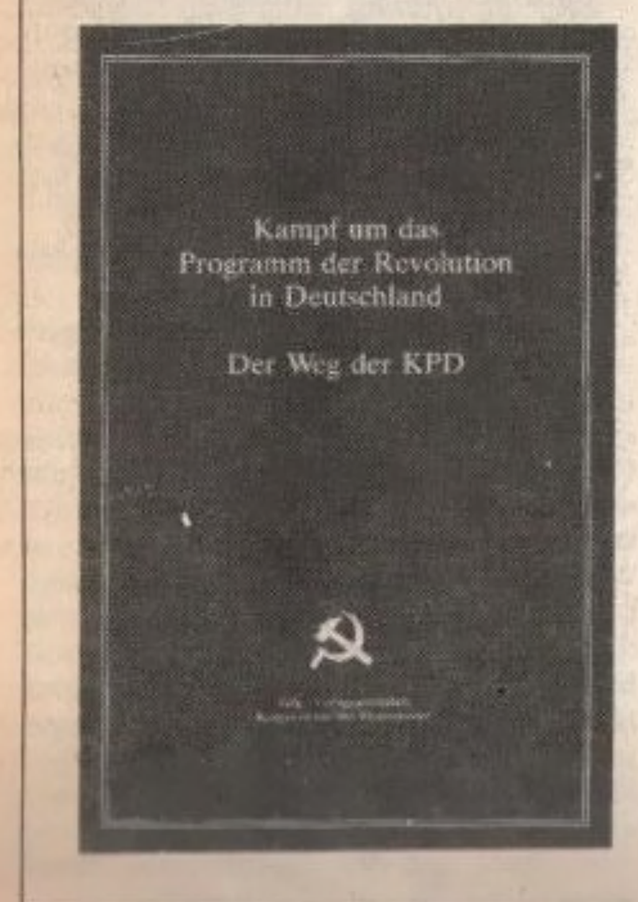
Die Sozialimperialisten sind gegenwärtig dabei, sich zum größten Gläubiger der Türkei aufzuschwingen, nachdem erst kürzlich ein neues „Abkommen über wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit" geschlossen wurde, das einen Kreditrahmen für die türkische Kompradorenbourgeoisie in Höhe von mehreren Milliarden Dollar eröffnet. Teilweise gehen die Sozialimperialisten daran, die führenden Familien dieser Kompradorenbourgeoisie, mit deren Hilfe der Imperialismus das Land seit jeher ausblutet und verkauft, zu ihren direkten Geschäftspartnern zu machen. So die Familie Koc, der größte Kompradorenclan des Landes, der mit russischen Krediten eine Traktorenproduktion aufzieht, so die Familie Biraderler, die im Maschinenbau Geschäftspartner ist, und andere.

Praktisch haben die Sozialimperialisten diesen Kompradoren Kredite in solcher Höhe ausgeschüttet, daß sie sogar bei intensiver Ausplünderung des Landes nicht zurückgezahlt werden können – sondern der türkischen Bourgeoisie als goldene Kette um den Hals gelegt ist, damit sie den neuen Zaren zu Willen ist. Für die Arbeiter und Bauern der Türkei ist das ein Strick mehr, womit sie gewürgt und gefesselt werden. Für den Ausbau des Stahlwerks von Iskenderun, wofür die Sozialimperialisten veraltete Maschinen mit einer Technologie, die Vorkriegsniveau darstellt, für 1,2 Milliarden Dollar liefern, ist ein Großteil der Tabakernte der türkischen Bauern, die ihnen von den Großgrundbesitzern zu einem Spottpreis abgenommen wird, verpfändet worden. Der Rest ist in bar fällig. Gerechnet wird zum Goldpreis – der ständig steigt, was den Sozialimperialisten allein schon Millionen und Millionen extra bringt, ohne daß sie dafür einen Finger rühren. Und gefüttert werden müssen die veralteten, teuren Hochöfen von Iskenderun mit einer Kokskohle, die die Türkei nicht herstellen kann – sondern aus der Sowjetunion kaufen muß. (Nach Aydinlik, März 1977)

Die Sozialimperialisten glauben auf dem Balkan schon frech als die künftigen Herren auftreten zu können. Als der jugoslawische Staatspräsident Tito jetzt, auf dem Weg in die Koreanische Volksdemokratische Republik und in die Volksrepublik China, in der Sowjetunion war, „vergaß" Breschnew, die vor Jahren gegebenen Garantien für die nationale Integrität Jugoslawiens in seiner Rede zu erwähnen. Bei seinem Besuch in Belgrad im letzten Jahr war er noch unverschämter aufgetreten: dort hatte er in seiner Ansprache grinsend versichert, daß westliche Pressemeldungen nicht zuträfen, wonach die Sowjetunion als Wolf Jugoslawien wie Rotkäppchen verspeisen wolle.

Die Völker des Balkan haben eine lange, tapfere und erfolgreiche Tradition des Kampfes gegen imperialistische Unterdrückung und faschistische Herrschaft. Zwischen der sozialistischen UdSSR, die sie in diesem Kampf unterstützt hat, und den neuen Zaren, die das Werk der alten Zaren fortsetzen wollen, wissen sie zu unterscheiden. – (Z-Red.)

Neuerscheinung



Kampf um das Programm
der Revolution in Deutschland
Der Weg der KPD

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist eine ruhmvolle Geschichte, eine Geschichte großer Klassenkämpfe, aber sie ist auch eine Geschichte schwerer Niederlagen. Für das Verständnis dieser Geschichte ist es unumgänglich, nach den Ursachen der Niederlagen zu forschen. Längst sind die Bedingungen gereift, die gebieterisch die Beseitigung der bürgerlichen Eigentumsordnung verlangen – wo anders sollten da die Ursachen der Niederlagen zu suchen sein als in der Politik der Partei der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei.

Sozialimperialistische Entartung der SPD : Gründung der USPD : Spartakusbund : Gründung der KPD : Die KPD im Aufschwung des Klassenkampfes : Entwicklung zur Massenpartei : Kampf um die Taktik : Einheitsfront oder „Offensivphilosophie"? : Vereinigung mit der USPD (Linke) : Die Zeit des strategischen Gleichgewichts : Die Bourgeoisie geht zum Generalangriff über : Kurs der Partei nach rechts.

dies sind die Themen und Stationen, die das Buch behandelt. Die Untersuchung stützt sich auf das Studium sämtlicher Protokolle der Parteitage, der Schriften der Führer der KPD und weiterer historischer Quellen. Die Dokumente sind ausführlich zitiert und dadurch dem Leser selbst zugänglich. Wesentliche Erklärungen der KPD sind im Anhang vollständig wiedergegeben.

Dokumentenanhang, Bibliographie, Daten zur Geschichte der KPD

284 Seiten und 16 Bildseiten Best.Nr.: 0125 DM 9,20

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 119 151, 6000 Frankfurt 2

Kommunismus und Klassenkampf
Nr. 8, August 1977
Aus dem Inhalt:

Imperialistische Interessen und Komplotte im Nahen Osten gegen den Kampf des palästinensischen Volkes

Schlecht und recht versuchen die BRD-Imperialisten ein Weltimperium zusammenzuschustern – „Freihandelszonen" und „Industrieansiedlungen" in Südostasien

Soweto markiert ein neues Stadium im Befreiungskampf des Volkes von Azania – Gespräch mit dem Genossen Gqobose, ZK-Mitglied des Pan Africanist Congress

Die Programmdebatte der Marxisten-Leninisten in den USA

Lohnschicksal bedeutet im Kapitalismus Lebensschicksal – Untersuchung der Lohnzettel eines Stahlarbeiters 1964 bis 1977

Rentenkürzung im öffentlichen Dienst – freies Feld für den Fortgang der Rentenkürzungsreform

Bemerkungen zur Politik der KPD nach 1945

Polemik und Dokumentation
zu Joachim C. Fest
„Hitler –
eine Karriere"

„Sie haben Europa in ein Völkergefängnis verwandelt. Und das nennen sie die ‚Neuordnung Europas'... Ihre Namen sind Zehntausenden von gequälten Menschen bekannt. Diese Henker sollen wissen, daß sie der Verantwortung für ihre Verbrechen nicht entgehen und der strafenden Hand der Völker nicht entrinnen werden." (J.W. Stalin, 6. November 1942)

Großformatig, mit historischen Dokumenten, Bildern sowie dem vollständigen Filmtext und vergleichenden Textauszügen aus dem gleichnamigen „Bildband zum großen Dokumentarfilm"



48 Seiten Best.Nr. 0120 2,60 DM

Die Meerengen werden für die Imperialisten gesperrt



Tankerverkehr durch die Meerengen

	Tonnen Erdöl pro Tag 1971	1975
Straße von Dover		
(Großbritannien / Frankreich)	1 129 000	1 848 600
Straße von Gibraltar		
(Spanien / Marokko)		
1. via USA	10 000	43 000
2. via Südamerika	36 400	100 000
	46 400	143 000
Straße von Messina		
(Italien)	40 000	205 700
Ostseeausgänge		
(Dänemark / Schweden)	114 000	100 000
Straße von Hormuz		
(Iran / Oman)		
1. via Südostasien	85 500	243 000
2. via Japan	565 000	745 000
3. via USA	20 000	26 000
4. via Südamerika	65 600	327 000
5. via Australien	42 800	42 800
6. via Südafrika	60 000	85 600
7. via Europa	990 000	1 613 000
	1 828 900	3 082 400
Straße von Malakka		
(Malaysia / Indonesien)		
1. via Südostasien	85 400	243 000
2. via Japan	565 000	745 000
3. via USA	20 000	26 000
4. via Südamerika	5 600	8 500
	676 000	1 022 500
Straße von Selat		
(Indonesien)	10 000	10 000
Seewege durch die Philippinen	133 400	240 000
Seewege durch die Karibische See, die Bahamas und die kleinen Antillen		
1. via USA	384 000	493 000
2. via Europa	35 700	62 700
3. via Südamerika	11 000	11 000
	430 700	566 700

Quelle: Bernhardt, Rudolf (Hrsg.), Die Schiffahrtsfreiheit im gegenwärtigen Völkerrecht, 1975

Seit 1973 zieht sich die III. UNO-Seerechtskonferenz schon hin, ohne daß sie bisher einen Abschluß gefunden hätte oder auch nur ein Entwurf für einen neuen Vertrag, der die Vereinbarungen der Konferenzen von 1958 und 1960 ersetzt, vorliegen würde. Der Grund dafür liegt in den scharfen Gegensätzen, die auf dieser Konferenz aufeinandertreffen. Die imperialistischen Mächte brauchen die ungehinderte „Freiheit der Meere", um ihre Handels- und Kriegsflotte in alle Ecken der Welt zu schicken. Die Länder der Dritten Welt wollen die Bewegungsfreiheit der imperialistischen Flotten einschränken und sie wenigsten im Umkreis ihrer Küsten unter Kontrolle bekommen.

Einer der wesentlichen Punkte ist der Kampf um die Kontrolle der Meerengen, die zwei Meere miteinander verbinden. Ein Blick auf die nebenstehende Karte zeigt die Bedeutung dieses Kampfes. Eingezeichnet sind die Handelsströme für Mineralöl und für Eisenerz, basierend auf dem Stand von 1970 (also vor Wiedereröffnung des Suez-Kanals). Eine der wichtigsten Straßen ist die Malakka-Straße. Die Meerengen dieses Gebietes sind wichtig für den Transport der im Nahen Osten und Afrika zusammengeraubten Rohstoffe nach Japan und in die USA, wie sie in umgekehrter Richtung ein Nadelöhr für den Warenexport dieser beiden imperialistischen Länder und für die Kriegsflotte der USA bilden. Malaysia und Indonesien haben die Malakka- und Sunda-Straße für Tanker gesperrt. Januar 1975 war ein japanischer Großtanker in der nur 12 Meter tiefen Malakka-Straße auf Grund gelaufen und hatte die ganze Umgebung versaucht. Jammernd rechnen die Imperialisten vor, daß ihnen der Umweg durch die südlich gelegenen Bali-Straße 38 Stunden und 80 000 DM pro Fahrt koste. Erlangen die Länder der Dritten Welt die Kontrolle über die Meerengen vor ihrer Küste, so wird das profitwütige Abenteurertum der Imperialisten noch weiter eingeschränkt werden.

Obwohl die abgedruckte Karte nur zwei wichtige Rohstoffe zeigt, läßt sie – mit Ausnahme der Straße von Bab al Mandab vor dem „Horn von Afrika" wegen des damals gesperrten Suez-Kanals – alle wichtigen Seengen erkennen. 1958 konnten die imperialistischen Mächte in der Genfer Konvention folgende Regelung durchsetzen: „Die friedliche Durchfahrt fremder Schiffe durch Meerengen...darf nicht untersagt werden." Damit war den imperialistischen Handels- und Kriegsschiffen das Recht zugesprochen, jederzeit nach ihrem Belieben durch die Meerengen aller Weltmeere zu kreuzen. Nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft haben die Länder der Dritten Welt den Kampf aufgenommen, die Einschränkung ihrer Souveränität durch die Meerengenregelung zu beseitigen. Hauptgegner in diesem Kampf sind die beiden Supermächte. Sie rivalisieren um die Weltherrschaft, ihre Flotten sind die größten. Die Sowjetunion hat im Dezember 1970 in der UNO überhaupt gegen eine Neuregelung des Seerechts gestimmt. Nachdem damit nicht durchzukommen war, einigte sie sich mit den USA darauf, daß eine Neuregelung zu treffen sei, die noch über die von Genf hinausging. 1972 legten beide Supermächte bis in den Wortlaut hinein aufeinander abgestimmte Vertragsentwürfe vor. Die Garantie der „friedlichen Durchfahrt" ist darin ersetzt durch die „freie Durchfahrt". Der Vorschlag der UdSSR unterschied sich von dem der USA lediglich dadurch, daß er die Aufhebung des Vertrages, nach dem die Sowjetunion die Durchfahrt ihrer Kriegsschiffe durch die Dardanellen der Türkei anzeigen muß, beinhaltete. Ein alter Traum der russischen Zaren – ungehinderter Zugang zum Mittelmeer – schien so näher rücken. Mit solchen Vorschlägen ist jedoch für die beiden Supermächte kein Durchkommen mehr. Auf der Sitzung der Seerechtskonferenz 1974 lehnte die große Mehrheit der beteiligten Staaten solches Ansinnen ab. Die Länder der Dritten Welt sprachen sich gegen ein Durchfahrtrecht für Kriegsschiffe aus. Frech erklärten die USA die Mobilität ihrer Streitkräfte zu Wasser und in der Luft zu ihrem unveräußerlichen Recht, und die UdSSR verstieg sich zu der Behauptung, die Freiheit der Militärschifffahrt sei ein Prinzip des geltenden Völkerrechts. Wie sollte das Völkerrecht den Imperialisten garantieren, daß sie jederzeit in jeden Winkel der Erde ihren Militärstiefel setzen können? Die Versuche der USA und UdSSR, die „Freiheit der Meere" für ihre Kanonenboote über die Zeit zu retten, sind hoffnungslos zum Scheitern verurteilt. Die Seerechtskonferenz zeigt es. – (Z-Red)

Hundert Jahre Kampf der Imperialisten um Unterwerfung der Völker am Horn von Afrika

„In der Auseinandersetzung um die äthiopische Ostprovinz Ogaden hat Somalia gedroht, mit regulären Truppen einzumarschieren, falls sich kubanische oder andere ausländische Streitkräfte in den Krieg einmischen ... Unterdessen verstärkt Äthiopien seine Streitkräfte. Rund 135 000 stehen entlang den Grenzen zu Somalia und Eritrea schon in den sogenannten Volksmilizen unter Waffen ..." So die Nachricht des Zweiten Deutschen Fernsehens in der vergangenen Woche. „Noch immer behauptet die Zentralregierung in Addis Abeba, Äthiopien führe nur einen Verteidigungskrieg innerhalb seiner eigenen Grenze", meldet der Korrespondent bedauernd das Ausbleiben von Kriegserklärungen und des Aufeinanderlosschlagens der Völker im Osten Afrikas.

Während die westdeutschen Imperialisten unter der Hand ihr Interesse an Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen den afrikanischen Staaten verbreiten lassen, sind sie in ihrer politischen Stellungnahme zurückhaltend.

„Die Zeit", imperialistisches Wochenblatt aus Hamburg, fragt heuchlerisch: „Zieht Saudi-Arabien den Westen in ein riskantes Abenteuer?", und stellt „die arabischen Ölscheichs" mit „ihren Petrodollars" als Kriegstreiber am Horn von Afrika vor: „Erst am 13. Juli ließ dann der saudi-arabische Herrscher den wankelmütigen Präsidenten aus der somalischen Provinz nach Riad bitten, um ihn . . .vor die bittere Wahl zu stellen: ‚Jetzt oder nie seine arabische Seele zu retten'" (Die Zeit am 5. August).

Was die Imperialisten als „arabischen Großmachtchauvinismus" vorzustellen versuchen, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ihre Konterrevolution gegen den revolutionären Befreiungskampf und eine neuerliche drastische Verschärfung ihrer Konkurrenz untereinander um Einfluß und Stützpunkte in einem der bevölkerungsreichsten und fruchtbarsten Gebiete Afrikas, das zugleich für die Kontrolle des Zugangs zum Roten Meer und der Suez-Durchfahrt und die Beherrschung des Indischen Ozeans für die Imperialisten von strategischer Bedeutung ist.

Entsprechend haben die Auseinandersetzungen zwischen den Imperialisten und ihre Versuche, die Völker dieses Gebiets ihren Interessen zu unterwerfen, eine Geschichte, die so alt wie der Kampf der Imperialisten um die Aufteilung der Welt ist:

– *1882* setzten sich die italienischen Bourgeois im Norden bei Massawa fest und erhoben den Anspruch, das in seiner geschichtlichen Bildung bis auf Jahrhunderte vor Christus und die Zeiten Salomons kulturell und in seiner politischen Entwicklung zurückreichende unabhängige Äthiopien als Protektorat in Besitz zu nehmen. *1896* bezahlten sie dies kolonialistische Abenteuer mit einer vernichtenden Niederlage, mußten die Unabhängigkeit Äthiopiens anerkennen und sich auf „Italienisch-Eritrea" zurückziehen.

– *1935* in Vorbereitung der zweiten militärischen Auseinandersetzung zwischen den Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt und die Weltherrschaft unternahmen die italienischen Imperialisten mit Rückendeckung des deutschen Imperialismus einen erneuten Vorstoß.

– *1941* jagten die Truppen des britischen Imperialismus das Gebiet den italienischen Bourgeois ab. Sie waren gezwungen, die staatliche Unabhängigkeit und Souveränität Äthiopiens anzuerkennen, und versuchten sich schadlos zu halten und ihre imperialistischen Interessen zu verfolgen über die Besetzung von Eritrea und Somalia.

– *1950* einigten sich die Imperialisten darauf, Italien sein altes Kolonialgebiet „Italienisch-Somaliland" wieder unter dem Deckmantel „Treuhandgebiet" zurückzugeben, so daß wie bereits vor dem 1. Weltkrieg Somalia aufgeteilt wurde in „Britisch-Somaliland" und „Italienisch-Somaliland".

– Seit *1943* setzen sich die US-Imperialisten in Äthiopien fest und versuchen es auf neokolonialistische Weise in ihre Bastion zu verwandeln. *1953* ließen sie sich von der im Lande unter Führung des Kaisers Haile Selassie herrschenden Feudalherrenklasse Rechte auf Militärstützpunkte bestätigen, kontrollierten den monarchistischen Herrschaftsapparat und seine Armee über 300 Militärberater, und unterhielten im Lande 10 000 Mann amerikanische Truppen.

– Unter Ausnutzung der feudalen Macht- und Besitzverhältnisse verschafften sich die Imperialisten den Zugang zu der Ausbeutung der Bauern und der landwirtschaftlichen Reichtümer des Landes. Die mit 70 % US-Kapital gegründete „Ethopian-American Coffee Company" z.B. brachte den mit 60 % am Exporterlös beteiligten wichtigsten Exportartikel Kaffee unter ihre Kontrolle.

– Erneut verschärfte sich der Kampf zwischen den Imperialisten um das Horn von Afrika nach dem Farbwechsel der Sowjetunion mit dem Machtantritt des Chruschtschow-Revisionismus. Im Gewande des „Freundes" der um Unabhängigkeit kämpfenden Völker suchten die Sozialimperialisten Fuß zu fassen und versuchten die *1964* nach der *1960* erreichten Unabhängigkeit Somalias aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Grenzfeststellung zwischen Somalia und Äthiopien zu benutzen, um sich in Somalia eine Basis gegenüber den US-Imperialisten und zur Unterstützung ihrer Flottenpolitik zu verschaffen. Über Waffen- und Militärkredite erpreßten sie sich *1972* durch ein Militärabkommen schließlich die Benutzung des Hafens von Berbera als Stützpunkt für ihre Flottenpräsenz im Indischen Ozean und am Eingang des Roten Meeres.

– Die Konkurrenz zwischen den Imperialisten um Kampf um Einfluß und militärische Präsenz am Horn von Afrika wächst weiter durch den Sieg der Ägypter und arabischen Völker und die Vertreibung der Briten und Franzosen im Suez-Krieg *1956* aus Ägypten und die mit der *1972* erfolgten Ausweisung der Militärberater gescheiterten Versuch der Sozialimperialisten, im Windschatten der Niederlage der alten Imperialisten und Kolonialisten unter roter Fahne neue imperialistische Abhängigkeiten zu schaffen.

– *1974* führt der revolutionäre Kampf der Arbeiter, Bauern und Studenten Äthiopiens nach einem Generalstreik und Massendemonstrationen zum Zusammenbruch des Feudalismus und zwingt die US-Imperialisten, auch militärisch den Rückzug nach Diego Garcia im Indischen Ozean anzutreten. Die Sozialimperialisten versuchen, sich als „natürliche Freunde" der um Befreiung kämpfenden Völker ausgebend, an ihrer Stelle Fuß zu fassen. Gleichzeitig geben die US-Imperialisten sich nicht geschlagen und treten jetzt auch die westdeutschen Imperialisten auf, um mit bisher 8 Mio DM Kapitalanlagen und bis 1975 mit rund 230 Mio DM „Entwicklungshilfe" schwachen Anteil an der Ausbeutung der äthiopischen Arbeiter und Bauern zu vergrößern.

– *1973* über den „Stern" lanciert wird eine „Dürrekatastrophe-Hilfe" im Umfang von 20 Millionen DM „als Beginn von entwicklungs-politischen Maßnahmen". Im Juni dieses Jahres stellen die „Stern"-Redakteure fest: „Es hat sich gelohnt", und teilen mit, daß die BRD-Imperialisten nach diesem „Anfangserfolg" im vergangenen Jahr mit 14,3 Millionen DM Äthiopienhilfe an erster Stelle" standen – „trotz der politischen Wirren", wie sie der Bourgeoisie ermutigend mitteilen.

Die afrikanischen Völker haben aus diesen unablässigen Versuchen der Imperialisten, nach dem Zusammenbrechen des Kolonialismus, unter dem Deckmantel von „Hilfe" zu spalten und neue neokolonialistische Abhängigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung zu schaffen, die Lehre gezogen und kämpfen in der OAU um die Erhaltung ihres Zusammenschlusses und ihrer Einheit gegenüber den verschiedenen Manövern der Imperialisten.

Auf der Konferenz der OAU im Juli wurde von ihnen eine Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, die von den Kolonialisten hinterlassenen Grenzprobleme durch Verhandlungen zwischen den afrikanischen Staaten zu lösen und nicht zu einem Ansatzpunkt für weitere Einmischung der Imperialisten werden zu lassen. – (Z-Red)

Streikbewegung in Spanien

Der Streik der Hotelangestellten in Spanien war nur der Anfang. Inzwischen sind die Bäcker in den Streik getreten für höhere Brotpreise und die Müllwerker für höhere Löhne.

Im Fernsehen und in der Presse in Westdeutschland sind die spanischen Hotelangestellten die Urlaubsverderber Nummer eins. „Spanien-Touristen machten Urlaub vom Hotel." „Betroffen sind Hunderttausende ausländische Touristen, die meisten davon aus der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und den skandinavischen Ländern." „Wir sitzen auf gepackten Koffern", so sollte der Streik der Hotelangestellten als ungerecht verurteilt werden. Die Hetze ist bekannt. Wie hieß es doch beim Streik der Fluglotsen oder einem Streik von Krankenhausangestellten und Krankenschwestern? Das richte sich gegen die Urlauber bzw. Patienten und sei deshalb unverantwortlich. Zweck dieser Hetze ist allein die Verhinderung des Streiks.

Der Kampf der spanischen Hotelangestellten, Bäcker und Müllwerker richtet sich nicht gegen die Urlauber oder das Volk, das jetzt kein Brot hat, sondern direkt gegen die Kapitalisten, denen die Paläste entlang der spanischen Küste gehören, und gegen die Regierung Suarez, die mit der Abwertung der Peseta und neuen Steuerreformplänen das Land den imperialistischen Mächten weiter öffnen will und eine hemmungslose Ausplünderungspolitik betreibt.

„Eine Gesundung der spanischen Wirtschaft ist nur dann möglich, wenn die ganze Nation sich hinter die Reform stellt. Aber die grundsätzliche Voraussetzung eines Sozialpaktes, eine Idee, welche schon 1976 vom damaligen Außenminister Areilza in die Diskussion geworfen worden war, wird von den Linksparteien zunächst einheitlich abgelehnt." (Handelsblatt, 11.8.77) Die Idee ist nicht neu, es ist der alte Traum der Kapitalisten von der freiwilligen Unterwerfung der Arbeiterklasse. Die britische Bourgeoisie hat noch frische Erinnerung daran, wie die Streiks der Bergarbeiter den Sozialpakt, den die sozialdemokratische Labour-Party geschlossen hatte, gesprengt haben. Jetzt treten die spanischen Arbeiter und Angestellten schon in den Streik, wo der Sozialpakt erst angekündigt ist. Seine Durchsetzung soll folgenden Zielen dienen: „Noch vor Ende September will die Regierung ein Projekt zur Einkommensteuerreform und vor Ende November eine Reform der indirekten Steuern vorlegen. (...) Die Steuerreform geht vor allem darauf aus, die notorisch matte Steuermoral in Spanien zu beleben. (...)
Steuermoral in Spanien zu beleben. (...)
Es ist übrigens auch interessant, festzustellen, daß der Minister in der Debatte davon sprach, daß die Einführung der Mehrwertsteuer studiert und dem Parlament vorgeschlagen werden würde. (...) Die Regierung erwartet von der Steuerreform zusätzliche Einnahmen, die zunächst auf 22 Mrd. Peseten pro Jahr geschätzt wurden und nun vom Finanzminister mit 30 Mrd. beziffert werden." (Handelsblatt, 11.8.77)

Die Ausplünderung über die Steuern soll hemmungslos gesteigert werden. Gleichzeitig werden durch die horrenden Preissteigerungen in Folge der Abwertung der Peseta die Arbeiter weiter ins Elend gedrückt und die kleinen Gewerbetreibenden wie zum Beispiel die Bäcker, deren Brotpreise nicht entsprechend den anderen Preisen steigen, in den Ruin getrieben.

Die Preissteigerungsrate beträgt in Spanien zur Zeit 25%. Seit Februar 1976 hat sich der Kaffeepreis verdreifacht, das Kilo Pfirsich kostet in Spanien genausoviel wie in der BRD, und das Kilo Fisch kostet über 3 Mark. Immer mehr Bauern und kleine Gewerbetreibende werden durch diese Politik in die Fabriken der imperialistischen Monopole getrieben, die fast sämtlich Zweigwerke in Spanien haben.

Die spanische Regierung ist mit dem Einsatz ihrer Polizei gegen die Streikenden vorgegangen. Den Vorstand des Bäckerverbandes ließ sie durch die Polizei festnehmen. Die Bäcker antworteten: „Wir werden so lange kein Brot backen und auch nicht mit der Regierung verhandeln, wie die Festgenommenen im Gefängnis bleiben." Der Streik der Bäcker dauerte zwei Tage. Der Vorstand wurde wieder freigelassen, über eine Erhöhung der Brotpreise muß allerdings noch verhandelt werden. Die Regierung hatte zuvor einen Teil der Madrider Bäckereien direkt unter staatliche Aufsicht gestellt.

Die Müllwerker in Madrid streiken seit Donnerstag letzter Woche. Die Hotelangestellten, die vor den Hotels Streikketten gebildet hatten und gegen die die Polizei ebenfalls vorgegangen war, haben inzwischen eine Lohnerhöhung von 5 000 Peseten durchgesetzt, 8 000 hatten sie gefordert. Eine Einigung hatten die Zeitungen schon zum letzten Montag gemeldet, die Streiks waren jedoch weitergegangen.

Die Rechnung der Imperialisten geht nicht auf. Um so mehr brechen sie in Gejammer aus. Die „Welt" meldete am 16.8.: „Auslandskapital fließt aus Spanien. Allein im Juli wurden an der Börse für 772 Millionen Peseten ausländische Werte verkauft. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was im Juli vergangenen Jahres verkauft wurde." – (Z-Red.)

Die Gebührenordnung für Ärzte soll das Verhalten der Ärzte im Sinne der Finanzbourgeoisie steuern

Der Arbeiter sitzt beim Arzt in der Sprechstunde. Er kann seine Arme nicht mehr bewegen. Die ganze Nacken-Schulterpartie tut ihm weh. Wenn er sich bückt, fährt ihm die Hexe ins Kreuz, im Bett plagt ihn ein dumpfer Schmerz in der Lendengegend, und nachts wacht er von Wadenkrämpfen auf. Er ist jetzt 50 Jahre alt, früher war er Schneider. Einen Beruf hat er nicht mehr. Seit fünf Jahren arbeitet er als Packer, im Akkord. Das alles will der Arzt nicht wissen. Aus der Schilderung der Schmerzen kann er eine schnelle Diagnose stellen: Schulter-Arm-Syndrom, Akutes Lumbago (Hexenschuß). Dafür gibt es gute Spritzen, die den Schmerz schnell nehmen. Er hat auch einen Kurzwellenapparat, den er da gut einsetzen kann. Er verschreibt 10 dieser Spritzen „i.m." (in den Muskel) und zehnmal Kurzwelle. Bis die schlimmsten Beschwerden abgeklungen sind, für drei Tage, schreibt er den Arbeiter krank. Dafür kann er nach der Gebührenordnung für Ärzte insgesamt berechnen:

10 i.m. Spritzen à DM 3,–	30,–
10 x Kurzwelle à DM 3,–	30,–
2 Beratungen à DM 3,–	6,–
1 Arbeitsunfähigkeitsgescheinigung	2,–
Gesamt	68,–

Zweierlei hat der Arbeiter von der Diagnose: Erstens ist er zunächst ziemlich schnell frei von Schmerzen und zweitens wieder schnell am Arbeitsplatz. Und letzteres ist es, worauf sein Kapitalist größten Wert legt. Längerfristig hat der Arbeiter von der Behandlung nur Nachteile. Die Spritzen decken die Beschwerden zu, er belastet die abgenutzten Bandscheiben und Gelenke viel stärker, als sie eigentlich noch aushalten, und macht sie dadurch ganz kaputt. Die Frührente ist schon mit der Behandlung vorgezeichnet.

Die Bourgeoisie, die über die Mittel der Krankenkassen verfügt und die Bedingungen ihrer Vergabe in der Reichsversicherungsordnung gesetzlich fixiert hat, ist sich aber trotzdem nicht sicher, ob die Ärzte auch in ihrem Sinn spuren. Die Bourgeoisie möchte absolut sicherstellen, daß die Arbeiter arbeiten, ob sie krank sind oder nicht. Dazu muß sie die entscheidenden Agenten der Kassen, die Ärzte, in der Hand haben. Das macht sie über die Gebührenordnung für Ärzte.

Der Kampf der Beschäftigten gegen das Vernichtungsprogramm in den Krankenhäusern

In: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 8/1977

Ein praktischer Arzt weiß sehr wohl, daß die Beschwerden des Arbeiters durch Überanspruchung der Muskeln, Gelenke und der Wirbelsäule zustandekommen. Wenn der Arzt sich die Zeit nimmt, dann findet er auch heraus, daß der Arbeiter im Akkord, zudem noch Schicht arbeitet und Überstunden macht, weil der Lohn nicht reicht. Diese Erkenntnis bringt aber nichts ein. Um eine „i.m."-Spritze zu machen, braucht er einschließlich des Aufziehens der Spritze eine Minute. Dafür bekommt er drei Mark. Für eine Beratung bekommt er auch drei Mark. Aber wie will er in einer Minute die ganzen Bedingungen klären, unter denen der Arbeiter arbeiten muß? Da kann er sich gerade knapp einige Beschwerden schildern lassen, eine Blitzdiagnose stellen und die Behandlung einleiten, die ihm erst eigentlich Geld bringt.

Die Bourgeoisie hat kein Interesse, den Arzt für Fragen nach der Ursache von Krankheiten finanziell zu honorieren. Sie nutzt den Zwang der Gebührenordnung und das Streben nach Geldscheffeln unter reaktionären Ärzten, um die Arbeiter so schnell wie möglich an die Arbeitsplätze zurückzu„kurieren".

Dann braucht sie Ärzte, um die Arbeiter ganz aus dem Produktionsprozeß rauszuberenten. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz hat das Instrumentarium der Bourgeoisie für diese Zwecke verschärft. Die Ärzte werden verstärkt zur Kasse gebeten, wenn sie die von der Bourgeoisie festgelegten Richtlinien einer „wirtschaftlichen Behandlungsweise" überschreiten („Regreßforderungen" der Krankenkasse).

Die Ärzte haben gegen die Festlegung eines „Arzneimittelhöchstbetrages", gegen die Erhöhung der Rezeptblattgebühr und gegen das völlige Herausfallen einzelner Medikamente und Heilmaßnahmen aus den Leistungen der Krankenkassen protestiert. Der Protest ist gerecht. Er kann aber gar nicht erfolgreich sein, wenn die Arbeiterklasse nicht die Führung übernimmt, die Kapitalisten aus den Versicherungen wirft und sie vollständig selbst verwaltet. Ohne diesen Kampf wird es der Finanzbourgeoisie und ihren Politikern wie Ehrenberg allemal gelingen, die Ärzte an die Kandare zu nehmen und gegen die Arbeiterklasse einzusetzen.

Zunahme der Profitproduktion – Zunahme des Herzinfarkts

Tatsachen über eine „Managerkrankheit"

346 100 Menschen starben 1976 in der BRD an Krankheiten des Kreislaufsystems; das sind 47,2 Prozent aller Sterbefälle. Zwischen 1968 und 1972 nahm die Zahl der Todesfälle bei Männern um 17 % und die bei den Frauen sogar um 23 % zu. 1952 starben 10000, 1971 starben 50000 Frauen an Herz-Kreislaufkrankheiten. Die Einbeziehung der Frauen in den kapitalistischen Produktionsprozeß liegt diesem Anstieg zugrunde. Gleichzeitig werden immer jüngere Altersgruppen erfaßt; 30 % derjenigen, die zwischen 35 und 44 Jahren sterben, sterben an einer Kreislauferkrankung.

Beunruhigend ist für die Bourgeoisie an dieser rapiden Zunahme der Herz- und Kreislauferkrankungen nur eins: die „Folgekosten". „Ihre (der Arterienverkalkung) Folgen verschlingen in der BRD nahezu 10 % des Bruttosozialprodukts ... Wenn wir nichts dagegen tun, wird diese bedrohliche Entwicklung anhalten und uns vor erhebliche finanzielle Probleme stellen." (Prof. Schettler, Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Heidelberg in „Deutsches Ärzteblatt" Nr.11 / 77).

Soweit es sich um Arbeitskräfte handelt, aus denen nicht mehr genug Profit herauszupressen ist, „löst" die Bourgeoisie dieses Problem einfach: die „Folgekosten" werden beseitigt, indem die Beseitigung der kranken Arbeitskraft eingeleitet wird.

In der Medizinischen Universitätsklinik in Freiburg gilt die Regel, daß Herzinfarktpatienten nach überstandenem Infarkt nicht in das Rehabilitationszentrum nach Bad Krozingen verlegt werden, wenn sie älter sind als 40 Jahre. Begründung: die seien eh nicht mehr arbeitsfähig. Seit einiger Zeit werden Infarktpatienten schon nach ein bis zwei Tagen von der Intensivstation auf die Normalstation verlegt. Früher betrug dieser Zeitraum mindestens eine Woche. Auch das sind meistens ältere Patienten. Eine Krankenschwester berichtet: „Diese Frühverlegungen führen nicht selten dazu, daß die Patienten das Haus nicht mehr verlassen, denn wir auf der Normalstation haben einfach nicht die Möglichkeit, die Patienten entsprechend intensiv zu versorgen."

Für die Bourgeoisie erklärt die „Kapazität" Schettler die Ursache der wachsenden Zerstörung der Gesundheit breiter Volksmassen: „. . .eine Folge von Störungen des menschlichen Verhaltens ..., die risikoreiche Lebensumstände schafft." Die Arbeiter lassen es sich zu gut gehen: das ist eine „Störung" ihres Verhaltens. Der Rat des Professors an die Kapitalisten zwecks Vorbeugung von Herz- und Kreislauferkrankungen: setzt eure Arbeiter wieder auf knappere Ration, dann sind sie gesünder. Eine weitere „Störung" des Verhaltens der Arbeiter: sie arbeiten zuwenig körperlich; deshalb ist mehr körperliche Anstrengung notwendig. Schwer gestört ist außerdem die Einstellung der Arbeiter zu den Bedingungen ihrer Arbeit: sie reagieren „emotional" und regen sich zu sehr über ihre Schweißauspressung auf. Deshalb gilt: „Die beste Lebensversicherung ist Gelassenheit, Anpassung, Resignation, also all das, was unsere radikale Jugend so verdammenswert findet." (So der Arbeitsmediziner Prof. Schäfer in „Therapiewoche" 1 / 76). Für diese Predigt verlieh die Bourgeoisie Prof. Schäfer das Bundesverdienstkreuz.

Die Arbeiter sind selbst schuld an der Zerstörung ihrer Gesundheit. Das ist das „neueste" Ergebnis der „Herzinfarktforschung" der bürgerlichen Wissenschaftler. Die Lüge von der „Managerkrankheit" reicht nicht mehr aus, um die Wahrheit über die „Todesursache Nr. 1" zu unterdrücken.

Die Tatsachen beweisen, daß es die wachsende, immer mehr die natürlichen Schranken des menschlichen Organismus überrennende Ausbeutung der Arbeitskraft ist, die für hunderttausende jährlich den frühen Herztod bringt. So sieht es wirklich mit der „Managerkrankheit" aus: Bei der Untersuchung von 2500 Einwohnern einer Stadt in Amerika über einen Zeitraum von 7-9 Jahren ergab die folgende Verteilung der Herzinfarkthäufigkeit:

Kaufleute und leitende Berufstätige: 94 von 1000
Angestellte: 143 von 1000
Büroarbeiter: 180 von 1000
Fabrikarbeiter: 190 von 1000

Sämtliche Methoden zur Ausdehnung der Mehrwertproduktion – Verlängerung des Arbeitstags, Nacht- und Schichtarbeit, Akkordsystem, kapitalistische Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit – sind auch Methoden von Krankheiten der Arbeiter, vorallem seines Herz- und Kreislaufsystems.

In der Bundesrepublik arbeiten 5,8 Millionen Arbeiter und Angestelllte Schicht, also ca. 28 % aller Lohnabhängigen.

Ein schwedischer Wissenschaftler führte folgende Untersuchung über die Auswirkungen der Nacht- und Schichtarbeit durch:

„36 Arbeiter der schwedischen Eisenbahngesellschaft, die normalerweise am Tag arbeiten, sind 3 Wochen lang plötzlich in Nachtarbeit übergeführt worden. Nach diesen 3 Wochen gingen die Leute zur Tagesarbeit zurück. Wie wurden sie von dieser plötzlichen Änderung der Arbeitszeit beeinflußt? Bezüglich der Adrenalinausscheidung ergibt sich folgendes Verhalten: in der letzten Woche mit normaler Tagesarbeit steigt die Adrenalinausscheidung während der Arbeit an und fällt anschließend, vor allem während des Schlafs, wieder ab. Das ist der normale zirkadiane Rhythmus (Tagesrhythmus). In der ersten Woche der Nachtarbeit liegen die Werte für die Zeit, in der sie arbeiten, statt zu schlafen, viel höher als normal. Während des Schlafes fiel Adrenalin zwar ab, lag aber immer noch viel höher als in der Periode des ‚normalen' Schlafs ... Die gleichen Verhältnisse findet man für Harnsäure, Zucker, Cholesterol und Gesamtfette – nämlich einen Anstieg beim Übergang von Tagesarbeit zu Nachtarbeit und einen Abfall bei Rückkehr von Nachtarbeit zu Tagesarbeit." Sämtliche aufgetretenen biochemischen Veränderungen gelten als „Risikofaktoren" für die Entstehung des Herzinfarkts. (Aus: „Therapiewoche" 1 / 76)

Hunderttausende sind in Westdeutschland zu Überstunden gezwungen aufgrund des zu niedrigen Lohns für den Normalarbeitstag. Im Durchschnitt mußte im Februar 1976 – trotz Kurzarbeit in vielen Betrieben – jeder Arbeiter etwa fünfeinhalb Stunden mehr arbeiten als im Jahr zuvor.

Wie wirkt sich die Verlängerung des Arbeitstags auf das Herz- und Kreislaufsystem aus?

Zwei amerikanische Wissenschaftler werteten die Totenscheine von 72 664 verstorbenen kalifornischen Männern im Alter von 20 bis 64 Jahren aus. Von diesen hatten 22 176 Arteriosklerose einschließlich Herzgefäßerkrankungen. „Männer zwischen 25 und 44 Jahren mit Überstundenarbeit über die 48-Studenwoche hinaus hatten nach dieser Auswertung eine doppelt so hohe Mortalitätsrate (Sterblichkeitsrate, d.V.) an Kranzgefäßerkrankungen (Kranzgefäße sind die Gefäße, die den Herzmuskel mit Blut versorgen, d.V.) wie Männer ohne berufliche Überbeanspruchung." (Zitiert nach Schettler, „Über den Herzinfarkt").

Die der kapitalistischen Produktionsweise am besten entsprechende Lohnform, das Stücklohnsystem, ist gleichzeitig auch die Lohnform, die am meisten die Gesundheit der Arbeiter ruiniert. Bei einer Untersuchung mit Fließbandarbeitern, deren Entlohnung von Zeit- auf Akkordlohn umgestellt wurde, waren 40 % mehr Adrenalin- und 27 % mehr Noradrenalinausscheidung festzustellen. Eine Frau Professor Blohmke meint dazu: in der Akkordarbeit „wird das Ausmaß der Freiheit minimalisiert, die Arbeit zu ihrem Extrempunkt gebracht. Der Antrieb wird durch ein ausgeklügeltes System der Lohnstaffelungen hergestellt, freilich unter sorgfältiger Berücksichtigung der Psychologie des Menschen und dessen, was man ihm (dem Arbeiter) zumuten kann." (Blohmke/Schäfer, Sozialmedizin 1972).

Ein Kollege von Frau Blohmke schrieb schon 1909 im Zusammenhang eines Vortrages über „Arterienverkalkung": „Der bewaffnete Friede verursacht langsamere, aber anhaltendere Pressionen als mancher frühere Krieg. Die Menschen zerreiben sich allmählich, statt sich plötzlich zu zerstören." (Otfried Müller, zit. nach Schettler „über den Herzinfarkt"). Also: Zumutbar ist dem Arbeiter, ihn allmählich zu zerreiben; wenn es die Profitproduktion erfordert, ist es ihm auch zumutbar, ihn plötzlich zu zerstören. Die Zunahme der Herz- und Kreislaufkrankheiten, das ist Folge der „allmählichen Zerreibung" der arbeitenden Massen durch die wachsende Mehrwertauspressung, der Meuchelmord eines Volkes.

Der Boom bei den privaten Versicherungen

„Die Finanzierungsprobleme in der Rentenversicherung haben eine Kettenreaktion ausgelöst, die zu einem Wandel in der Sozialpolitik führen und vor keiner der beteiligten Gruppen haltmachen wird. Allerdings sind die Auswirkungen der vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen auf die davon Betroffenen unterschiedlich."

So leitete das „Handelsblatt" am 15.6. seine Sonderbeilage zur Jahrestagung des Verbandes der privaten Krankenversicherung ein. Und ob die Auswirkungen auf die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse unterschiedlich sind! Die Plünderung der Sozialversicherungen durch die Kapitalistenklasse hat seit 1960 etwa die Arbeiter und Angestellten zunehmend in die Arme der Versicherungskapitalisten getrieben. 1961 betrugen die Beiträge, die die privaten Krankenversicherungen für sogenannte selbständige Teilversicherungen einnahmen, 265 Millionen DM. 1970 waren es bereits 1310 Millionen. Das sind Beiträge, die von den Arbeitern und Angestellten zusätzlich zum Beitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung gezahlt werden, um den Versicherungsschutz zu verbessern.

Am 16.2. hat die Deutsche Kranken-Versicherungs AG, mit 20% Marktanteil die größte private Krankenversicherung, für die Außendienstangestellten den „Großen Leistungswettbewerb SM 9" gestartet. „Jeder Mitarbeiter weiß, daß er mit diesem Angebot eine echte Trumpfkarte in der Hand hält. Der Tarif SM 9 verkauft sich gut, weil er großen Bevölkerungskreisen zu erschwinglichen Preisen die Tür zum begehrten Status ‚Privatpatient' öffnet." (DKV-Nachrichten, Blätter für die täglichen Praxis, März 77)

Den Tarif SM 9 können nur diejenigen abschließen, die in der gesetzlichen Versicherung krankenversichert sind. Der Drang zum begehrten „Status Privatpatient" bedeutet nichts anderes als den Wunsch der Arbeiter und Angestellten, ihre Arbeitskraft zu erhalten. Der Maschinenschlosser S. aus Düsseldorf hat seit einigen Jahren Lungenkrebs. Behandelt wurde er mit Massagen und Heißluft, weil es billig ist. Als er operiert werden sollte, war es bereits zu spät. Die Arbeiter wollen sich vor den Folgen der Herrschaft der Kapitalisten über die Kassen schützen, deshalb schließen sie Zusatzversicherungen ab. 36,2 Millionen konnten die DKV-Kapitalisten dadurch im April 77 an Lohngeldern plündern. Bei einem Marktanteil der DKV von 20% heißt das 181 Millionen DM im Monat, die den Lohnabhängigen zusätzlich zu den Sozialversicherungsbeiträgen geraubt werden.

Zwei Drittel mehr noch als 1970.

Die durchschnittliche Versichertenrente beträgt nach Angabe der „Wirtschafts- und sozialpolitischen Rundschau" der Versicherungskapitalisten 1977 DM 871. Das ist eine Beschönigung der herrschenden Verhältnisse. Das Bundesministerium hat im Rentenbericht für das Jahr 1976 einen Durchschnitt von 641,20 DM angegeben. Davon können die Rentner nicht leben. Daß die Sozialversicherung in den Händen der Kapitalisten ist, zwingt die Arbeiterklasse, zusätzlich eine Lebensversicherung zu bezahlen, um nach der Verrentung die notwendigen Lebensmittel kaufen zu können. 2,67 Milliarden DM haben die Allianz-Versicherungskapitalisten 1976 an Beiträgen für Lebensversicherungen eingenommen. Das entspricht einer Versicherungssumme von 65,6 Milliarden. Die Versicherungssumme aller westdeutschen Lebensversicherungen betrug 495 Milliarden, so daß die insgesamt gezahlten Beiträge bei 20 Milliarden lagen, worin allerdings die Beiträge der Kapitalisten zur Versicherung ihres Lebens enthalten sind. Die Allianz-Vertreter werden von den Kapitalisten in der Allianz-Zeitung darauf ausgerichtet, den „Sicherheitsplan für junge Leute" zu verkaufen. „Diese neuartige Versicherungsform, die eine Versorgungslücke bei berufstätigen jungen Leuten schließen soll, fand bei der Zielgruppe beträchtlichen Anklang, da die gesetzliche Rentenversicherung bei Berufsunfähigkeit in den ersten fünf Berufsjahren keine Leistungen vorsieht."

Der rapide Verschleiß der Arbeitskraft durch die Kapitalisten ist es, der die jungen Arbeiter zu so einer Versicherung treibt. Eine andere „Marktlücke" hat die Hamburg-Mannheimer-Versicherung entdeckt. Sie informiert die Versicherungsvertreter darüber, daß „auch der Tod der Ehefrau eine Familie vor große wirtschaftliche Probleme stellen kann ... es kann sogar die Existenz und Zukunft der Familie elementar in Frage gestellt werden ..." Deshalb empfiehlt die Hamburg-Mannheimer, verstärkt für die „Ehegattenversicherung auf zwei verbundene Leben" zu werben. Hier ist es die Tatsache, daß der Lohn des Mannes nicht ausreicht, die die Versicherungskapitalisten zu einem weiteren Angriff auf den Lohn der Arbeiter nutzen.

Daß die Versicherungsbeiträge durch die weitere Verschlechterung der Leistungen der Sozialversicherungen in die Höhe getrieben werden, weil die Lohnabhängigen zusätzlichen Schutz bei Verlust der Arbeitskraft suchen, ist die eine Tatsache. Die andere Tatsache ist, daß die Versicherungskapitalisten einen großen Teil der Versicherungsbeiträge in Kapital zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse verwandeln. Pro 100 DM Beitrag haben die DKV-Kapitalisten 1976 DM 10,40 den „versicherungstechnischen Rückstellungen" zugeführt, was nichts anderes heißt, als die Versicherungsgelder in Grundbesitz, Aktien und Darlehen angelegt, also in Kapital verwandelt. Im selben Jahr haben sie pro 100 DM Beitragseinnahmen 10,15 DM an Gewinnen aus dem bereits angesammelten Kapital gezogen. 1,83 Milliarden DM haben die DKV-Kapitalisten allein bis zum Sommer 1976 an Kapital zusammengeplündert. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz schafft den Kapitalisten weiteren Zugriff auf den Lohn. Mindestens 200 000 Kinder haben keinen Anspruch auf „Familienhilfe" mehr, sind also nicht mehr bei einem Elternteil in der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert. Für sie müssen jetzt der Beitragssatz von 370 DM gezahlt werden. Bei der DAK beträgt der Beitrag für diese Kinder zum Beispiel 44 DM im Monat. Das bedeutet 44 DM weniger Lohn. Einige Kassen haben zur Zeit Beiträge um die 25 DM im Monat. So wollen sie die Konkurrenz schlagen. Die haben in Form des Verbandes der privaten Krankenversicherungen bereits Beschwerde beim Aufsichtsamt eingelegt. Sicher werden die Beiträge demnächst rückwirkend auf die gesetzlich vorgeschriebene Höhe gebracht. Gleichzeitig wachsen durch das Kostendämpfungsgesetz die Profitabsichten der Versicherungskapitalisten. Eine Studienrätin hat ihren Sohn, der bisher mit dem Vater versichert war, zum Beispiel jetzt bei der DKV versichert. Das kostet sie 39,50 DM im Monat. Eine Ersparnis gegenüber der DAK von 4,50 DM im Monat, für die Versicherungskapitalisten zusätzliche 474 DM geraubter Lohn im Jahr.

Daß die Sozialversicherungen in der Hand der Kapitalisten sind und von ihnen ausgeplündert werden, bedeutet für die Lohnabhängigen, daß sie zu der Ausplünderung durch die Kapitalisten in den gesetzlichen Kassen, sich um im Fall von Krankheit, Alter und Notfällen eine mininale Versorgung sicherzustellen, immer mehr Teile ihres Lohns in die Hände der Versicherungskapitalisten geben müssen, die es in Kapital verwandeln. Kapital, das ihnen feindlich gegenübersteht, mit dem sie erneut und verschärft ausgebeutet werden, wie z.B. das Allianz-Kapital in der Gutehoffnungshütte und bei Thyssen. – (k., DKV-Zelle Köln)

Der Streik der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter für Lohnfortzahlung 1956

Am 24.10.1956 traten über 30 000 Metallarbeiter in den größten und wichtigsten Betrieben in Schleswig-Holstein in den Streik. Unter den Forderungen: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zu 6 Wochen, Verlängerung des Urlaubs, 7,50 DM Urlaubsgeld pro Tag streikten die Arbeiter 112 Tage lang bis zum 14.2.1957.

Dieser Streik ist der bisher längste Streik eines Teils der westdeutschen Arbeiterklasse gewesen. Er hat große Bedeutung für den Zusammenschluß und die Erfahrungen der ganzen Klasse.

Der Streik fand in einer Lage statt, wo die westdeutschen Kapitalisten ihre Profitmacherei auf den Knochen der Arbeiterklasse immens ausdehnten. Die Profite einiger schleswig-holsteinischer Kapitalisten aus dem Jahre 1955 geben darüber Aufschluß:

HDW Kiel	20,1%
Orenstein & Koppel, Lübeck	20,7%
Flensburger Schiffbau	37,2%
Flenderwerke Lübeck	24,8%
MaK, Kiel	25,4%
Metallhütten Lübeck	52,4%

Die Arbeiterklasse wurde bis aufs Blut ausgesaugt. Während sich der Umsatz pro Arbeitsstunde von 1950 gleich 5,40 DM auf 1955 gleich 10,98 DM mehr als verdoppelte, stiegen die Löhne im gleichen Zeitraum um ganze 66 Pfennig von 1,30 auf 1,96 DM pro Stunde.

Durch Überstunden und Schichtarbeit wurde der Arbeitstag verlängert, über neue Maschinen, die die im Krieg zerstörten ersetzten, die Verdichtung des Arbeitstages vorangetrieben.

Während sich auf den westdeutschen Werften, und die schleswig-holsteinischen hatten einen bedeutenden Anteil an der gesamten Schiffbauproduktion, von 1955 auf 1956 die Produktion um 17% erhöhte, stieg die Anzahl der Arbeiter nur um 9% von 96 357 auf 105 107 jeweils am 1.10. des Jahres.

Über die Lage der Arbeiterklasse gibt eine Rechnung des „Handelsblattes" vom Frühjahr 1956 Auskunft. Die Herren Redakteure errechneten die Differenz zwischen dem tatsächlichen Einkommen eines Arbeiterhaushalts und dem, was eigentlich zur Reproduktion nötig war, und kamen zu einem Fehlbetrag von 322,83 DM.

	Nötig DM	Einkommen DM
Nahrungsmittel	200,–	187,19
Genußmittel	50,–	28,88
Wohnung (mit Bad und Heizungsanlage)	80,–	42,86
Hausrat (z.B. mit Abzahlung Kühlschrank)	50,–	27,62
Heizung und Beleuchtung	30,–	20,64
Bekleidung	80,–	59,54
Reinigung und Körperpflege	25,–	20,85
Bildung u. Unterhaltung	25,–	35,37
Verkehr (einschl. Abzahlg. u. Unterhaltung Kabinenroller)	120,–	24,31
Ausbildung d. Kinder	25,–	–
Erholungsreise 2 Pers.	50,–	–
Gesamtausgaben	760,–	437,17

Unters Existenzminimum war die Arbeiterklasse gedrückt worden. Die Brutalität der kapitalistischen Ausbeutung kommt auch an anderer Stelle zum Ausdruck und erklärt, daß die Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Frage auf Leben und Tod war, und erklärt die Entschlossenheit der Arbeiterklasse, diesen Kampf zu entscheiden. Wir haben die Zahlen des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Entwicklung der Entschädigungen bei Berufskrankheiten, Arbeitsunfällen und Wegeunfällen einmal aufgelistet:

1952: 1245472 (20% mehr als im Vorjahr)
1953: 1335400 (7% mehr als im Vorjahr)
1954: 1677856 (25,64 % mehr als im Vorjahr)

Dabei ist die Zahl der Versicherten 1953 nur um 5% und 1954 um 5,8% gestiegen. Die Zahlen geben nur die Spitze des Eisberges wieder. Krankmelden konnten sich die Arbeiter nicht leisten. Geld bekamen sie sowieso die ersten drei Tage der Krankheit nicht, dann noch nicht einmal 50% des Nettolohns von der Krankenkasse und von den Kapitalisten nur etwas, wenn sie einen Berufsunfall hatten, der zu längerer als 6tägiger Bettlägerigkeit führte. Jeder vierte Werftarbeiter erlitt 1955 einen Arbeitsunfall. 35 Arbeiter wurden in der Profitproduktion während eines Jahres umgebracht.

Gegen diese systematische Ruinierung der Arbeitskraft richtete sich der Kampf.

Hart war der Kampf in der Gewerkschaft, den Streik zu organisieren.

Zum 31.12.1955 war der Manteltarifvertrag für Schleswig-Holstein gekündigt worden. Am 26.4.1956 legte die IGM ihren Vorschlag den Kapitalisten vor. Erst am 7. August 1956 kam es zu ersten Verhandlungen.

Die Kapitalisten waren zur Erfüllung der Forderungen nicht bereit. Den Arbeitern war das klar, weshalb sie durch Beschlüsse der Vertrauensleute auf der HDW und bei MaK Kiel die Gewerkschaftsführung zwangen, den Streik zu organisieren. 88% sprachen sich in der Urabstimmung für Streik aus.

Gleich vom ersten Tag an versuchten die Sozialdemokraten in und außerhalb der Gewerkschaft, den Streik zu zersetzen. Ihre entscheidenden Hebel waren dabei die fast täglich herauskommenden „Streiknachrichten" der



Während des Streiks vor dem Eingang der Kieler Howaldtwerke

Während des Streiks vor dem Eingang der Kieler Howaldtwerke

IG Metall und die sozialdemokratische Tageszeitung „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung".

Verantwortlicher Redakteur der „Streiknachrichten" war der spätere Hamburger Polizeiminister Heinz Ruhnau. Zentrales Thema war: „Die Unternehmer sind am Streik schuld." Was soll das Gerede von der Schuld der „Unternehmer"? Es soll ablenken von dem bewußten Kampf, den die Arbeiter führen, es soll eingeredet werden, daß es Klassenfrieden gibt, den nur die Kapitalisten stören, weil sie so stur sind.

Zu Beginn des Streiks hatten die Kapitalisten noch die Hoffnung, durch Einschüchterung die Arbeiter niederringen zu können. Die HDW-Kapitalisten wollten Arbeiter entlassen, die



Streikleitung der IG Metall im Hafen

MaK-Kapitalisten auch. „Zufällig" befanden sich bei den 154 Entlassungen bei der MaK 80 Vertrauensleute. Durch die Verhetzung der Streikposten als „Terror"-Banden wollten sie die Arbeiter vom Volk isolieren und die Polizei auf sie hetzen. Es ging alles nicht. Die Entlassungen mußten zurückgenommen werden, und die Streikbrecher fanden sich nicht, im Gegenteil, der Streik weitete sich von Woche zu Woche aus.

In dieser Lage kam die Aufforderung der Sozialdemokraten im Kieler Landtag gerade richtig, der Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel solle die staatliche Zwangsschlichtung einleiten. Dieser Aufforderung kam der Herr nach und leitete die erste Schlichtung für den 21.12.56 ein. Unter dem Vorsitz des Kieler Professors Nikisch kam dies zu einem Ergebnis, mit dem sich die Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt nicht unter die Arbeiter trauten. Zum 7.1.57 rief der Vorstand der IGM zur Urabstimmung auf, den Vorschlag der Schlichtung abzulehnen. Großkundgebungen, die ersten in diesem Streik, fanden in allen Orten des Landes statt. In Kiel beteiligten sich allein 10000 Arbeiter. Das Urabstimmungsergebnis beweist, daß die Einheit der Metaller während des Streiks, der immerhin schon 10 Wochen andauerte, gewachsen war. Stimmten bei der ersten Urabstimmung im Oktober 88% für Streik, so waren es jetzt 97,38%, die das Schlichtungsergebnis ablehnten und den Streik fortsetzen wollten. In den Städten Lägerdorf, Itzehoe oder Neumünster stimmte kein einziger für Annahme.

Dies Ergebnis war bitter für die Bourgeoisie. Es wurde jetzt kritisch. Die Werftkapitalisten konnten noch während des Streiks Aufträge in Höhe von 492450 tdw einheimsen, die mußten nur allmählich gebaut werden. Hatten sie zu Beginn des Streiks damit gerechnet, durch eine gesteigerte Arbeitshetze nach dem Streik die Zeit wieder aufzuholen, so drückten aber jetzt die Ablieferungstermine, und ein Ende des Streiks war nicht abzusehen.

Dies Problem löste jetzt der Herr Bundeskanzler persönlich und bereitete mit einer Gesprächsrunde die zweite Schlichtung vor. In seinem Einladungsschreiben an Herrn Sührig (IGM) heißt es: „Ich lade Sie daher zu einer Besprechung am ... ein. Zu dieser Besprechung habe ich außer dem Herrn Ministerpräsidenten von Hassel die Herren Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft (L. Erhard) sowie die Herren Richter (DGB-Vorsitzender), Brenner (IGM-Vorsitzender), Dr. Paulsen, Bilstein, Dr. Schütte und Schiml (die letzten beiden von den Arbeitgeberverbänden) gebeten. Mit freundlichen Grüßen, gez. Adenauer."

Das Ergebnis wurde von den Sozialdemokraten als „entscheidender Schritt zu größerer sozialer Sicherheit" angeboten.

Die Arbeiter waren anderer Meinung. In der Urabstimmung vom 30.1.57 stimmten 22482 (76,24%) gegen das Ergebnis. Dafür waren 6321 (21,43%). Die Sozialdemokraten kriegten das auch zu spüren. In einem „Spiegel"-Interview vom 13.2.57 beklagt sich Sührig: „Das (die Ablehnung) ging soweit, daß sie (die Arbeiter) unsere Streiknachrichten, die am Montag herauskamen, zerrissen und verbrannt haben oder sie an die Verwaltung zurückgeschickt haben." Aber die Bedingungen waren schwierig, von der Ablehnung des Schlichtungsergebnisses zur Durchsetzung der Forderungen zu kommen. Es gab viele revolutionäre Arbeiter in den Betrieben, aber sie hatten keine Organisation hinter sich. Die KPD war gerade verboten worden. Während des Streiks hat sie fast kein Flugblatt herausgebracht. Es blieb der Initiative einzelner Revolutionäre überlassen, Flugzettel zu drukken und die Manöver der Bourgeoisie und die Zersetzung der Sozialdemokraten aufzudecken. So ist es zu erklären, daß die Sozialdemokraten mit ihrem 3. Schlichtungsvorschlag knapp durchkamen. Am 13.2. stimmten 11641 (39,66%) für das Schlichtungsergebnis, zwei Drittel Lohnausgleich, und dann auch nur, wenn man länger als 6 Tage krank war. Das reichte zum Abbruch des Streiks.

Kommen konnte es zu dieser Situation, weil der Ideologie der Sozialdemokratie nicht entgegengetreten wurde. Die Forderungen nach Schutzrechten gegenüber den Kapitalisten waren richtig. Aber ihre sozialdemokratische Begründung nahm ihnen die Kraft. Professor von Oertzen, späterer Kultusminister von Niedersachsen und SPD Alt-Juso, schrieb folgendes: „Der soziale und politische Zündstoff des gegenwärtigen Zustandes liegt aber vor allem darin, daß die Arbeiter ihn als soziale Mißachtung betrachten! Der Angestellte erhält nämlich, wenn er krank wird, auf jeden Fall bis zu sechs Wochen lang sein volles Gehalt."

Anknüpfen tut der Herr Professor an der vollständigen Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse. Nur es ging ja gar nicht darum, zum Angestellten aufzusteigen. Es ging darum, der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse Schranken zu setzen, um den Klassenkampf besser führen zu können. Die Arbeiterklasse ist die produzierende Klasse. Sie strebt nicht nach höherem „Status" in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern danach, diese Gesellschaft zu stürzen, die Produktion in die eigene Hand zu nehmen und den Sozialismus aufzubauen.

Die schleswig-holsteinischen Metallarbeiter haben diesen beispiellosen Kampf geführt in dem Bewußtsein, daß der Ruinierung der Arbeitskraft Grenzen gesetzt werden müssen. Sie haben gestreikt, weil sie gewußt haben, daß diese Grenzen nur der Klassenkampf der Arbeiterklasse ziehen kann.

Bis 1969 hat es gedauert, daß die Bourgeoisie ein Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verabschiedet hat. Daß das so lange gedauert hat, ist dem Abbruch des Streiks geschuldet. Daß sie aber gezwungen werden konnten, dieses Gesetz zu verabschieden, liegt an den schmerzhaften Erfahrungen, die die Arbeiterklasse der Bourgeoisie in dem Kampf beigebracht hat.

Erinnern wir uns heute dieses Streiks, so weil heute wie 1956 der Kampf entschieden werden muß um Schutzrechte für die Arbeiterklasse. Damals spitzte sich der Kampf auf die Lohnfortzahlung zu, weil dies Ausdruck der brutalsten Ruinierung der Arbeiterklasse durch die Profitproduktion war. Heute ist es die schrankenlose Ausdehnung und Verdichtung des Arbeitstages. Zieht man aus dem Streik von 1956 die Lehren, wird der Kampf um den 7-Stundentag, um das Verbot der Nacht-, Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit organisiert werden können.

Die Arbeiterklasse braucht ihre Partei. Vor 20 Jahren wie heute. Die Bedingungen, sie aufzubauen, sind heute besser. – (HDW-Zelle Bezirk Holstein)

Ehrenbergs Endlösergehilfen

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt." (Karl Marx, Kommunistisches Manifest 1848)

„Freiheit für den Arztberuf", rufen die ärztlichen Standesvertreter, und immer dann um so lauter, wenn die Kapitalistenklasse daran geht, die Ärzte dem bürgerlichen Staatsapparat zu unterwerfen. „Sozialismus" sei das, wettert das „Deutsche Ärzteblatt" zum Ehrenbergprogramm oder Rentnerbeseitigungsprogramm (Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz). Die Ärzte, die im Frühjahr gegen das Krankenversi cherungskostendämpfungsgesetz gestreikt hatten, hatten etwas anderes im Sinn. Bei sorgfältigem Studium der Gesetzesvorlagen haben sie schnell herausbekommen, daß es nicht um Beseitigung von Freiheiten ging mit diesem Gesetz, sondern um Beseitigung von Menschen. Die Standesorganisationen der Ärzte hatten aber nichts anderes im Sinn, als den sozialen Inhalt dieses Gesetzes aus der „öffentlich" geführten Debatte herauszulassen. Sie wissen, warum. Zu leicht hätte es passieren können, daß die Ärzte den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz unterstützen. Jede Verwirrung war der Standesorganisation recht. Während sie heute scheinheilig immer noch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz im „Deutschen Ärzteblatt" angreifen, versuchen sie im gleichen Atemzug, die Ärzte als Henker der Arbeiterklasse auszurichten. Im „Deutschen Ärzteblatt" vom 4. August 1977 werden unter der Überschrift „Ärztliche Hilfe für den Sterbenden" Richtlinien für die Sterbehilfe" niedergelegt.

„Zu den Pflichten des Arztes, welche Heilen, Helfen und Lindern von Leiden als hohes Ziel umfassen, gehört auch, dem Sterbenden bis zu seinem Tode zu helfen. Diese Hilfe besteht in Behandlung, Beistand und Pflege." Im ehernen Eid des Hippokrates, der bei allen Gelegenheiten zitiert wird, steht davon nichts drin. Dort geht es um „Leben erhalten". Ein Fetzen Papier ist der „Eid des Hippokrates", wird sich herausstellen. Die neuen „Richtlinien für die Sterbehilfe" beweisen es uns.

„Beim bewußtlosen oder sonst urteilsunfähigen Patienten dienen medizinische Indikationen als Beurteilungsgrundlage für das ärztliche Vorgehen im Sinne einer Geschäftsführung ohne Auftrag. Hinweise auf den mutmaßlichen Willen des Patienten sind dabei zu berücksichtigen. Dem Patienten nahestehende Personen müssen angehört werden; rechtlich aber liegt die letzte Entscheidung bei Arzt." (...) „Beim Sterbenden, auf den Tod Kranken oder lebensgefährlich Verletzten, der kein bewußtes und umweltbezogenes Leben mit eigener Persönlichkeitsgestaltung wird führen können, lindert der Arzt die Beschwerden. Er ist aber nicht verpflichtet, alle der Lebensverlängerung dienenden therapeutschen Möglichkeiten einzusetzen." Im Kommentar zu diesen Richtlinie schreibt ein Walter Burcart: „Die Sterbehilfe umfaßt die aktive Sterbehilfe (oder Sterbenachhilfe) und die passive Sterbehilfe ... Die aktive Sterbehilfe ist die gezielte Lebensverkürzung durch Tötung des Sterbenden. Sie besteht in künstlichen Eingriffen in die restlichen Lebensvorgänge, um das Eintreten des Todes zu beschleunigen." In einer Fußnote dieser Erläuterung gibt der Verfasser noch eine Information: „Diese Sterbehilfe wurde auch als ‚aktive Euthanasie' bezeichnet, obschon ‚Euthanasie' eigentlich ‚guter Tod' heißt. Im Dritten Reich wurde die ‚Vernichtung lebensunwerten Lebens' mißverständlich mit diesem Worte bezeichnet, weshalb es hier nicht gebraucht wird." Sehr feinfühlig von diesem Herrn, jeden Vergleich mit Gewesenem von vornherein auszuschalten. „Die passive Sterbehilfe ist der Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen beim Todkranken. Sie umfaßt die Unterlassung oder das Nichtfortsetzen von Medikationen sowie von technischen Maßnahmen, z.B. Beatmung, Sauerstoffzufuhr, Bluttransfusionen, Hämodialyse, künstliche Ernährung."

In bezug auf die Sterbehilfe seien „ethsiche Gesichtspunkte" zu beachten, schreibt der Verfasser weiter. „Der Arzt hat in seine Überlegungen unter anderem die Persönlichkeit oder den ausgesprochenen oder mutmaßlichen Willen des Patienten, – seine Belastbarkeit durch Schmerzen und Verstümmelung, – die Zumutbarkeit medizinischer Eingriffe, – die Verfügbarkeit therapeutischer Mittel, – die Einstellung der menschlichen und gesellschaftlichen Umgebung einzubeziehen."

Hat einer Zweifel, wo der Weg langgehen soll? Dem Endlöser Ehrenberg und seinen Gehilfen muß das Handwerk gelegt werden. Ein Schritt dazu ist die Selbstverwaltung der Sozialverischerungen durch die Versicherten. Der Kampf dafür hat in den Betrieben begonnen.

Familienplanung durch Sterilisation?

Polemik gegen sozialdemokratische Auffassungen in der „Metall"

In den beiden letzten Nummern der „Metall" haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ein, wie sie sagen, „heißes Eisen" angepackt, über das noch mit zu wenig Menschen geredet werden kann: die Familienplanung, Liebe und Sexualität. Sechs Seiten sind den beiden Themen: „Unser Wunsch ein Kind" und „Unser Wunsch kein Kind" gewidmet.

Was steht nach Meinung der Sozialdemokraten dem Wunsch nach einem Kind vor allem im Wege? Der Lohn? Die Schichtarbeit der Eltern? Die zu kleine Wohnung? Die Ausbildung, die abgebrochen werden müßte? Aber woher denn. Es ist die Unfruchtbarkeit des Mannes bzw. der Frau. Woher sie kommen? Aus der Psyche natürlich: Angst, Stress, Leistungsdruck. Nur einmal wird lakonisch angedeutet, daß besonders die Arbeiter in der Bleiindustrie von Problemen betroffen sind.

Aber es ist schließlich nicht Aufgabe der Sozialdemokraten, das zu untersuchen, wo kämen wir dahin? Vielleicht zu so utopischen Forderungen wie Verbot der Akkordarbeit und gesundheitsschädigenden Arbeiten. Und wie soll Krupp da konkurrenzfähig bleiben, wie sollen wir da wieder etwas werden in der Welt?



In der Weimarer Republik kämpfte die Arbeiterklasse für die ersatzlose Streichung des § 218.

Nein, nein, das Problem liegt „bei den schwierigen seelisch belastenden Fragen", die allein nur mit Hilfe der Beratungsstellen und der dort drohnenden Psychotherapeuten gelöst werden kann. Davon und von den Beratungsstellen soll es noch viel mehr geben. Das Dilemma liegt halt darin, daß diese Beratungsstellen bei weitem nicht so aufgesucht werden, wie es doch eigentlich erforderlich ist.

Man muß es diesen Arbeitern jetzt mal einprügeln, damit sie endlich kapieren, daß sie unfähig sind, mit ihren Problemen untereinander fertig zu werden, daß sie erstens selber Schuld sind oder zumindest unklar bleibt, wer sonst, und daß es zweitens Fachkräfte braucht, die die Problemlösung übernehmen.

Die gebildeten Fachkräfte braucht man, weil die Arbeiter unwissend, uninformiert und sprachgehemmt sind beim „Thema Nr. 1 ..." Man merkt, daß diese vertrockneten „Metall"-Redakteure schon seit Jahren keine Fabrik mehr von innen gesehen haben, wenn überhaupt je. Die Arbeiterklasse, die zu Leistungen wie millimetergroßen Elektro-Bausteinen und Kernkraftwerken fähig ist, selbst unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse, die ihre Fähigkeiten im Akkord unter Taktzeiten unter 30 Sekunden verstümmelt, soll nicht fähig sein, mit ihren Problemen fertig zu werden?

Sie gebärt Kinder selbst unter den schwierigsten Bedingungen und zieht sie groß. Dazu knapsen sie sich vom Lohn, wenn es nur irgend geht, 200 DM für einen Kindergartenplatz ab, weil sie nicht wollen, daß ihre Kinder in der Zeit, wo sie eingesperrt sind in der Fabrik, verkommen. Dazu stehen sie jeden Morgen statt um 5 Uhr um halb fünf Uhr auf, um die Kinder noch in den Kindergarten bringen zu können, und fahren nach 8 3/4 Stunden, wenn sie fix und fertig und ausgelaugt aus der Fabrik kommen, zum Kindergarten, um sie abzuholen.

Wenn Probleme gelöst werden müssen, werden sie untereinander gelöst. Jeder weiß, wie sich die Arbeiter untereinander mit dem Austausch von Babywäsche, Kinderbetten und Kinderwagen helfen. Die Redaktionsmitglieder der „Metall" natürlich nicht.

Was sie offenbar ärgert, ist, daß diese Probleme nicht im „Stern" und im „Spiegel" von den Arbeitern selbst ausgewalzt werden, zum voyeuristischen Ergötzen der Bourgeoisie.

Beim Thema „Unser Wunsch kein Kind" ist das Zauberwort der Sozialdemokratie die „Planung". „Wunschkinder sind und machen glücklicher als ungewollte." (Metall 16/77)

Die Arbeiterklasse ist für Planung und nicht für Chaos. Nur „plant" unter Herrschaft der Kapitalistenklasse die Profitgier. Und fordert das Elend der Massen, sie fordert die gesundheitliche Ruinierung der Arbeiter, deren frühzeitigen Tod.

Der unersättliche Heißhunger nach Profiten fordert auch die Fehlgeburten von Wunschkindern, wie im St.Gertraudenkrankenhaus in Westberlin, wo die christlichen Oberschwestern in bester Übereinstimmung mit der Kapitalistenklasse die Arbeitskraft vernutzen wollen und die Krankenschwestern nicht beschäftigen, „damit sie Pause machen".

Weil nicht die Arbeiterklasse plant, sondern der Lohn die damit verbundenen Lebensmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen, ist es der nackte Zwang, der einem Verhütung und Abtreibung diktiert.

Den Sozialdemokraten ist dies zwangsweise verordnete Verstümmelung einer natürlichen und positiven Fähigkeit, die sie mit zwei Seiten Verhütungsmittelaufklärung abdeckt, aber offensichtlich noch nicht genug. Sie preisen das sicherste Verhütungsmittel für die Arbeiterklasse: „die Sterilisation". Sie ist „sorgfältig durchgeführt zu fast 100 % sicher. Trotz allen Versuchen, sie wieder rückgängig zu machen – bisher nur in ganz wenigen Fällen erfolgreich – muß sie als endgültig gelten." (Metall 16/77)

Daß sich der Prinzgemahl von England oder die Gallionsfigur des britischen Imperialismus, ihre Majestät die Königin Elisabeth, hat endlich sterilisieren lassen, wird man nicht in der bürgerlichen Presse zu lesen kriegen, weil sie es ganz einfach nicht tun.

Für das ganze Parasitengesindel ist schließlich ein Kind, wenn sie es zustandekriegen, ein beachtliches Wunder, durch eigene Arbeit entstanden. Es ist das Einzige, was sie selbst leisten, alles andere, ihren ganzen Reichtum, holen sie sich aus fremder Arbeit, durch die Ausbeutung der Arbeiter.

Die Aufforderung an die Lohnabhängigen zur freiwilligen Kastration, der Fähigkeit, Nachwuchs zu zeugen, soll mit zwei aufmunternden Berichten über einen Mann und eine Frau, die sich haben sterilisieren lassen, abgesichert werden.

Obwohl sie so erscheinen sollen, als seie die Probleme gelöst, sind es demütigende Berichte. Zwischen den Zeilen und in Nebensätzen kommt das ganze Ausmaß der elenden Lage der Lohnabhängigen zum Vorschein.

Zwar berichtet die Frau auf die Frage, wie sie sich heute fühle: „Weißt du, richtig toll. So befreit." Von was sie sich befreit fühlt, war die drückende Last ihrer Situation, als Schichtarbeiterin, 40 Jahre alt, ein Kind zu bekommen, was sie unter diesen Bedingungen hätte abtreiben müssen. Die ganze Niederträchtigkeit der Sozialdemokratie zeigt sich hier offen. Anstatt daß die Gewerkschaftsredaktion dieses Beispiel nutzt zum Aufruf zum Kampf für das Verbot der Schichtarbeit, preisen sie als Befreiungsmittel der Lohnabhängigen die Verstümmelung durch Sterilisation an.

Zwar berichtet der Mann: „Ich war stolz auf mich, ich war so stolz, daß ich gleich meine Geschlechtsgenossen missionieren wollte." Heute versucht er nach eigenen Angaben keinen mehr zu überzeugen. Auf was soll er denn auch stolz sein?

Was die Sozialdemokraten, die Agenten der Kapitalistenklasse damit beabsichtigen, ist die Kapitulation der Arbeiterbewegung, die Unterwerfung und Akzeptierung gesellschaftlicher Verhältnisse, die den Zwang zur Verhütung, den Zwang zur Abtreibung und sogar die absolute Beschneidung der Fähigkeit, Kinder bekommen zu können, von den Lohnabhängigen fordern.



Die Komitees organisierten in der BRD zum 21. Juni 1977 einen Aktionstag „Ein Jahr §-218-Reform – die Strafverfolgung ist organisiert".

Natürlich paßt in dieses widerliche Manöver nicht die Tatsache, daß die Lohnabhängigen, müssen sie der Not gehorchend eine Abtreibung vornehmen, vom Staatsapparat verfolgt werden auf Grundlage des von Sozialdemokraten verschärften § 218.

Was in dieses Konzept reinpaßt, ist das abgebildete Reklameplakat für Pro Familia: Ein Pärchen im Bett, zwischen sich einen dämlichen Luftballon geklemmt mit der Sprechblase: „Planen ist besser als heulen!".

Die Arbeiterklasse braucht diesen Spitzelverein nicht, weil sie heult nicht. Ihre Liebe zu Kindern ist so groß, daß sie sogar Entbehrungen auf sich nimmt, um sie großziehen zu können. Sie kann das auch, denn sie hat im Kreuz, daß sie als Klasse Zukunft hat. Sie erarbeitet den gesamten gesellschaftlichen Reichtum. Ohne sie kann eine Gesellschaft überhaupt nicht existieren, denn es gäbe kein Brot, kein Strom, kein Haus, keine einzige Maschine.

Warum also sollte sich die Arbeiterklasse, wo ihr die Zukunft gehört, freiwillig von positiven Fähigkeiten befreien?

Jeder weiß, daß die Aussaugung der Lebenskraft der Lohnabhängigen bis auf den letzten Blutstropfen durch Schichtarbeit, Überstunden und mörderische Akkordhetze überhaupt nicht beseitigt sind durch Verhütung oder Sterilisation. Denn die Kinder machen nicht das Elend der arbeitenden Klassen aus.

Es kommt nicht von ungefähr, daß gerade jetzt dieses Register sozialdemokratischer Manöver gezogen wird.

Sie wollen die Ideologie vertiefen und auswalzen, daß die Lohnabhängigen selbst Schuld sind an ihrer Lage. Sie wollen ihre Verbrechen, wie den Lohnraubabschluß, der sich jetzt voll bemerkbar macht, und die steuerliche Ausplünderung zukleistern.

Sie rüsten damit gegen die für die Arbeiterbewegung lebensnotwendigen Kämpfe gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat, die Anstrengungen zur Überwindung der Spaltungsmanöver schon jetzt im Keim zu ersticken. Die Arbeiterklasse führt den Kampf um ihre Reproduktionsbedingungen.

Es ist den Sozialdemokraten nicht gelungen, richtige Beschlußfassungen zum Kampf für den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich vom Gewerkschaftstag der IG Metall herauszuhalten. Es ist ihr ebensowenig gelungen, die Arbeiterklasse und das Volk dem Strafgesetz § 218 zu unterwerfen. Die Ideologie, die in diesen beiden Artikeln in der „Metall" verbreitet wurden, sollen diese notwendigen Kämpfe der Arbeiterbewegung zersetzen. Diese öffentliche Demütigung und Verhöhnungen in der eigenen Gewerkschaftszeitung wird sich die Arbeiterklasse nicht bieten lassen.

– (bh, Zentralausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218)

Offener Brief der Komitees und Initiativen gegen den § 218 an den Gewerkschaftstag der IG Metall 1977

Die Lage der Lohnabhängigen hat sich in diesem Jahr äußerst verschlechtert. Mit Lohnsenkungen, Rationalisierungen und der wachsenden Ausplünderung über Steuern, Versicherungen und Gebühren hat die herrschende Klasse für den Profit und die Expansion des westdeutschen Monopolkapitals große Teile der Besitzlosen weiter ins Elend gedrückt.

Mit den „Gewaltparagraphen", der Zwangsadoption, der Einführung der Zwangsarbeit über „Arbeitsbeschaffungsprogramme" und der staatlichen Zwangsberatung aufgrund des Strafparagraphen 218 ist die Unterdrückung und Kontrolle durch den bürgerlichen Staat zielstrebig ausgebaut worden.

Das Strafgesetz § 218 erklärt zur persönlichen Schuld, daß die Lohnabhängigen zunehmend gezwungen sind, ihre Kinder unter schlechten Verhältnissen großzuziehen und oft keine andere Möglichkeit haben, als zum Mittel der Abtreibung zu greifen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat den § 218 zum Grundwert der bürgerlichen Verfassung erklärt, nachdem die Mehrheit des Parlaments versucht hatte, die Bewegung gegen den § 218 mit der Fristenlösung zu täuschen. Seit der verschärfte § 218 im Juni 1976 rechtskräftig wurde, sind die staatlichen Zwangsberatungsstellen ausgebaut worden, in denen Frauen und Familien aus dem Volk unerträglicher Schikane, Kontrolle und Bevormundung ausgesetzt werden. Mit den Ausführungsgesetzen der Länder wird die Staatskontrolle noch verschärft. Wer sich in den Zwangsberatungsstellen nicht den Wertvorstellungen der herrschenden Klasse unterordnet, ist der Verfolgung durch Polizei und Justiz ausgesetzt. Prozesse und Terrorurteile, hunderte von Ermittlungsverfahren sind die Realität der verlogenen Berufung auf die Menschenwürde.

Gegen das Machtwort des bürgerlichen Staates zur Verschärfung und Anwendung des Klassenparagraphen 218 haben sich seit Juni 1975 in vielen Städten der BRD Komitees und Initiativen gegen den § 218 gebildet mit dem Ziel, den § 218 zu beseitigen, indem der Kampf organisiert wird unter den Forderungen:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

In der Bewegung gegen den § 218 ist die Klarheit darüber gewachsen, daß nur der Zusammenschluß des Volkes gegen den bürgerlichen Staat, nur der Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 und für das Recht auf selbständige Entscheidung des ganzen Volkes weiterführen kann. Das haben die 700 000 Unterschriften, die innerhalb eines halben Jahres für die Forderungen der Komitees gegen den § 218 gesammelt wurden, gezeigt. Für die Durchsetzung dieser Forderungen haben am 25.9.1975 25 000 Menschen in Bonn demonstriert.

Der Kampf gegen den § 218 ist von jeher fester Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse. Seit der Verschärfung des § 218 ist das in den letzten drei Jahren am 1. Mai eindrücklich dokumentiert worden. Die Arbeiterklasse ist dagegen, daß der bürgerliche Staat dem Abtreibungselend auch noch die Unterdrückung durch Zwangsberatungsstellen und die Strafverfolgung hinzufügt. Deshalb hat die Bezirksversammlung Charlottenburg und Moabit, Westberlin der IG Druck und Papier die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 verabschiedet, ebenso wie der Landesgewerkschaftstag der IG Druck und Papier, Baden-Württemberg, nachdem der Bezirkstag Rhein-Neckar 1977 festgestellt hat: „Nicht die Reform des § 218 kann die Forderung der Gewerkschaften sein, sondern allein die ersatzlose Streichung. Keine Arbeiterfamilie will von sich aus Kinder abtreiben; die sozialen Verhältnisse zwingen sie dazu. Die Strafverfolgung der Abtreibung ist unter diesen Verhältnissen eine zusätzliche Unterdrückung."

Beseitigt werden kann dieses Unterdrückungsinstrument nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur durch den selbständigen Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Masse der Besitzlosen, im Kampf gegen den bürgerlichen Staat. Deshalb hat der Vertrauensleutekörper der Firma Bandell in Stuttgart zum Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier einstimmig den Antrag gestellt: „Der Gewerkschaftstag fordert die ersatzlose Streichung des § 218, er ist gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und fordert den Volksentscheid gegen den § 218."

Richtig ist es, wenn der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier diesen Antrag beschließt, und daß die Delegierten zum Gewerkschaftstag der IG Metall diese gerechte Sache unterstützen und diesen oder einen entsprechenden Initiativantrag verabschieden, für die Beseitigung des § 218 durch das Volk und den Kampf der Arbeiterklasse.

Zentraler Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen § 218
Frankfurt, den 15.7.1977